

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Ostereich: Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (teilgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengelüste und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 3. November 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Berliner Wohnungspolitik.

I.

... Die Einnahme aus dem Verkauf städtischen Grundbesitzes war also in diesen 7 Jahren mehr wie doppelt so hoch als in den vorangegangenen 21 Jahren. Wir sind indessen weit entfernt, hieraus den Schluss ziehen zu wollen, daß die Stadt mit dem Verkauf von Grundstücken in noch schnellerem Tempo als bisher vorgehen soll. Die nachfolgenden Generationen der Steuerzahler werden es dankbar anerkennen, wenn sie, die einen Teil der von der Gegenwart kontrahierten Schulden mitzahlen müssen, von dieser einen Grundbesitz überkommen, dessen Verkaufswert nach menschlicher Voraussicht stetig zunimmt.“

Diese Ausführungen finden sich in dem Bericht über die Gemeindeverwaltung der Stadt Berlin in den Jahren 1882 bis 1888. Sie sind kennzeichnend für die verkehrswomene Auffassung, die ihre Verfasser von den Aufgaben städtischer Wohnungspolitik hatten. Zu wissen, daß die nachfolgenden Generationen die in der Gegenwart kontrahierten Schulden mitzahlen müssen, sich darüber klar zu sein, daß der Wert des städtischen Grundbesitzes stetig zunimmt, zu berichten, daß man in den letzten sieben Jahren doppelt so hohe Einnahmen aus dem Verkauf gezogen habe wie in den vorangegangenen einundzwanzig Jahren, und sich zu rühmen, daß man den städtischen Grundbesitz nicht noch schneller veräußern wolle; das zeigt den ganzen Zwiespalt zwischen richtiger Erkenntnis und entgegenstehenden Handlungen, der seit Jahrzehnten die Boden- und Wohnungspolitik der städtischen Behörden Berlins charakterisiert.

Kann für die damaligen Mitglieder der Stadtverwaltung als Entschuldigung gelten, daß die Sozialdemokratie zu jener Zeit erst in das Stadtparlament einzog und dort vorher die Aufgaben einer weit ausschauenden städtischen Bodenpolitik noch nicht ihre Vertretung gefunden hatten, so muß doch mit Bedauern festgestellt werden, daß auch die Bodenpolitik der Berliner Stadtverwaltung in den folgenden Jahrzehnten nicht klarer und zielbewußter geworden ist. Jede Möglichkeit, die sich bot, den städtischen Grundbesitz in umfassender Weise zu vermehren, große unbebaute Terrains dem städtischen Reichthum einzuverleiben und dadurch auf die Bodenpreise und die Wohnungsverhältnisse Einfluß zu gewinnen, wurde nicht nur verpaßt, sondern in unbegreiflicher Verblendung und Kurzsichtigkeit direkt beiseite geschoben. Noch 1904, als die Entwicklung der Dinge in Groß-Berlin auch dem blödesten Auge klar erkennbar sein mußte, hat der Magistrat von Berlin kurzerhand die angebotene Eingemeindung der Hasenheide abgelehnt, „weil der Stadtgemeinde dadurch 1 1/2 Millionen Mark Kosten erwachsen würden und der Oberpräsident die gleichzeitige Einderhebung des Tempelhofer Feldes verlangt habe, dieses aber für absehbare Zeiten nicht als Bauland in Frage kommen würde; unter diesen Umständen würden der Stadtgemeinde auch aus der Eingemeindung des Tempelhofer Feldes nur Kosten entstehen.“

In ihrer köstlichen Naivität erinnert diese Antwort an jene Forderung eines Charlottenburger Stadtverordneten, der, als in Charlottenburg über die Ausgemeindung der Gegend um den jetzigen Bülowplatz verhandelt wurde, meinte: Man solle das Terrain ruhig Berlin überlassen; man spare ja dadurch den einen der beiden zur Bewachung angestellten Nachtwächter!

Die Haltung des Berliner Magistrats war um so unerhörter, als ein Jahr vorher die Stadtverordnetenversammlung — in diesem Falle weitsichtiger als der Magistrat — den Magistrat ersucht hatte, mit der Gemeinde Tempelhof wegen Eingemeindung des in Frage stehenden Gebiets zu verhandeln. Der sozialdemokratische Redner erklärte damals (1904) in den Verhandlungen: „Ich glaube allerdings, daß das große Terrain des Tempelhofer Feldes früher oder später doch der Bebauung erschlossen werden wird; wenn wir in 10 oder 15 Jahren dann sehen, daß Rixdorf oder Tempelhof das Feld eingemeindet hat, dann werden wir uns sagen müssen: wir waren damals nicht weitsichtig genug.“

Schneller, als selbst die sozialdemokratische Fraktion damals annahm, ist das Tempelhofer Feld für die Bebauung freigegeben worden; aber Berlin machte erst einen Versuch sich aufzuraffen, als es zu spät war. Mit der jetzt erfolgten Auslieferung des Tempelhofer Feldes an eine Terraingesellschaft — die Gemeinde Tempelhof gibt ja nur die Firma her — ist die Absicht der preussischen Junta, Berlin durch Vorlagerung und Förderung größerer Gemeinden den Lebensnerv langsam zu unterbinden, nahezu vollständig durchgeführt. Berlin ist dadurch die letzte Möglichkeit genommen, eine Stadterweiterung in moderner, den hygienischen und wirtschaftlichen Anforderungen der Bevölkerung entsprechender Weise vorzunehmen. Ob Berlin dieser Aufgabe gerecht geworden wäre, ist allerdings noch eine Frage, die zu bejahen nach allen bisherigen Erfahrungen einen gewissen Leidensinn erfordert. Man braucht (um ein Beispiel aus allerjüngster Zeit zu nennen) nur an die Niederlegung und zweckentsprechende Wiederbebauung des Scheunenviertels zu denken, um zu erkennen, daß die städtischen Behörden teils von einer kaum zu überbietenden Ungechlichkeit sind, teils gar nicht die Absicht haben, tatkräftig vorzugehen.

Sicherlich gibt es auch unter den bürgerlichen Mitgliedern beider Kollegien den einen und anderen, der auf diesem oder jenem Gebiete Fortschritte erreichen und die Verwaltung mit modernem Geist erfüllen möchte; aber die Widerstände, die zu überwinden sind, sind zu groß. Der „innere Feind“, wie neulich einmal treffend gesagt wurde, sitzt so zahlreich mitten in der Verwaltung, seine Beziehungen zu den großen privattypikalistischen Erwerbsgesellschaften sind so enge, daß jede eigene städtische Initiative zugunsten des Privattypikals gelähmt wird. War früher der Feind, den es in erster Reihe zu bekämpfen galt, der kleine spießbürgerliche Hausbesitzer, dessen Geschäftskreis nicht über seine Nasenpitze hinausging, so tritt heute der lähmende Einfluß dieser Schichten weit zurück hinter den, den das Großkapital durch seine Mittelsmänner direkt und indirekt, offenkundig und verdeckt, ausübt. Gewiß wird die Sozialdemokratie in ihrem Kampf gegen das gemeinschädliche Hausbesitzerprivileg nicht erlahmen, denn die Last liegt klar zutage, daß, je mehr die Städte durch die Macht der Verhältnisse gezwungen werden, Fragen des Wohnungswezens, der Boden- und Verkehrspolitik in den Kreis der gemeindlichen Aufgaben einzubeziehen, sie um so kräftiger gegen die Privatinteressen der Grundbesitzer vorgehen müssen; brachte doch vor kurzer Zeit selbst das schärfste Scharfmacherorgan, „Die Post“, einen Artikel, in dem es heißt:

„Die Hausbesitzer sind namentlich in den großen Städten keineswegs nur diejenigen alt-eingesessenen, über einen jahrzehntelangen Familienbesitz verfügenden Eigentümer, an welche die Städteordnungen bei der Privilegierung dieses Standes mit Rücksicht auf ihr enges Verhältnis zu der Entwicklung der Stadt gedacht haben. Ein einheitlicher sozialer Gesichtspunkt, unter dem der Hausbesitzerstand betrachtet werden könnte, besteht nicht mehr. Diesem Stande gehören jetzt zahlreiche Elemente an, die das Haus als Ware behandeln und nicht als Vertreter der sechsten Bevölkerung erscheinen können. Die Privilegierung dieser Kategorie von Hausbesitzern ist vom Gesetzgeber sicher nicht gemollt.“

Ebenso unbefristet ist jedoch die Tatsache, daß selbst, wenn das Hausbesitzer-Privileg fallen sollte, die Städte sich nicht frei bewegen werden können, wenn es ihnen nicht gleichzeitig gelingt, sich aus den Fesseln des Großkapitals zu befreien.

In keiner anderen Stadt ist nun die Umflammerung durch die Hochfinanz so mannigfaltig und engmaschig, wie in der Millionenstadt Groß-Berlin, und auf keinem anderen Gebiete winnen dem Privattypikal solche Profite, wie auf den Gebieten des Verkehrs- und Beleuchtungswezens und der Grundstückspekulation, die ihrerseits zu einem erheblichen Teil die traurigen Wohnungsverhältnisse der Bevölkerung bedingt.

Nirgend ist das System der scheußlichen Massenquartiere fünfstöckiger Häuser so vollkommen ausgebildet, wie in Berlin; nirgends treten die Schäden des Mietskasernen-systems so kraß zutage wie hier. Einige Zahlen mögen zeigen, in welcher Weise die Herrschaft der Mietskasernen sich in Berlin ausgebreitet hat. Auf ein bewohntes Grundstück kamen im Durchschnitt an bewohnten Wohnungen:

1861	1864	1867	1871	1875	1880
9,56	10,26	11,18	12,31	12,75	13,87
1885	1890	1895	1900	1905	
15,62	17,02	17,62	19,21	19,77	

In den letzten 45 Jahren hat sich also die durchschnittliche Wohnungszahl eines Grundstücks mehr als verdoppelt. Diese kolossale Vermehrung ist nur zu einem geringen Teile auf eine Vergrößerung des Flächeninhalts mancher Grundstücke zurückzuführen, zum größeren Teil auf eine stärkere bauliche Ausnutzung des Grund und Bodens durch Verkleinerung der Hofräume und Verminderung der Hausgärten, — vor allem aber durch Aufstümmung von 4 und 5 Stockwerken, statt früher 2 bis 3. Noch klarer wird diese Entwicklung durch die folgende Zahlenreihe.

Bon je 100 Grundstücken hatten Wohnungen:

1-5	6-10	11-20	21-30	31-50	über 60	
1861	33,5	30,1	29,2	5,9	1,2	0,1
1905	14,1	14,8	30,8	20,7	16,8	2,8

Im Jahre 1861 hatte noch ein Drittel aller Häuser höchstens 5 Wohnungen; im Jahre 1905 nur ein Siebentel. Andererseits waren damals unter den Grundstücken nur 7,2 Proz., in denen es mehr als 20 Wohnungen gab, 1905 dagegen 40,3. Fast die Hälfte aller Grundstücke (48 Proz.) war noch nicht zehn Jahre im Besitz des bei der Zählung ermittelten Eigentümers, drei Zehntel weniger als fünf Jahre. Nur ein Fünftel sämtlicher Berliner Häuser war länger als 20 Jahre in der Hand desselben Besitzers.

Die Entwicklung der Bebauungsziffer, d. h. der auf ein Grundstück entfallenden Bewohnerzahl ist aus der folgenden Zusammenstellung ersichtlich. Auf ein Grundstück kamen Bewohner:

1861	1864	1867	1871	1875	1880	1885	1890	1895
48,8	49,6	51,8	56,9	57,9	60,6	66,9	72,9	72,0
				1900	1905			
				77,0	77,0			

In Sinterwohnungen wohnten im Jahre 1864 28 Proz., im Jahre 1900 46 Proz. Im vierten Stock und höher 1864 5,4 Proz., 1900 18,8 Proz.

Daß diese Entwicklung durchaus nicht unvermeidlich, daß sie keine den Dingen immanent ist, zeigt das Beispiel englischer, belgischer und nordamerikanischer Großstädte. Die Bebauungsziffer im inneren Verwaltungsbezirke von London betrug 1901 7,93, in Liverpool 5,55, in Manchester 4,99, in Birmingham 4,84. Wehnlich liegen die Verhältnisse in Antwerpen mit 8,40, Brüssel mit 8,97, Brügge mit 5,91 Bewohnern auf ein Haus. Dabei ist noch zu bedenken, daß die für Berlin angeführten Durchschnittszahlen ein viel zu günstiges Bild geben, da die vornehmsten westlichen Stadtteile die Ziffern für die Arbeiterquartiere sehr erheblich herabdrücken.

Die früher stets aufgestellte Behauptung, daß den Schäden, welche die Mietskasernen in gesundheitlicher und auch sittlicher Beziehung haben, wenigstens billige Mietspreise gegenüberstehen, ist inzwischen auch widerlegt. Eberstadt u. a. haben überzeugend nachgewiesen, daß die eng-räumige Bauweise durchaus nicht so billig ist, wie ihre Anhänger stets behaupten, und alle bisher aufgemachten Berechnungen haben erwiesen, daß ein fünfstöckiges Haus im Verhältnis durchaus nicht erheblich billiger herzustellen ist als ein dreistöckiges. Damit entfällt für den Besitzer einer solchen Mietskasernen die Möglichkeit, seine Wohnungen, selbst wenn er wollte, zu einem billigeren Mietspreise als im kleinen Hause abzugeben.

Sinzu kommt aber vor allem noch die klare Tatsache, daß, je intensiver der Grund und Boden bebaut werden kann, je größer seine Ausnutzungsfähigkeit ist, desto höher sein Preis steigt. Je höher aber der Preis des Grund und Bodens steigen kann, um so mehr wird er von den Terraingesellschaften als Ausbeutungsobjekt gesucht und begehrt. Jede Bauordnung, die eine Beschränkung in der Ausnutzung der einzelnen Grundstücke für Bauzwecke herbeizuführen sucht, begegnet daher schärfstem Widerstand der Grundbesitzer und der Hochfinanz, während auf der anderen Seite jede Erweiterung der Bauordnung die Grundstückspekulation mächtig entfacht. Eine unglückliche Verwaltungsmaßregel, durch welche die Berliner Bauordnung vom 15. Januar 1887 durch die königliche Regierung zu Potsdam am 24. Juni 1887 auf fast sämtliche Vororte ausgedehnt wurde, lieferte daher dieses ganze ungeheure Terrain ungezügelter Grundstückspekulation aus. Von Obrikketts wegen wurde damit den Vororten das Schlimm des Massen-mietshauses aufgedrückt. In den Jahren 1891, 1893 und 1895 wurde dann freilich der Versuch gemacht, diese Bauordnung wiederum etwas einzuschränken; insbesondere die Bauordnung vom 5. Dezember 1895 trat dem Bau von Mietskasernen in den westlichen Vororten etwas entgegen und war daher den Grundstückspekulanten und Terraingesellschaften ein Dorn im Auge. In der dem Einfluß dieser mächtigen Kreise unterstehenden Presse wurde deshalb aufs schärfste gegen diese Bauordnung agitiert — mit dem Erfolge, daß die Regierung nachgab und am 1. Mai 1903 eine neue Bauordnung erließ, die mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft trat. An der Börse war man von diesem Siege schon vorher unterrichtet und hatte die kommenden Gewinne rechtzeitig eskompirt. Innerhalb eines Vierteljahres stiegen die Aktien der 11 in Betracht kommenden Terraingesellschaften um 9 Millionen Mark, ein um so riesigerer Betrag, da das nominelle Aktienkapital dieser Gesellschaften nur 30 Millionen Mark ausmachte.

Preisgabe der Rechtsgarantien durch Zentrum und Polen.

Im Laufe der Mittwoch-Sitzung stimmte die Justiz-Kommission über den § 156a der Strafprozessordnung und der dazu gestellten Anträge ab. Es handelte sich hierbei um die durch den Entwurf neu einzuführende Bestimmung, daß die Staatsanwaltschaft von der Erhebung einer öffentlichen Anklage absehen kann, wenn das angezeigte Vergehen nur ein geringes war. Diese Forderung, die der Billigkeit der Staatsanwaltschaft Tor und Tür öffnen würde, veranlaßte lebhaft Diskussionen in der Öffentlichkeit, die sich im Plenum des Reichstages und dann in der Kommission fortsetzten.

Zum Teil trug die Kommission der an dem Regierungsentwurf geübten scharfen Kritik dadurch Rechnung, daß sie in erster Lesung die Entscheidung darüber, ob in einer geringfügigen Sache die Anklageerhebung unterbleiben könne, an die Zustimmung des zuständigen Gerichts knüpfte. Das ging jedoch der Regierung viel zu weit, und in der zweiten Lesung beantragten die Nationalliberalen und Konservativen, diesen Zusatz wieder zu streichen. Diesem Antrage wurde mit 17 gegen 9 Stimmen entsprochen. Die Kommission trat also auch hierin einen vollständigen Rückzug gegenüber dem Beschluß der ersten Beratung an. Damals wurde der Regierungsentwurf, der dem Staatsanwalt jede Billigkeit bei der Erhebung von Anklagen ermöglicht, mit nur zwei Stimmen Mehrheit angenommen. Heute verwandelte sich diese zweifelhafte Mehrheit in eine erdrückende Umgefallen sind einige Zentrumsaßgeordnete und die Polen! Alle Verbesserungsvorschläge wurden abgelehnt. Selbst ein ganz harmloser Antrag des Abg. Meier (Nst.) vom Zentrum, für den Fall, daß der Staatsanwalt die Erhebung der Anklage unterläßt, dem Verletzten oder dem berechtigten Inter-

Stimmen das Recht der Privatklage zu geben, wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt!

Auch bei anderen Punkten lehnte die Kommission jede Verbesserung, die von unseren Genossen beantragt wurde, ab. So, daß der Strafantrag bei einer Polizeibehörde schriftlich eingereicht werden muß, wie es schon das geltende Recht fordert. Nach dem Entwurf soll künftig ein polizeiliches Protokoll genügen, das der Angelegende unterschreiben kann. Ebenso fiel ein Antrag unserer Genossen zum § 188, der forderte, daß bei einer polizeilichen Vernehmung eines Verdächtigen denselben auch die Garantien der richterlichen Vernehmung gegeben sind und daß ferner auch zu solchen Vernehmungen der bestellte Verteidiger zuzuziehen ist. — Beim § 166 beantragten die Polen, daß bei Vorkaufnahmen mehr wie bisher photographische Aufnahmen gemacht und zu diesem Zwecke vereidigte Photographen zugezogen werden sollten. Das wurde abgelehnt. Dagegen wurde im § 176 auf Anregung wieder ein Beschluß erster Lesung aufgehoben, wonach auch dann der Verdächtige von der Einstellung des Verfahrens zu benachrichtigt ist, wenn eine polizeiliche Hausdurchsuchung oder Vernehmung stattgefunden hat.

Eine längere Debatte entspann sich bei den allgemeinen Bestimmungen über die Voruntersuchung. Der Entwurf der Regierung wollte in Strafverfahren nur dann eine Voruntersuchung eintreten lassen, wenn dieselbe zur weiteren Aufklärung erforderlich sei. Die Kommission dehnte die Vorschrift über die Voruntersuchung auf alle Strafverbrechen aus, bei denen es sich um Verbrechen handelt, die nicht im Rückfall begangen wurden. — Da der Regierung auch dieser Beschluß nicht paßte, wurde von konservativer Seite die Aufhebung dieses Beschlusses erster Lesung beantragt. Unsere Genossen wendeten sich auf das entscheidendste gegen diese beantragte Verschlechterung, indem sie für den Beschluß erster Lesung eintraten.

Der konservative Antrag wurde mit starker Mehrheit angenommen; dafür stimmten außer den Nationalliberalen, Konservativen und Polen auch die Freisinnigen.

„Zuverlässige“ Richter für Noabit.

Nachdem, wie wir mitteilten, die wegen der Noabiter Vorgänge erhobenen Anklagen vor die von der Staatsanwaltschaft gewünschte Strafkammer geleitet sind, deckt die Staatsanwaltschaft ihre Karten etwas auf. Die erhobenen Anklagen sprachen lediglich von „Aufruhr“, ohne das politische oder gewerkschaftliche Gebiet zu betreten. Nunmehr ist jedoch den Angeklagten ein umfangreicher, in enger Schreibmaschinschrift hergestellte Seiten umfassender „Nachtrag“ zugegangen. In diesem Nachtrag wird allerlei über die Ursache und den Verlauf der Vorgänge, sowie darüber erzählt, daß die sozialdemokratische Partei hinter den Vorgängen stehe. Ueber diese Erzählungen ist den Angeklagten in der Voruntersuchung keinerlei Mitteilung gemacht worden. Den Mangel eines Beweises für ihre auf das politische Gebiet hinüber spielenden Angaben sucht die Staatsanwaltschaft durch allgemeine Sentiments zu ersetzen, die selbst auf einen im Bismarckschen Sinne nicht durchaus „politisch zuverlässigen Richter“ keinen anderen Eindruck machen können, als den: die Staatsanwaltschaft stellt solche haltlose Behauptungen nur auf, weil sie den Wunsch der politischen Behörden und der Junker wenigstens formell nachkommen muß. Die Staatsanwaltschaft hat aber durch ihre Nacherzählung der Wahlmännermärchen den Angeklagten die Möglichkeit gegeben, diese Legende aufs gründlichste zu zerstreuen. Das eigenartige, auffallende Vorgehen der Staatsanwaltschaft wird also wider ihren Willen für objektiv Denkende etwas Nützliches schaffen.

Umgestaltung des Kabinetts Briand.

Paris, 2. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Wie offiziell mitgeteilt wird, hat Briand dem Präsidenten Fallières das Entlassungsgesuch des Kabinetts überreicht. Die Sitzung des Kabinettsrats war von sehr kurzer Dauer. Briand erklärte gleich zu Beginn der Sitzung, daß es in Anbetracht der politischen und persönlichen Zwischenfälle der letzten Zeit besser schiene, nicht zu einer teilweisen Neubildung des Ministeriums zu schreiten und daß es wünschenswert sei, dem Präsidenten alle Aktionsfreiheit zu lassen. Er sei entschlossen, zurückzutreten. Diese Entschliessung zog die Demission des Kabinetts nach sich. Viviani erklärte, er sei entschlossen, zurückzutreten, bleibe aber deswegen nicht weniger ein treuer Freund Briands. Es folgte noch eine kurze Erklärung Barthous, der dem Ministerpräsidenten die Sympathie seiner Mitarbeiter ausdrückte.

Da Briand nach dem letzten Votum der Kammer über das Vertrauen der Majorität verfügt, so unterliegt es keinem Zweifel, daß der Präsident der Republik Briand mit der Neubildung des Kabinetts betrauen wird. Die Demission ist somit nur die Form für die unausweichliche und schon seit einiger Zeit erwartete Umbildung des Kabinetts. In welchem Sinne diese Umbildung erfolgen wird, deutet die offizielle Begründung der Demission mit hinlänglicher Deutlichkeit an. Die letzten Ereignisse, sagt diese Begründung, stellen dem Ministerium andere Aufgaben, als diejenigen waren, die es bei seiner Bildung vor sich hatte. Diese anderen Aufgaben bestehen in der Erfüllung der Forderungen der Sozialreaktionäre nach Einschränkung der Koalitionsfreiheit und Beseitigung des Streikrechts der Staatsangestellten und der Eisenbahner. Die Minister, die diese Politik der Entredung nicht mitmachen wollen — man nennt neben Viviani auch Millerand —, sollen durch zuverlässige Anhänger Briands ersetzt werden. Dem französischen Proletariat stehen somit schwere Kämpfe bevor, und an der Spitze seiner Gegner steht der ehemalige Generalfeldherr Aristide Briand.

Die Begründung der Demission.

Paris, 2. November. Im Kabinettsrat erklärte Briand, er glaube, daß die jüngsten ersten Ereignisse die Regierung vor Aufgaben gestellt hätten, die bei der Bildung seines Kabinetts noch nicht bestanden und über deren Lösung es nicht beraten könne. Briand setzte hinzu, die parlamentarische Debatte habe unbestreitbar große Schärfe angenommen. Briand erinnerte an die überaus heftigen Angriffe gegen seine Person und an die sehr bedenklichen Debatten über seine Befugnisse, um die gegenwärtige Lage des Landes zu meistern. Man habe ihm sogar unlautere Absichten gegen die bürgerlichen Freiheiten vorgeworfen, aber die Kammer habe ihm gegenüber diesen Angriffen Gerechtigkeit widerfahren lassen, und die republikanische Mehrheit habe der Regierung ihr Vertrauen bezogen. Nach einer solchen Debatte und in Voraussicht dessen, was sich noch ereignen könne, da die Verhältnisse grundverschieden von denen seien, die bei Bildung seines Kabinetts bestanden hätten, scheine ihm die beste, umfassendste und effizienteste Deutung der republi-

kanischen Verfassung die zu sein, dem Präsidenten der Republik das Wort zu lassen und ihm die Entlassung des Kabinetts anzubieten.

Briand übernimmt die Neubildung

Paris, 2. November, nachmittags 4 Uhr. Der Präsident der Republik hat Briand mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt. Briand hat den Auftrag angenommen.

Briand soll eine recht weitgehende Umbildung vorhaben; er würde mit ihren bisherigen Portefeuilles beibehalten: den Minister des Innern Pichon, den Kriegsminister General Brun und den Marineminister Admiral Boué de Lapeyrière und vielleicht mit einem anderen Portefeuille den bisherigen Handelsminister Jean Dupuy. Die meisten anderen Ressorts würde er neu besetzen. Unter den Politikern, die Briand etwa berufen könnte, nennt man Kloy, Monis, Chaumet, Raynaud und Rouleus.

Briands Mehrheit.

Paris, 1. November. (Fig. Ver.) Es ist von großem politischem Interesse, die Verteilung der Stimmen, die sich auf die Tagesordnung für Briand vereinigen, auf die verschiedenen Parteien zu betrachten. Gegen das Vertrauen stimmten: 75 geeinigte Sozialisten, 16 „unabhängige“ Sozialisten, 75 Radikalsozialisten, 13 Radikale, 3 Monarchisten, 1 „wilder“ Nationalist.

Dafür stimmten: 9 „unabhängige“ Sozialisten. Darunter befinden sich die Herren Deveze, André, Lefebvre und natürlich der edle Gerault-Richard. 52 Radikalsozialisten, 77 Radikale, 70 Mitglieder der demokratischen Linken, 71 Progressisten, 24 Mitglieder der liberalen „liberalen Aktion“, 14 „unabhängige“, d. h. das Gros der Nationalisten und Antirepublikaner, wie Maurice Barres, Bugléti-Conti usw., 3 Mitglieder der Rechten, 9 Minister.

Im ganzen ergeben sich also 179 republikanische Stimmen gegen und, nach Abzug der Minister, 199 Mitglieder der Linksparteien, wozu noch einige republikanische Unabhängige wie Abbé Lemire kommen, für die Tagesordnung. Briand, der ja feierlich verschworen hat, mit einer anderen als einer republikanischen Mehrheit zu regieren, kann darum noch bleiben. Zwanzig Stimmen ist ja sicher eine sehr dürftige Mehrheit, namentlich wenn man in Betracht zieht, was für sonderbare Republikaner sich unter den Radikalen und Linksdemokraten herumtreiben. Und wenn man die 39 Vinsrepublikaner mitzählt, die sich der Abstimmung enthalten haben, weil sie bei all ihren reaktionären Tendenzen einem Briand nicht das Vertrauen votieren mochten, so ergibt sich, daß er eigentlich die Mehrheit der Republikaner nicht mehr hinter sich hat. Aber rein äußerlich betrachtet, besteht seine Mehrheit eben noch fort und das mag ihm für den Augenblick genügen. Es ist aber außer Zweifel, daß dieses Abstimmungsergebnis auf seine weitere Politik von Einfluß sein muß. Er hat jetzt gesehen, daß er seine entschiedensten Anhänger im Zentrum und auf der Rechten hat. Man braucht nur die Presse zu lesen, um zu sehen, daß die Reaktionäre in ihm den Totengräber der Demokratie sehen. Außer den schmierigen Jobbern der „republikanischen“ Korruptionspresse, wie dem arnischen Herrn Berenger von der „Action“ und Briands Leibkassierer Gaston Cogniard, der in der „Petite République“ seines Dienstgebers Nachgeschirrt täglich gegen Genossen Jaurès schwingt, ist niemand für Briands Politik so begeistert, wie die ausgesprochen reaktionären Journale. Im royalistischen „Gaulois“ schreibt Arthur Meyer:

„Er kann diese Waffenruhe gebrauchen, um das Prinzip der Autorität wieder aufzurichten. Von seiner rednerischen Virtuosität abgesehen, weiß ich nicht, was er wert ist, ja nicht einmal, was er will. Aber darum bleibt es doch wahr, daß er ein, vielleicht unbewusstes, Weckel von Ideen ist, die noch nicht klar hervortreten. Ob er will oder nicht, die volle Reaktion ist auf dem Marsch.“

Im „Eclair“ jubelt ihm Ernest Judet zu und im „Echo de Paris“ schreibt Maurice Barres:

„Es wäre ungerecht und unpolitisch zu verkennen, daß das Leben eines Menschen lehren kann. Warum sollte sich Herr Briand nicht, wie er es ankündigt, zum Gefühl einer nationalen Politik erheben? Er sagt uns heute, daß er das Wohl des Landes über alles setzt. Am Tage, da dieser durchaus nationalistische oder wenn man will nationale Gedanke nicht nur in seinen Reden, sondern auch in seinen Handlungen sichtbar werden wird, wird es kindisch und ohne Interesse sein, sich seiner dunklen Jahre als Revolutionär zu erinnern. Schon jetzt haben wir ihm die Schwierigkeiten seiner Situation zugute zu halten. Zwei Schritte vorwärts, einer rückwärts, das ist der Rhythmus, nach dem er sich bewegt. Gestern, am Sonntag, hat er den Glanz seiner aufsehenerregenden Rede vom Vortag ein wenig verwischen müssen. Darum möchten ihn einige der Unseren nicht ernst nehmen und behandeln ihn als „Prachthans der Diktatur“. Aber wer verlangt von ihm, daß er den Diktator spiele? Man verlangt von ihm, daß er die Zivilisation gegen die Barbarei verteidige.“

Diese offene Wendung der Reaktionäre, ihr ausgesprochener Eintritt in Briands Majorität ist das politische Ergebnis der letzten Sitzung. Briand hat wohl in seiner Rede die famose Phrase von der Illegalität bis zur Inhaftlosigkeit abgeschwächt, indem er sie in ein Notrecht umdeutete, das in gewissen Notlagen der Nation ohne weiteres von allen guten Franzosen anerkannt werden würde. Wozu hat er aber dann von seiner Phrase gesagt, daß sie seine „Gegner emporfahren lassen“ würde? Das pflegen doch Selbstverständlichkeiten in der Regel nicht zu bewirken? Und wenn er zu den „guten Franzosen“ „alle Franzosen der Kammer“ rechnet, wie kommt es, daß er am Tag zuvor von den 75 Sozialisten als „Anarchisten“ gesprochen hat — eine Beschuldigung, die sich ja in seinem Mund besonders reizend ausnimmt? Allerdings, auf Widerprüche kommt es ihm nicht an. Sonst hätte er doch nicht gar so pathetisch darauf gepocht, daß seine Hände rein von Blut geblieben seien. Liegt in diesem Selbstlob nicht das Eingeständnis, daß die Behauptung, der Streik sei „insurrektionell“ gewesen, ein dreifacher Schwindel gewesen ist? Denn daß eine Insurrektion nur durch die Genialität Briands unblutig verlaufen ist, wird doch der dümmste Spießbürger nicht glauben.

Von gestern datiert, wenn man der Presse der neuen Mehrheit Glauben schenken will, eine neue Epoche der dritten Republik. Dieser Jubel scheint indes verfrüht. Briand selbst wird sich des gestrigen Sieges schwerlich lang erfreuen. Er hat trotz allem den Speer in der Hüfte. Als Abgestrafter ist er aus der denkwürdigen Diskussion zurückgekommen. Aber die Politik der reaktionären Konzentration hat in Frankreich ihre Zukunft. Und die Arbeiterklasse hat nichts von dem idealistischen Aufschwung der radikalen Bourgeoisie zu hoffen, sondern einzig alles von der Kraft ihrer gefestigten, zur Klarheit über ihr Ziel vorgeprägten Organisation.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. November 1910.

Blaue Bohnen und mehr Religion.

Die Zentrumsprelle heht munter weiter gegen die Sozialdemokratie. Die „Märkische Volkszeitung“ behauptet schlankweg, daß seit dem 8. September in Deutschland „18 blutige“ Krawalle zwischen Polizei und streifenden Sozialdemokraten stattgefunden hätten. Dabei habe man „insgesamt 600 Verletzte gezählt“. Daraus schließt das fromme Zentrumsblatt nicht etwa, daß die Polizei allzu struppellos dreingehauen habe, sondern sie findet die Parole der Regierung, daß gegen die „aufrührerischen Genossen mit der ganzen Strenge“ vorgegangen werden müsse, völlig in der Ordnung. Seien doch Weisshäuer zu dem Schlusse veranlaßt worden, „daß wir schon mitten in der Revolution stehen.“

Gegen die blauen Bohnen hat also das Zentrumsblatt nicht das geringste einzuwenden. Aber es sucht zugleich für die Sonderzwecke des Zentrums aus dem Aufruhr Kapital zu schlagen. Es zitiert die schönen Kaiserworte, „dem Volke muß die Religion erhalten werden“ und beklagt sich in Sperrdruck über das geringe Entgegenkommen der Minister gegenüber den Verfrommungsforderungen des Zentrums. Die Frage sei, ob der Staat sie selbst retten wolle durch erhöhten religiösen Einfluß auf die Jugend. Und in edlem Wettbewerb mit den Zirkus-Busch-Mitteln, die als einzige Rettung der krachenden Throne die agrarischen Triarier anpriesen, schließt das Zentrumsblatt:

„Es gibt heute für die Fürsten und Regierungen keine andere Rettung mehr, als daß sie sich an den Satz halten: „Alles erneuern in Christus“. Das ist die vollständige restlose Ueberwindung der Sozialdemokratie.“

Nach den Erfahrungen in Portugal, Spanien und anderen Ländern klingt die mühlendammernde Anpreisung der pfäfflichen Herrschaft nicht gerade besonders vertrauens-erweckend!

Die Wendung in der Polenpolitik.

Nach der Meinung verschiedener Blätter soll das Staatsministerium nicht die Absicht haben, den Anträgen der Ansiedlungskommission auf Anwendung des Enteignungsverfahrens zu entsprechen. Und zwar soll das deswegen nicht geschehen, weil man vor den Reichstagswahlen die polnischen Bevölkerungsteile nicht noch besonders reizen wolle.

Die „Deutsche Tageszeitung“ meint dazu, daß es verfehlt sei, wenn man auf die Anwendung des Enteignungsgesetzes aus irgendwelchen taktischen Rücksichten verzichten wolle. Hier könnten nur sachliche Gesichtspunkte ausschlaggebend sein. Natürlich werde man das Enteignungsgesetz nur im Falle der Not (auch in der „Deutschen Tageszeitung“ in Fettdruck) zur Anwendung bringen.

Für jemanden, der die Stellung der Parteien zur Polenpolitik in den letzten Jahren aufmerksamer verfolgt hat, war es längst kein Geheimnis mehr, daß eine Wendung in der Polenpolitik bevorstehe. Schon die intime Waffenbrüderschaft zwischen Konservativen und Zentrum hätte die Konservativen gegen ein allzu scharfes Vorgehen einnehmen müssen, wenn es für sie nicht noch gewichtigere Gründe gegeben hätte. Liegt es doch auf der Hand, daß bei der Zwangsenteignung des polnischen Grundbesitzes den deutschen Grundbesitzern, die bläher bei dem Verkauf ihrer Güter ein so kolossales Geschäft gemacht haben, dies Geschäft gründlich verdorben werden würde! Vor allen Dingen aber haben unsere Junker in der Ansiedelung deutscher Bauern in der Ostmark ein Haar gefunden. Seitdem die Ansiedler sich sogar von den Agrariern emanzipiert und zu einem Bauernbund unter nationalliberaler Leitung zusammengeschlossen haben, ist den Junkern diese Siedelungspolitik äußerst unbequem geworden. Die Junker pfeifen aber auf die „nationale“ Politik, wenn sie ihnen nicht in den Strampel. Und gegen die Junker hat die preussische Regierung bisher noch nichts durchzusetzen gewagt!

Befremdliches aus Labiau-Wehlau.

Der Landrat von Wehlau macht in einem Ertragsblatt des Amtlichen Kreisblattes vom 29. Oktober bekannt, daß die Wählerlisten bereits am Freitag, den 4. November, ausgelegt werden sollen, damit die Ertragswahl am Freitag, den 2. Dezember, stattfinden kann. Das ist noch keine definitive Ausschreibung der Wahl, es treten somit auch noch nicht die gesetzlichen Bestimmungen in Kraft, die gewisse gesetzliche Einschränkungen zugunsten der Wahltagitation ausüben.

Aber der Landrat von Labiau hält auch noch nicht einmal diese vom Landrat in Wehlau gemachte Vorankündigung des Wahltagates für notwendig! Im amtlichen Kreisblatt vom 1. November steht noch nicht eine Silbe von irgendwelchen Vorbereitungen zum Auslegen der Wählerlisten an die Gemeindevorsteher zu lesen. Was hat diese Heimlichtuerei zu bedeuten? Will man uns mit der so späten offiziellen Bekanntgabe des Wahltermins über-rumpeln? Wenn, wie der Landrat von Wehlau schon richtig wissen wird, die Wahl am 2. Dezember stattfindet, weshalb schreibt man die Wahl dann nicht aus? Ist der Regierung wirklich so lange für den konservativen Reichstagsstich in Ostpreußen, daß sie den Sozialdemokraten die Wahltagitation beschränken will? Fast steht es so aus! Schon am 25. Oktober richtete der sozialdemokratische Kandidat an den Minister des Innern eine dringende Beschwerde wegen fortgesetzter ungesetzlicher Verweigerungen der Genehmigungen zur Abhaltung von Wähler-versammlungen unter freiem Himmel, aber bis zum 2. November ist darauf noch keine Antwort eingelaufen! Mit den Straf-befehlen und Anklagen wegen Abhaltung von Mitglieder-versammlungen haben es die Behörden eiliger!

Gegen liberale Beamte

scheint man in Preußen mobil machen zu wollen. Das „Berliner Tageblatt“ berichtet aus Potsdam, daß ein Lehrer, der sich um die Kandidatur des volksparteilichen Justizrates Rennes verdient gemacht habe, sich plötzlich genötigt sah, nicht nur sein Vorstandsamt im liberalen Verein niederzuliegen, sondern auch den Austritt aus dem Verein zu erklären, da man es höheren Ortes für unerwünscht bezeichnet habe, daß er sich in seiner Stellung als mittelbarer Staatsbeamter an der liberalen Agitation beteilige. — Ferner wird in Potsdam von einer Versekung gesprochen, die auf politischen Erwägungen beruhen soll.

Ein Abgefähter.

Der frühere Polizeipräsident von Schneberg, Graf Bestarp, ist in einer Nachwahl als Vertreter des Wahlkreises Merseburg-Vomst gewählt worden. Seit seinem Eintritt in den Reichstag stand er bei dem reaktionärsten Flügel, ein eifriger Gehilfe der Areth und Oldenburg-Jaunischau. Seine Tätigkeit in der Steuerkommission dürfte noch allgemein in Erinnerung sein. Trotzdem wird er wahrscheinlich in seinem Wahlkreise nicht wieder aufgestellt werden.

Gewerkschaftliches.

Alles eins!

In dem Artikel „Trompetenstoß oder Schwänzengefang“ in Nummer 149 des „Vorwärts“ wurde erwähnt, wie die M.-Glabbacher zentrierte „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ den Grund für die Gewerkschaftsabsinnung vieler katholischer Arbeiter in der „rein passiven religiösen Lebensauffassung“ derselben sieht. Wir weisen darauf hin, daß die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ selbst ihren gehäuften Teil Schuld an dieser Sachlage hat, bringt sie doch regelmäßig als „Leitartikel“ religiöse Erbauungsblättchen, die, wie wir sagten, „sachlich ganz im Stile von „Sitz Berlin“ gehalten sind“.

Nun bringt das M.-Glabbacher Zentrumsarbeiterblatt in seiner Nummer 44 selbst eine glänzende Bestätigung unserer Behauptung, indem das Blatt nämlich konstatiert, daß die religiösen „Erbauungs-“ und „Beschauungs“episteln den Beifall des Organs vom — „Sitz Berlin“ gefunden haben und — nachgedruckt werden! Und die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ nennt dies — „eine erfreuliche Erscheinung“! Indem der Abdruck einiger Artikel konstatiert wird, schreibt die „Westdeutsche“: „Wir haben nach, und richtig, es war wieder ein Stück „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, das und da in der Unterhaltungsbeilage „Freierabend“ des „Arbeiter“ entgegenblitzte, eine unserer religiösen Betrachtungen, die wir an der Spitze der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ jeweils (im m e r l. Red. d. „Vorw.“) zu bringen pflegen. Wir meinen die Tatsache, daß der „Arbeiter“ in neuerer Zeit wiederholt auf den Inhalt unserer „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ zurückgreift, und zwar auf seinen religiös-sittlichen Teil, eine erfreuliche Erscheinung.“

Die „Westdeutsche“ wünscht dem nur, daß das Berliner Organ der „Facharbeiter“ den Abdruck auch als solchen kenntlich mache und die M.-Glabbacher Quelle nenne, dann sei die Freude in M.-Glabbach eine doppelte „über den Sünder, der also Buße tut“.

Was soll denn aber dieses unsinnige Gewäsch? Die Facharbeiter vergeben sich gar nichts, wenn sie die ganz ihrem Geiste entsprechenden knechtlichen Vitaneien aus der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ abdrucken, denn besser können auch sie nicht den Satz abhandeln, daß Knecht eben Knecht bleiben soll. Sünder, die Buße tun, sind die Heiden von M.-Glabbach. Die religiöse Knechtstänzei jeder Nummer der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ ist eine regelrechte Vuhübung für die Artikel, die die „Sünden“ der verschiedenen, „paritätischen“, interkonfessionellen, „christlichen“ Gewerkschaften vertreten, deren Bannträgerin M.-Glabbach ja bisheran noch sein will.

Durch diese „bewährte“ Arbeitsleistung in der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ wird allwöchentlich durch den religiösen Sermon das wieder weggewischt, was sonst in den anderen Artikeln des Blattes für eine größere gewerkschaftliche Aktivität der katholischen Arbeiter gefährdet wird. Die Leser sollen die Anstrengung sehen, mit der der „tückische Rarmor“ den Verg mühsam herangerollt wird, wonach dann dieselben Regisseure ihn wieder bergab rollen lassen, allerdings ohne viel „Donnergepolter“, sondern im Stillen.

Daß die katholischen Arbeiter im katholischen Westen Deutschlands dieser M.-Glabbacher Handwurstade keinen Geschmack abgewinnen, ist allerdings erklärlich genug.

Berlin und Umgegend.

Der Töpferstreik in Berlin währt weiter. Bisher gepflogene Verhandlungen haben einen solchen Erfolg noch nicht gezeitigt, daß die Gehilfen dem zustimmen konnten. Es finden deshalb noch weitere Verhandlungen statt. Dieser Streik der Töpfer hat auch bereits den Hilfsarbeiterverband in Ritleidenschaft gezogen. Die Hilfsarbeiter in den Ofenfabriken verweigern in ihrer Mehrheit jegliche Streikarbeit, so daß auch auf dieser Seite sich bereits circa 370 Mann im Ausstand befinden. Der Stand des Kampfes ist als ein günstiger zu bezeichnen, die Töpfer stehen fast einmütig im Kampfe, einige Außenseiter sind durch die Arbeitsniederlegung der Hilfsarbeiter gezwungen worden, ihre Streikarbeit einzustellen. Zugang von Töpfern und Hilfsarbeitern ist nach Berlin streng fernzuhalten.

Deutsches Reich.

Die Knopfarbeiter rühren sich!

In den bedeutendsten Orten der deutschen Knopfindustrie sind gegenwärtig die Knopfarbeiter eifrig bestrebt, ihre elende Lage zu verbessern. Daß die Perlmuttdrehler in Frankenhäusen seit Monaten im Kampfe stehen, ist bekannt. Die Arbeiter der Horn- und Steinmühlknopfabrik in Schmöllu stehen ebenfalls in einer Lohnbewegung und in Breslau wurde eine solche soeben erfolgreich beendet.

Die deutschen Fabrikanten klagen immer darüber, daß ihnen aus Oesterreich eine empfindliche Konkurrenz bereitet wird. Nun sind in den Orten Rechanig, Serowig, Neuhaus, Gardubitz, Ringelsdorf und einer Anzahl weiterer Orte, die bisher vornehmlich nach Deutschland lieferten, erfolgreiche Lohnbewegungen durchgeführt und soeben wurde ohne Streik die Lohnbewegung der Perlmuttdrehler in Witten durch einen für die Arbeiter günstigen Vertragsabschluss zu Ende geführt. Der vereinbarte, bis zum Jahre 1912 geltende Allortarif bringt den Arbeitern eine Erhöhung von 4 bis 8 Heller pro Gros. In den Orten Rikolsburg und Bratelsbrunn wurde sogar Anfang Oktober eine Erhöhung der Allortarife von 4-16 Heller pro Gros durchgeführt. In Prag in Böhmen trat am 1. Oktober ebenfalls ein neuer Tarif in Kraft, der die Lohnsätze der gewöhnlichen Zweifach-Knöpfe aus Malaffar um 4-10 Heller, Pariser und Zellerbreitknöpfen um 10-30 Heller steigert. In den böhmischen Bezirken Franzenthal und Leipsig-Praschditz regen sich ebenfalls die Steinmühlknopfdrehler, die bisher als Lohnbrüder für die deutschen Kollegen gelten. Eine ganze Anzahl Versammlungen waren sehr gut besucht, und schlossen sich die Arbeiter in Reihen der Organisation an. Die Arbeiter in Böhmen haben es eben so, als Lohnarbeiter gegenüber ihren deutschen Kollegen sich ausfinden zu lassen. — Auch im Väranauer Bezirk an der böhmisch-böhmischen Grenze, wo einige hundert Knopfarbeiter beschäftigt werden, rühren sich diese und schließen sich der Organisation an, so daß die Hoffnung besteht, daß auch dort mit den vorhandenen unwürdigen Verhältnissen bald aufgeräumt werden kann. Die Löhne in der Knopfindustrie sind mit die elendesten in der deutschen und österreichischen Industrie. Es ist darum besonders freudig zu begrüßen, wenn die Arbeiter sich anrassen und versuchen, das auf ihnen ruhende Joch abzusütteln. Die Verhältnisse liegen aber so, daß eine erhebliche dauernde Verbesserung der Verhältnisse nur möglich ist, wenn in Oesterreich und Deutschland annähernd gleich günstige Bedingungen geschaffen werden. Die erfolgreiche Durchführung einer Anzahl der oben genannten Bewegungen und die Agitation in den Grenzbezirken ist aus diesen Gründen durch die in Frage kommenden Organisationen der beiden Länder in die Wege geleitet, und sie war erfolgreich.

Ein Verbot des Streikpostensichens!

In dem hinterpommerschen Städtchen Stolp streifen bekanntlich die Fischer seit 17 Wochen und machen dabei natürlich von dem Koalitionsrecht auch insofern Gebrauch, als sie Streikposten ausstellen. Die Polizei führt gegen diese einen scharfen Kampf und möchte anscheinend die unbehaglichen Streikposten mit einem Male beseitigen, da ihr dies durch die beliebte Rodelschiffpolizei nicht gelingen will, zumal die Gerichte nicht alle Streikfänger verurteilen können, die sie ihnen überliefert. In dem amtlichen Kreisblatt, der Nr. 263

der „Zeitung für Hinterpommern“ findet man deshalb folgende Notiz:

„Streikposten. Die Polizei gibt folgendes bekannt: Noch immer werden Leute bemerkt, die sich als Streikposten von ihrer „Organisation“ kommandieren lassen und dann vor den einzelnen Fabriken zur Belästigung der Arbeiter erscheinen. Diese Posten machen sich in jedem Falle strafbar; es wird gegen sie mit den schärfsten Strafen vorgegangen werden.“

Das Verbot des Streikpostensichens ist wohl ein Wunsch der Scharfmacher, aber es hat trotzdem auch in Hinterpommern noch nicht Gesetzeskraft, und infolgedessen kann das Streikpostensichens auch durch den schärfsten Jagowischen Plakatstil nicht verboten werden.

Der Streik der Ofenseher in Leipzig ist nach elfwöchentlicher Dauer mit gutem Erfolg beendet. Im letzten Stadium des Kampfes hatten die Gehilfen zu der Taktik gegriffen, bei einem Meister, der die Gehilfenforderung unterschrieben anerkannt hatte, die Arbeit aufzunehmen. Dies hatte zur Folge, daß gleich darauf 10 Unternehmer bei dem Streikkomitee vorsprachen, den Tarif anerkennen wollten und Arbeitskräfte verlangten. Dem wurde jedoch nicht stattgegeben, den Herren aber der Rat erteilt, in der Weisheit für die Anerkennung der Gehilfenforderungen zu wirken. Hierauf fand bald eine gemeinsame Sitzung statt, die eine Einigung brachte. Nach den neuen Abmachungen findet sofort ein dreiprozentiger Lohnaufschlag auf den Gesamttarif statt und am 1. April 1911 tritt die volle von den Gehilfen eingereichte Tarifvorlage in Kraft. Diese enthält eine bessere Berechnung der Allortarife und bringt u. a. auf glattes Nachselzeug einen Zuschlag von 7 1/2 Proz. — Diesen Abmachungen haben die Versammlungen der Meister und Gehilfen nunmehr zugestimmt. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen, jedoch erludt die Streikkommission dringend, Leipzig nicht sofort mit Zugung zu überschreiten, da dies den vorletzten Abschluß der Bewegung hindern würde und es zunächst gilt, die außerhalb Leipzigs arbeitenden Streikenden wieder in erster Linie unterzubringen.

Streik der Maschinensticker in Plauen i. V.

Dienstag haben die Sticker die Arbeit niedergelegt, weil ein Teil der Maschinenbesitzer den im Vorjahre mit der Organisation der Textilarbeiter abgeschlossenen Tarif gekündigt haben und sich weigern, einen neuen Tarif abzuschließen. Von 167 bestehenden Verträgen sind 87 gekündigt worden, so daß 107 Verträge weiterlaufen. Die größeren Betriebe mit über 1000 Maschinen haben nicht gekündigt. Gegenwärtig ist in der Stickerbranche flottes Geschäftsgang, die Situation ist den Stickern mithin äußerst günstig. Die Maschinenbesitzer, die ihrem Vorhaben und Syndikat, Rechtsanwalt Geyer, Folge leisten und keinen Tarif anerkennen, sind in eine schwierige Situation geraten, ihre Maschinen stehen still, während die in den größeren Betrieben weiter laufen. Von langer Dauer kann unter diesen Umständen der Streik nicht sein. Die Sticker werden den Kampf mit aller Energie führen, damit endlich in der Stickerbranche geregelte Zustände Platz greifen. Die, welche unter tariflichen Bedingungen weiterarbeiten, haben sich verpflichtet, während der Dauer des Streiks pro Woche eine Mark Entgeltbeitrag zu zahlen. Die Zahl der organisierten Sticker hat sich im Laufe des letzten Jahres ziemlich verdreifacht, so daß sie großen Wert dem Kampfe entgegensehen können. An 1100 Maschinen wird bereits zu Tariflöhnen gearbeitet. Etwa 300 Sticker stehen im Ausstand.

Ausland.

Los von den Christlichsozialen! Den dortigen Straßenbahnern folgen jetzt die Wiener Gaswerksangestellten. Auch sie haben unter sehr großer Beteiligung einen unpolitischen Fachverein gegründet, der die Abkehr von den gelben Stimmbehördenorganisationen der Wiener städtischen Bediensteten bedeutet. Dabei sind die städtischen Gaswerke eine Parteigenosse der Christlichsozialen und der Portier Guth ist einer der Großen im schwarzen Lager.

Wie man Ausfändige beruhigt!

Aus New York, wo die Gepäckträger streiken, wird gemeldet: New York, 2. November. Der Vorsitzende des Verbandes der Kollutscher erklärt in einer Kundgebung, wenn der Bürgermeister von New York Gaynor einen Sympathiestreik der Kollutscher aus Anlaß des Ausstandes der Angestellten der Express-Compagnie vermeiden wolle, solle er die Wagen dieser Gesellschaft nicht weiter durch von der Polizei gestellte Begleitmannschaften decken lassen. Gaynor solle sich bis heute abend entscheiden. Im Falle eines Ausstandes würde der ganze Güterverkehr in Unordnung geraten.

Weitere Depeschen lauten:

New York, 2. November. Die nunmehr erfolgte Ankündigung, daß den Polizisten nicht mehr gestattet sein soll, die Wagen der Express-Compagnie zu begleiten, hat eine beruhigende Wirkung auf die Ausfändigen ausgeübt, so daß ohne Zweifel von der Proklamierung des Generallstreiks abgesehen werden dürfte.

New York, 2. November. Der Bürgermeister von New York, Gaynor, hat bekannt gemacht, daß die Ausfändigen der Express-Compagnie ihre Zustimmung zu einem Schiedsgericht gegeben haben und bis zur Entscheidung des Schiedsgerichts ihren Dienst wieder aufnehmen wollen.

In Berlin werden bekanntlich die Streikenden systematisch durch große Polizeiangebote gereizt. Was sagt Herr v. Jagow zu seinem New Yorker Kollegen?

Soziales.

Gibt Kenntnis von einem Betriebsunfall den Mitarbeitern.

Der Kollutscher Wilhelm Sp. erlitt am 5. Mai 1909 dadurch einen Unfall, daß er beim Besteigen eines Kollwagens abrutschte und seitlich auf das Pflaster schlug. Nach einer halben Stunde stellten sich Schmerzen im linken Knie ein. Nach einigen Tagen schwoll das Knie an, Sp. mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Dem Arzte machte Sp. Mitteilung von dem Fall. Im Krankenhaus wurde harter Erguß in das Kniegelenk festgestellt. Der Verletzte erhob nunmehr bei der Lagerei-Vereinsgenossenschaft Anspruch auf Entschädigung. Die Genossenschaft lehnte den Anspruch ab, „weil das Vorliegen eines Betriebsunfalls weder erwiesen, noch hinreichend wahrscheinlich gemacht worden ist“. Dagegen wurde beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung Stadtkreis Berlin Verurteilung eingeleitet und geltend gemacht, daß Sp. zwar Augenzeuge des Unfalls nicht gehabt habe, daß er aber am Tage nach dem Unfall dem Betriebsinspektor von demselben Mitteilung machte, bezügl. dem Arzt.

Das Schiedsgericht forderte dann ein Gutachten von Herrn Professor Dr. Sch. ein. Derselbe sagt: „Nach dem vorliegenden Aktenbericht, besonders in Hinblick auf die von dem Verletzten geschilderte allmähliche Entstehung der Kniegelenksaffektion nach dem angeblichen Unfall, halte ich es im vorliegenden Falle nicht für zweifelhaft, daß jener Unfall die Affektion des linken Kniegelenks ursächlich hervorgerufen hat.“ Im Termin zur mündlichen Verhandlung vor dem Schiedsgericht war noch ein Vertrauensarzt hinzugezogen worden, der Bedenken geltend machte: Der lange Zwischenraum zwischen Unfalltag und Eintritt in die ärztliche Behandlung (6 Tage), dann die lange Dauer der Erkrankung, sowie die anscheinend vorhandene Atrophie der Gelenkkapsel lassen darauf schließen, daß ein inneres Allgemeinleiden den ganzen Kniegelenksprozeß bedingt hat.

Darauf wurde Professor Dr. Sch. nochmals zu einer gutachtlichen Äußerung aufgefordert. Dieser erklärte nunmehr, die

Bedenken des Vertrauensarztes hätten an sich Berechtigung, aber in unserem Fall habe der Verletzte bereits eine halbe Stunde nach dem Unfall über Schmerzen geklagt und einige Tage darauf das geschwollene Knie seinen Mitarbeitern gezeigt. Des weiteren sei zu beachten, daß ein unerheblicher Erguß im Gelenk dem ungebübten Auge nicht sofort bemerkbar wird, erst nach Tagen der Erguß sich vergrößert und somit auch dem ungebübten Auge sichtbar wird. Alles in allem sei der Unfall Ursache der Kniegelenksaffektion.

Das Schiedsgericht verurteilte daraufhin die Genossenschaft zur Zahlung der Vollrente bis zur Beendigung des Heilverfahrens, nachdem zur Zahlung einer 60prozentigen Rente. Das Schiedsgericht nahm den Unfall für erwiesen an, da der Verletzte kurze Zeit danach einem Arbeiter das Knie zeigte und auch dem erst behandelnden Arzt von dem Unfall Mitteilung machte. Hinzukommt, daß der Arbeitgeber dem Verletzten das beste Zeugnis bezüglich seiner Glaubwürdigkeit ausstellte. Diese Entscheidung ist rechtskräftig geworden.

Anlässlich dieses Falles möchten wir erneut den Arbeitern zuzufen: Macht von einem Unfall, und sei er auch anscheinend noch so gering, sofort Mitteilung!

Versammlungen.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter. Die Generalversammlung, die am Sonntagvormittag im Gewerkschaftshause stattfand, nahm den Bericht des Kassierers Gräber über das dritte Quartal 1910 entgegen. Die Abrechnung der Lokalkasse zeigt eine Einnahme von 14163,02 M., eine Ausgabe von 5502,87 M., und somit einen Bestand von 8660,15 M. Die Gesamteinnahme (mit der Hauptkasse) wurde mit 32452,42 M., die Gesamtausgabe mit 23792,27 M. gebucht, somit verbleibt der Bestand von 8660,15 M. Mit der Hauptkasse wurden berechnet: für Unterstützungen an Kranke 2111,05 M., in Sterbefällen 620 M., bei Streiks und Nachregelungen 217,15 M., für Rechtschutz 45,70 M., als Beihilfe bei Umzügen 10 M., für die Baukontrolle 329,05 M. Auf Antrag der Revisionen wurde der Kassensführung Decharge erteilt.

Eine erregte Debatte entspann sich über die Angelegenheit der Unterstützung von etwa 50 Bauarbeitern, die im Juli auf dem Bau der Konjunkturgenossenschaft in der Rittergutstraße in Lichtenberg die Arbeit niederlegten. Aus der Forderung, Überstunden zu leisten, war es zu Differenzen gekommen, die zu einem Streik von 3 1/2 Tagen führten. Die Verbandsleitung sah sich veranlaßt, die Ansprüche auf Unterstützungsgelder zurückzuziehen, da die Arbeiter bei der Einleitung des Streiks nicht den durch die Statuten vorgeschriebenen Weg beschritten hatten. Die Generalversammlung nahm aber einen Antrag an, nach welchem dem Streikenden die Unterstützung für drei Tage zugestimmt wurde.

Der Vorsitzende Rosa machte zum Schluß noch auf die am 18. November stattfindende Wahl zum Gewerbegericht aufmerksam und forderte zu reger Beteiligung auf.

Verband der Fabrikarbeiter. Die Verwaltungsstelle Berlin des Fabrikarbeiterverbandes hielt am Sonntag im „Englischen Garten“ ihre Generalversammlung ab. Der Bevollmächtigte Brun gab im Bericht des Vorstandes eine umfassende Uebersicht über die Lohnbewegungen und Kämpfe des verflohenen Quartals, die meist zu guten Erfolgen geführt haben. Es sind in mehreren Fabriken der verschiedenen Industriezweige Lohnhöhungen und Verkürzung der Arbeitszeit erreicht und neue Tarifverträge abgeschlossen worden. Ein Teil der Bewegungen ist noch nicht beendet und sie werden, je nachdem, wie es die Situation erfordert, mit aller Kraft fortgeführt. Die Abrechnung vom dritten Quartal, die den Delegierten gedruckt vorliegt, schließt für die Hauptklasse mit der Bilanzsumme von 35254,80 M. ab. Unter den Ausgaben der Hauptklasse sind für Gewerkschaftenunterstützung an Kranke Mitglieder 7075 M., an arbeitslose Mitglieder 2613,95 M., an auf der Weise befindliche 409,30 M., für Streikunterstützung 12126,60 M. An die Hauptkasse gefandt wurden 2981,67 M. Die Bilanzsumme der Lokalkasse ist 37691,98 M. Für Streikunterstützung wurden aus der Lokalkasse 8768,35 M. ausgegeben. Es sind im verflohenen Quartal 3000 Beiträge mehr kassiert worden, als im vorhergegangenen. Die Mitgliederzahl ist auf rund 9000 gestiegen. Dann wurde auf Vorschlag der Ortsverwaltung einstimmig beschlossen, das Bureau der Ortsverwaltung am 1. April 1911 nach dem Gewerkschaftshause zu verlegen. Es ist hierzu der Saal 7 in Aussicht genommen, der zu drei Bureauräumen der Fabrikarbeiter umgestaltet werden soll. Ein Antrag aus Oberschöneweide, den Lokalschlüssel zum Verbandsbeitrag der weiblichen Mitglieder aufzuheben, wurde mit allen gegen eine Stimme abgelehnt, nachdem festgestellt worden war, daß offenbar die weiblichen Mitglieder selbst nicht dafür waren.

Letzte Nachrichten.

Stadtverordnetenwahltag in Halberstadt.

Halberstadt, 2. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei den heute stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen siegten die 4 sozialdemokratischen Kandidaten mit 1973 gegen 1470 Stimmen der Gegner.

Das neue Ministerium Briand.

Paris, 2. November. („Presch-Telegraph“.) Das neue Ministerium Briand ist gebildet. Der Ministerpräsident behält das Portefeuille für Inneres und Kultus, Unterstaatssekretär des Innern ist Guisthan. Boué de Lapeyrière, General Brun und Doumargue behalten die Portefeuilles für Marine, Krieg und Unterricht. Auch der Unterstaatssekretär der schönen Künste und der Unterstaatssekretär im Marineministerium bleiben.

Dagegen geht der Unterstaatssekretär Sarrant im Kriegsministerium; sein Nachfolger ist noch nicht bestimmt. Zum Ackerbauminister ist Dupuy, zum Finanzminister Aloy ernannt worden. Monis wird Justiz- oder Kolonialminister, Laferte Handels- oder Arbeitsminister. Weiterhin werden Mitglieder des neuen Ministeriums Raynaud, Rouleus und Puech, deren Portefeuilles jedoch noch nicht feststehen. Millerand wird Arbeitsminister bleiben.

Lärmzeiten bei einer Prozession.

Paris, 2. November. (B. L. W.) Nach einer Meldung der Agence Havas aus Terbere ist es in Barcelona bei einer Prozession nach Calatayud vor dem republikanischen Klub zu Lärmzeiten gekommen. Bei den Ausschreitungen sollen Revolverkugeln abgefeuert und verschiedene Personen verwundet worden sein.

Meuterei auf einem Postdampfer.

Marseille, 2. November. (B. L. W.) Unter der Mannschaft des aus Dakar eingetroffenen Postdampfers „Djellah“ brach während der Fahrt eine Meuterei aus, wobei an Bord des Schiffes beträchtlicher Schaden angerichtet wurde. Die Verhaftung der Rädelsführer steht unmittelbar bevor.

Zum Vergarbeiterausstand in Südwales.

London, 2. November. (B. L. W.) Der Präsident, der Sekretär und der Schatzmeister des Vergarbeiterverbandes von Südwales haben einen Aufruf erlassen, den gegenwärtigen Ausstand nicht, wie angedroht wurde, noch weiter auszubehnen. Der Aufruf stellt fest, daß bereits 17 000 Mann von den Fonds des Verbandes leben. Ein Generallstreik wäre verhängnisvoll. (?)

Großfeuer in Mannheim.

Mannheim, 2. November. (B. L. W.) In den Schreinerwerkstätten der Langschen Fabrik ist Großfeuer ausgebrochen. Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblätter.

Prozeß Bruhn und Genossen.

Einen großen Raum in der gestrigen Verhandlung nahmen Maßnahmen gegen Zeugen ein. Gegen den Zeugen Hünke wurden erst 300 M. Ordnungstrafe festgesetzt. Die Ordnungstrafe wurde alsbald wieder aufgehoben, als der kranke Zeuge erscheint. Seine Aussage gab klar zu erkennen, daß er aus Anlaß eines ihm unangenehmen Artikels Inzerate ausgegeben hat, um derartige oder andere Angriffe für die Zukunft zu verhindern. Mit dieser Einschränkung verneinte er die Frage, ob er sich durch Bruhn bedroht fühlte. In diesem Falle handelt es sich also um eine vollendete Erpressung, wenn man aus dem gesamten auf Sensation und Geldgewinnung abzielenden Verhalten der „Wahrheit“ und Bruhns die Absicht der Bedrohung mit dem Hebel der Vorbereitung weiterer Angriffe entnimmt und nicht als Entschuldigung für ihn gelten läßt, daß auch andere bürgerliche, insbesondere nationale Organe gleich schmutzige Gewohnheiten haben. Auch der Zeuge Ludwig Klebinder erschien beim Aufruf nicht, wurde gleichfalls mit einer Ordnungstrafe belegt, tauchte dann auf, war aber bei seinem Aufruf verschwunden. Er wird wohl heute zwangsweise vorgeführt werden. Ein dritter nicht erscheinender Zeuge war der Polizeikommissar Kopp. An sein Nichterscheinen knüpfte sich eine Debatte über die Verweigerung der Genehmigung zum Erscheinen des Polizeirats Henniger. Am Schlusse der Erörterungen wies der Vorsitzende die Verteidiger darauf hin, daß ihnen ja Beschwerde an den Minister gegen die Verweigerung der Zeugnisaussage zusteht. Den Verteidigern sollte dieser Weg und der weitere, bei Gericht zu beantragen, daß der Minister die Genehmigung erteile, eigentlich auch ohne Belehrung nicht ganz unbekannt sein. Ob der Protest gegen die von uns selbstverständlich verurteilte Verfassung der Zeugnisaussage des Dr. Henniger seitens der Angeklagten und ihrer konservativen Verteidiger ernst gemeint ist? Erhebliche Zweifel regen sich bei der Erinnerung daran, daß jüngst in der Strafprozeßkommission sämtliche konservativen und antisemitischen Abgeordneten für die Aufrechterhaltung des Spitzelparagraphen lebhaft eingetreten sind, dessen Existenz allein die Verfassung der Vernehmung des Dr. Henniger als Zeugen herbeiführen konnte. Wird Dr. Henniger, wenn er erscheint, über die Beziehungen zwischen Polizei, der „Wahrheit“, den antisemitischen und nationalen Zeitungen uneingeschränkt auszusagen? Das wäre erfreulich.

Der Zeuge Jackson ist nach dem Gutachten des Gerichtsarztes in hochgradiger Erregung, die ihn zurzeit eidesunfähig macht. Leider fand sich keiner der Prozeßbeteiligten veranlaßt, an den Gutachter die Frage zu richten, ob nicht die Art, die sich der Kranke als Zeuge gefallen lassen mußte, ohne daß ihm Gerichtsschutz wurde, auch einen Gefunden in eine hochgradige Erregung versetzen könnte, und ob und wann Aussicht vorhanden sei, daß seine Erregung sich legen werde. Ein immerhin nicht alltäglicher Fall.

Der Vorsitzende stellte in Aussicht, daß die schmutzige Wäsche der „Wahrheit“ wohl noch bis Mitte nächster Woche vor Gericht ausgehängt bleiben werde.

Älter Tag.

Vorsitzender Landgerichtsrat Lampe bemerkte nach Eröffnung der gestrigen Sitzung: Es sei in Aussicht gewesen, die Verhandlung noch im Laufe dieser Woche zu beenden. Da aber infolge der Vernehmung der Zeugen immer neue Schwierigkeiten entstehen und immer neue Vorladungen von Zeugen sich daraus ergeben, schwindet diese Hoffnung leider immer mehr und man wird mit der Wahrscheinlichkeit rechnen müssen, daß der Prozeß sich noch bis in die nächste Woche hinzieht, denn es sind noch 3 Fälle der Anklage zu erörtern und eine ganze Reihe von Zeitungsartikeln zu verlesen.

Verfälschte Bloßstellung des Belastungszeugen Jacobsohn.

Rechtsanwalt Bredered teilt mit, daß ihm von einem Angeklagten des Zeugen Jacobsohn, genannt Jackson, ein kreisrundes Attest des Medizinalrats Dr. Leppmann überreicht sei. Danach sei Jackson nervenkrank und vernehmungsunfähig und würde bei einer neuen Vernehmung in einen Zustand geraten, der nach § 56 I

St. P. O. seine Vernehmung ausschließt. Das Attest sei nicht unterschrieben, sondern nur auf einem amtlichen Briefbogen des Kreisarztes geschrieben und mit dem Stempel desselben unterstempelt. Nach diesem Attest befinde sich Jackson in einem Zustande der Aufregung, daß er wohl keine Einsicht von der Bedeutung des Eides haben dürfte. Sein ganzes Auftreten vor Gericht lege die Vermutung nahe, daß der Zeuge gestern auch schon in einem solchen Zustande sich befunden habe. Er beantrage, den Medizinalrat Dr. Leppmann vorzuladen und eventl. von einer Vernehmung des Zeugen Jackson abzusehen.

Der Zeuge Schaurte wird noch einmal vorgerufen und beklundet auf Befragen, daß Jackson auch zu ihm gekommen sei und ihn gebeten habe, zu Bruhn zu gehen und ihn zu erforschen, die Inzerate des Herrn Jandorf doch aufzunehmen. Angekl. W. Bruhn richtet an den Zeugen noch die Frage, ob ihm nicht von dritter Seite einmal mitgeteilt worden sei, daß Jackson in Würfel etwas pekziert habe. Der Zeuge Schaurte erklärt hierzu, daß es ihm unangenehm sei, über solche Fragen, die einem ihm befreundeten Mann betreffen, Auskunft zu geben. Er pflege die Stange seiner Freunde zu halten. Auf die Frage, woher denn Bruhn das wisse, erklärt dieser: Das kann Ihnen ja doch egal sein. Mir wird das von meinen Freunden, von der Welt mitgeteilt! — Der Zeuge Schaurte erklärt weiter: Aus einer Wendung im gestrigen Prozeßbericht könnte der falsche Schluß gezogen werden, daß ich ein Judenhaser sei. Im Gegenteil: ich bin sehr für die Juden eingenommen! (Seiterleit.) Nun ja, solch falscher Schluß könnte mir doch geschäftlich schaden. Ich habe überhaupt keinen Haß gegen irgend eine Religion!

Ordnungstrafe gegen den ausgebliebenen Zeugen Hünke.

Der an Gerichtsstelle erschienene Medizinalrat Dr. Hoffmann beklundet auf Befragen: er habe sich im Austrage des Gerichts zur Zeit in die Wohnung und dann in das Geschäftlokal des Zeugen Carl H. Hünke begeben, aber ihn nicht angetroffen. An beiden Stellen sei ihm gesagt worden, daß Herr Hünke nicht anwesend sei, man auch nicht wisse, wohin er gegangen und wann er zurückkehren werde.

Staatsanwalt Leifering: Da diese Bekundung des Sachverständigen der Angabe des Zeugen Hünke, daß er krank sei, widerspricht, beantrage ich, den Zeugen Hünke in eine Ordnungstrafe von 100 M. eventl. 10 Tagen Haft zu nehmen und ihn zwangsweise vorzuführen.

Nach kurzer Beratung verkündet der Vorsitzende den Beschluß des Gerichts dahin: Der Zeuge Hünke wird, weil er ordnungsmäßiger Ladung ungeachtet im heutigen Termin nicht erschienen ist, in eine Ordnungstrafe von 300 M. eventl. 30 Tagen Haft und in die durch sein Ausbleiben entstandenen Kosten des Verfahrens verurteilt. Gleichzeitig wird seine sofortige zwangsweise Vorführung angeordnet.

Es werden dann zu dem Fall Hünke noch einige Zeugen vernommen, die wesentlich Neues nicht bekunden.

Verhandlungen über Verzicht auf einen Belastungszeugen. Der Vorsitzende fragt den Staatsanwalt, ob er denn auf Vernehmung des von ihm geladenen Zeugen Kriminalkommissar Dr. Kopp bestohe. Dieser sei doch nach seinem Telegramm noch im Brauer-Prozeß in Trier festgehalten und es sei ihm unmöglich, hier zu erscheinen.

Der Staatsanwalt behält sich eine endgültige Erklärung vor. Rechtsanw. Bredered: Wenn die Staatsanwaltschaft auf den Zeugen Dr. Kopp besteht, müssen wir natürlich auch einen umfangreichen Gegenbeweis vorbehalten, insbesondere den Kriminalkommissar v. Tredow und vor allen Dingen den Polizeirat Dr. Henniger laden.

Der Vorsitzende weist darauf hin, daß Polizeirat Dr. Henniger ja doch nicht die Genehmigung des Polizeipräsidenten zur Aussage erhalten hat.

Angekl. W. Bruhn: Wenn es Herrn Dr. Kopp gestattet ist auszusagen, dann verstehe ich nicht, warum die Erlaubnis Herrn Dr. Henniger verweigert wird. Ich muß dann doch auf Vernehmung des letzteren bestehen.

Vors.: Das führt doch zu nichts. Der Polizeipräsident hat doch nun einmal dem Dr. Henniger nicht gestattet, auszusagen.

Rechtsanw. Bredered: Der Gerichtshof muß doch erst nachprüfen, ob die Voraussetzungen vorliegen, auf Grund deren dem Polizeirat Dr. Henniger die Erlaubnis zur Aussage verweigert werden kann.

Rechtsanw. Dr. Mehe: In solches Allgemeinheit kann doch die Erlaubnis nicht verweigert werden.

Vors. Landgerichtsrat Lampe: Wir sind doch hier machtlos dagegen. Beschweren Sie sich bei dem Minister des Innern, dieser ist die einzig mögliche Instanz.

Angekl. W. Bruhn: Hier sind doch so viele Dinge in der Öffentlichkeit verhandelt worden und es ist gar nicht einzusehen, wie durch die Aussage des Dr. Henniger das Staatswohl gefährdet

werden könnte. Das Staatswohl wird doch unmöglich dadurch gefährdet, wenn hier sich ergibt, daß ein Teil des Staatswohles auf einem anderen Standpunkte steht wie der andere.

Vors.: Ich kann nur wiederholen, daß diese Debatten zu nichts führen. Beschweren Sie sich bei dem Minister.

Diese Erörterungen schließen damit ab, daß der Staatsanwalt erklärt, zunächst telegraphische Erkundigungen darüber einzuziehen, ob Dr. Kopp wesentlich Neues zu bekunden hat.

Ordnungstrafen gegen den ausgebliebenen Zeugen Ludwig Klebinder.

Zu dem Fall Hünke war auch der Journalist Ludwig Klebinder (Winder) geladen, ist aber nicht erschienen.

Staatsanwalt Leifering beantragt gegen den ausgebliebenen Zeugen dieselbe Ordnungstrafe wie gegen Hünke.

Der Gerichtshof beschließt: den ausgebliebenen Zeugen Klebinder in eine Ordnungstrafe von 300 M. event. 30 Tagen Haft und in die durch sein Ausbleiben entstandenen Kosten zu nehmen. Gleichzeitig wird seine sofortige zwangsweise Vorführung angeordnet.

Gutachten über Jackson.

Der inzwischen erschienene Medizinalrat Dr. Leppmann wird über den Gesundheitszustand des Zeugen Jackson vernommen und sagt u. a. folgendes aus: Jackson ist mir gestern abend von einem seiner Bekannten zugeführt worden mit der Bitte, ihn auf seine Terminalsichtigkeit zu untersuchen. Nach einer einmaligen Untersuchung kann ich natürlich kein abschließendes Urteil über den Geisteszustand eines Menschen abgeben. Herr Jackson war in einem Zustande, der über den einer nervösen Aufregtheit hinausging, er war sehr zerfahren und verworren. Bei der körperlichen Untersuchung habe ich denn auch Zeichen gefunden, die über eine gewöhnliche Nervenschwäche hinausgingen und den dringenden Verdacht erregen, daß es sich um ein tiefer gehendes Leiden handelt. Er hat mir auch seine ganze Vorgeschichte erzählt unter der Bedingung, daß dies unter der Berufsverschwiegenheit bleibe. Diese Vorgeschichte paßt innerlich zu den Ergebnissen meiner Untersuchung und ich muß sagen: die Fortsetzung der Vernehmung würde für diesen Mann eine erhebliche Gesundheitsgefahr darstellen. Ich glaube, daß er nicht eidesfähig ist im Sinne des § 56 I St. P. O. Es gibt eben Personen, die, wenn sie auch nicht geisteskrank sind, doch, sobald sie in Erregung geraten, über ihr Tun sich keine Rechenschaft mehr geben können und im Momente der Seidelistung von dem Wesen und der Bedeutung des Eides keine Vorstellung mehr haben. In einem solchen Zustand geraten beispielsweise schwer hysterische Frauenpersonen. Herr Jackson ist ein Mann, der als psychopathisch und minderwertig anzusprechen ist, und die Art, wie er nach den Gerichtsberichten sich gestern vor Gericht benommen hat, entspricht diesem Gutachten.

Darüber, ob etwa die Erregung des Zeugen durch die ihm vor Gericht gewordene Behandlung hervorgerufen ist, wird der Gutachter nicht befragt.

Medizinalrat Dr. Leppmann wird hierauf wieder entlassen. Die Verhandlung wendet sich nun dem

Halle Wertheim

zu. In diesem

Halle Wertheim,

bei dem nur Wiff. Bruhn in Frage kommt, handelt es sich darum: Seit dem Jahre 1906 sind, wie die Anklage behauptet, fortgesetzt Artikel mit Angriffen gegen die Firma A. Wertheim, die damals aus vier Brüdern bestand, erschienen. Die Angriffe hätten sich später gegen Wolf Wertheim zugespielt. Die Anklage steht auf dem Standpunkt, daß Leute an Wolf Wertheim herangeraten wären und ihm nahegelegt hätten, daß es sich empfehlen würde, Mittel und Wege zu finden, um diesen Angriffen ein Ende zu bereiten und als das beste Mittel sei die Uebersendung von Inzeraten erachtet worden. — Angekl. Wiff. Bruhn bestrittet ganz entschieden die Annahme der Anklage, daß er durch die Artikel über das Warenhaus Wertheim die Erlangung von Inzeraten erstrebt habe. Georg Wertheim habe seinerzeit gegen ihn eine einseitige Verfügung erzwungen, wonach er sich beleidigender Angriffe gegen Georg Wertheim zu enthalten habe; der Erlaß einer gleichen Verfügung bezüglich der Firma sei abgelehnt worden. Es haben sich an diese Tatsache Preßangriffe gegen ihn geknüpft und er sei in die Lage gekommen, sich gegen falsche Darstellungen der Sachlage in der Presse zu wehren. Als dann der Bruderzwist im Hause Wertheim ausbrach, habe er auf dem Standpunkt gestanden, daß hier dem Wolf Wertheim Unrecht von seinen Brüdern zugefügt werde und er habe eine gewisse Sympathie für ihn empfunden, die auch in den Wertheimartikeln wiederholt hindurchleuchte. Er bestreite entschieden, daß es sich um „Angriffsartikel“ zur Erreichung materieller Vorteile handle, sie haben vielmehr sachgemäß die jeweilige Entwicklung der Dinge besprochen. Der

Kleines feuilleton.

Ein zweiunddreißigjähriger Schlaf. Aus Stockholm wird berichtet: In der kleinen Gemeinde Önd, in der Nähe von Kalmar, lebt eine 49jährige Frau, die jetzt in Schweden in den Mittelpunkt wissenschaftlichen Interesses gerückt ist. 32 Jahre lang hat sie geschlafen, ohne zu erwachen. Mit diesem merkwürdigen Fall hat sich Dr. Fredenström beschäftigt und seine Beobachtungen und das Ergebnis seiner Untersuchungen uns vorgelegt. Denn die pathologische Schlaferin, Karolina Olsson, ist aus ihrem langen Schlafe wieder erwacht.

Es war im Winter 1875, als die eigentümliche Krankheit ausbrach. Karolina zählte damals 14 Jahre; die Schule lag weit- ab von ihrem Heim und täglich mußte sie eine weite Wanderung über das Eis machen. Eines Tages erlitt sie auf ihrem Marsch durch Schnee und Eis einen heftigen Anfall von Zahnschmerzen, der sich immer mehr verstärkte; ein mehrwöchiges Krankenlager folgte, dann fiel die kleine Karolina in einen Zustand völliger Apathie. Bewußtlos und mit geschlossenen Augen lag sie in ihrem Bette. Aus Wochen wurden Monate, aus Monaten Jahre, aus Jahren Jahrzehnte. Wie eine tote lag sie da. Nach Aussage ihres alten Vaters erhielt sie in der langen Zeit von 32 Jahren keine andere Nahrung als etwas Milch, die ihr täglich mühsam eingeflöscht wurde. Nur drei oder viermal durchbrach eine Lebens- äufserung den dumpfen Schlafzustand: da richtete sie sich empor, versuchte das Bett wie eine Nachtwandlerin zu verlassen. Aber der von den Angehörigen mit banger Spannung verfolgte Vor- gang erstarrt schon im Entstehen. Karolina sank zurück und fiel sofort wieder in ihren Schummer. Doch mit der Zeit kündigte sich eine Wandlung an: als man ihr 1905 mitteilte, daß ihre Mutter gestorben und zwei Jahre später, daß ihr Bruder ertrunken sei, hörte man sie weinen und schreien. Als eine Bedienstete der Familie im April 1908 in das Schlafzimmer kam, fand sie Karolina weinend und auf Händen und Füßen herumkriechend. Sie rief nach ihrer Mutter und wollte nicht glauben, daß diese tot sei. Als sie ihre Brüder sah, erkannte sie keinen von ihnen wieder, da sie „so groß geworden sind“. Noch zwei Monate blieb Karolina ans Bett gefesselt; dann konnte sie aufstehen und bald begann sie, an der Arbeit teilzunehmen. Heute ist sie eine sehr arbeitsame, fleißige Person.

Dr. Fredenström nimmt an, daß Karolinas Krankheit eine hysterische Psychenrose jener Art war, die im Mittelalter als Besessenheit oder Verhexung bekannt war. Bedeutsam bleibt, daß die Krankheit gerade beim Eintritt in das Pubertätsalter ihren Anfang nahm. Erbliche Belastung kann vielleicht von der Mutter aus vorliegen, welche eine Frau mit überspanntem Sinnesleben war.

Totale Mondfinsternis. Am Vukstage, dem 18. November, findet eine totale Mondfinsternis statt, die in ganz Deutschland vom Anfang bis zum Ende ihres Verlaufs beobachtet werden kann. Sie ist die vierte der Finsternisse des Jahres 1910, gleichzeitig die einzige, die bei uns sichtbar ist. Die erste war die totale Sonnenfinsternis vom 9. Mai, dann folgte am 25. Mai eine totale Mondfinsternis. Die letztere war nur in Australien und im Indischen Ozean, die letztere in Südwesteuropa und anderen außereuropäischen Gebieten der Erde zu sehen. Auch die dritte Finsternis, die partielle Sonnenfinsternis, die sich erst dieser Tage am 1. November ereignete, war nur bei unseren Antipoden im Bereich des Großen Ozeans zu beobachten. In der Nacht vom 16. zum 17. November werden wir dagegen wieder einmal Gelegenheit haben zu sehen, wie der Erdschatten die Mondscheibe nach und nach völlig verfinstert. Die erste Verhüllung des Mondes mit dem Halbschatten der Erde beginnt, nach mitteleuropäischer Zeit und für die geographische Lage der Berliner Sternwarte be- rechnet, um 10 Uhr 45 Minuten abends.

Erste Verhüllung mit dem Kernschatten der Erde 11 Uhr 44 Min. abends
Beginn der Totalität 12 Uhr 55 Min. morg.
Mitte der Finsternis 1 Uhr 20 Min. morg.
Ende der Totalität 1 Uhr 46 Min. morg.
Letzte Verhüllung d. Mondes mit d. Kernschatten 2 Uhr 57 Min. morg.
Letzte Verhüllung mit dem Halbschatten der Erde 3 Uhr 56 Min. morg.

Die größte Phase der Verfinsternung beträgt nach einer Mit- teilung Archenhols im „Weltall“ 1,13 in Teilen des Mond- durchmessers. Die Verhüllungsstellen liegen 94 Grad beim Eintritt und 227 Grad beim Austritt vom nördlichsten Punkte der Mond- scheibe ab.

Die Mondfinsternis wird außer in ganz Europa in Asien, mit Ausnahme der östlicher gelegenen Gebiete, im Indischen Ozean und in Amerika zu beobachten sein. Offenbar ist bei uns die Witterung günstig, so daß das interessante Naturphänomen in seinem ganzen Verlaufe wahrgenommen werden kann. Die letzte, in Deutschland sichtbare totale Mondfinsternis war am 4. Juni 1909.

Humor und Satire.

Brief an Purischkewitsch.

Hochgeschätzter Herr Kollege!
Wohl ein Jahr ging schon ins Land, seit sich Kreuzen umre Wege, seit mein Herz das Ihre fand.
Leider bis zu diesem Tage ward's noch nicht so weit gebracht, wie wir bei dem Seltgelage (Sie erinnern sich) gedacht.

Zwar der sorgsam ausgeheckte Plan nach Ihrem weisen Rat ward durch unsere Subjekte hin und wieder schon zur Tat.

Aber nie wollt' es gelingen, diese preußisch-deutsche Plebs recht zur Rebellion zu bringen... doch der Himmel künftig geb'!

Freilich, sehr Sie, dafür müssen Sie uns Ihre Hilfe leih'n. Ihre schwarzen Hundert wissen, wie man's anfängt, ganz allein.

Helfen Sie mit hundert Spiegeln und aus der Verlegenheit, daß sie loden, reizen, kitzeln unsere Not in den Streit.

Und im März (Sie sind geladen) feiern wir das Siegesfest. Antwort wollen Sie und drücken nach... Sie kennen ja das Rest!

Franz.

Notizen.

— Vorträge. Felix Linke hält am Freitagabend 9 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus im Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“ einen Vortrag (mit Lichtbildern) über: „Das Werden der Welten.“ Gäste willkommen.

— Eine Vereinigung bildender Künstler Berlins hat sich neu gebildet mit dem Zwecke, dem Künstlerproletariat durch Eröffnung von Verkaufsmöglichkeiten zu helfen. Es soll noch vor Weihnachten eine Ausstellung stattfinden, in der sein Bild über 300 M. kosten darf.

— König Oedipus wird im Circus Schumann Sonntag, 14. Nov., wiederholt. Die Ausgabe der Willeits beginnt Sonntag, den 5. d. M., an der Tageskasse des Deutschen Theaters und bei A. Wertheim. — Für die Studentenschaft, Schulen und Gewerkschaften werden die Plätze bis zu 3 Mk. reserviert. Diese Willeits, die von den Schulen bis Freitagabend jährlich bestellt sein müssen, werden ausschließlich am Sonnabend, den 5., nachmittags von 2-5 Uhr im Deutschen Theater auszugeben.

Zur ersten Aufführung des Oedipus am 7. November sind noch Galleriestiße im „Gewerkschaftshaus“ zu haben.

erste Artikel sei von Dähfel geschrieben worden, andere von Dietrich; er selbst habe den Artikel „Frau Wolf Wertheim und der Hauptmann von Köpenick“ geschrieben und sich darin gewiß nicht mit Unrecht gegen die betreffende Tatsache ausgesprochen, daß Frau Wolf Wertheim für einen solchen Buchhändler, wie es der Hauptmann von Köpenick doch gewesen, eine Dotation ausgeführt hätte. Eine ganze Zeilung seien Angriffe über Wertheim überhaupt nicht erfolgt, im Gegenteil mehrere ganz sympathische Artikel. Wenn nun etwa acht Tage nach dem letzten dieser sympathischen Artikel Herr Wolf Wertheim als neuer Besitzer des Postage-Kaufhauses Inserate an die „Wahrheit“ aufgab, so kann das doch unmöglich als Ausfluß einer Furcht vor Angriffen aufgefaßt werden, sondern jeder seiner Bekannten hatte im Gegenteil angenommen, daß Herr Wolf Wertheim aus Freude über die ihm sympathischen Artikel die Inserate aufgegeben habe. Der „Wahrheit“ konnte diese Aufgabe von Inseraten um so weniger auffallen, als das Postage-Kaufhaus auch unter dem vorigen Regime schon immer inseriert hatte.

Klebinders Entschuldigung.

Nach einer kurzen Pause teilt der Vorsitzende mit, daß vom Zeugen Klebinder eine Depesche etwa folgenden Inhalts eingegangen sei: „Bar über Nacht außerhalb, komme eben nach Hause, offene Ladung, stehe auf telephonischen Anruf sofort zur Verfügung.“ — **Vorf.:** Das ist doch eine etwas merkwürdige Sache. Ganz abgesehen davon, von wem Herr Klebinder Nachricht von dem gegen ihn gerichteten Beschlusse des Gerichts erhalten hat, liegt doch die Tatsache vor, daß der Postbote auf der Ladung verzeichnet hat: „am 1. November selbst dem Adressaten in der Wohnung übergeben.“ (Weiterkeit.) — Der Gerichtshof beschließt, den Zeugen Klebinder telephonisch zu zitieren.

Dingens Entschuldigung.

Alsdann erscheint der Schuhmann Guthrie, der zu dem aus-gebliebenen Zeugen Hingel geschickt war und berichtet unter Ueberreichung eines vom 5. Februar 1910 datierten kreisärztlichen Attestes: Herr Hingel ist krank, außerdem aber nicht zu Hause. (Weiterkeit.) Nach der Mitteilung des Hingelschen Geschäftsführers liege noch ein anderes Attest vom 15. Oktober vor, das er bei sich trage. (Weiterkeit.) Nach dem überreichten Attest ist Herr Hingel zuerkrankt und leide an Fieber. Außerdem habe er schwere Angst- und Zwangszustände zu überwinden, könne keine Straßenbreite überschreiten, habe Furcht vor großen geschlossenen Räumen, Zwangsgang vor gerichtlichen Prozeduren usw.

Vorf.: Wenn der Zeuge ausgeht, kann doch die Plakangst nicht so erheblich sein. Charakteristisch ist, daß er das Attest vom 15. Oktober als vorläufiger Mann immer bei sich trägt! Ich denke, wir lassen es bei dem Beschlusse des Gerichts, den Zeugen zwangsweise vorführen zu lassen. So lassen wir denn doch nicht mit uns spagen!

Der Staatsanwalt ist auch der Meinung, daß der Gerichtsbeschluss aufrecht erhalten bleiben solle. Der Schuhmann wird mit dem Auftrage entlassen, Herrn Dingel vorzuführen.

Es folgt alsdann die Verlesung der verschiedenen längeren und kürzeren Artikel der „Wahrheit“ über das Thema Wertheim. Klebinder erscheint.

Während der Verlesung erscheint plötzlich der Zeuge Journalist Ludwig Klebinder. Er behauptet, daß er zwar die Ladung zum Termin schon gestern abend erhalten, sie jedoch erst heute vormittag geöffnet habe.

Dingel erscheint.

Inzwischen erscheint auch der Zeuge Karl S. Hingel in Begleitung seines Hausarztes, des Kreisarztes Dr. Warne, im Gerichtssaal. Dr. W. teilt dem Staatsanwalt mit, daß S. in der Lage sei, sich in seiner Gegenwart sehr vernünftig zu lassen. Das Gericht beschließt auch die

sofortige Vernehmung Hingels.

Vorf.: Weshalb sind Sie unserer Ladung nicht gefolgt? — **Zeuge Hingel:** Ich bin krank. — **Vorf.:** Ebenso wie Sie jetzt in Begleitung Ihres Arztes an Gerichtsstelle erschienen, konnten Sie doch wohl auch eher in Begleitung erscheinen. Haben Sie dem Journalisten Klebinder das Material zu dem Artikel in der „Wahrheit“ gegeben? — **Zeuge:** Nein. Der Herr Klebinder hat sich unter dem falschen Namen Winder bei mir eingeschlichen und hat mich ausgehehelt. Hätte ich gewußt, daß daraus ein Artikel entstehen würde, so hätte ich natürlich nichts gesagt, denn daraus entstehen bloß alle möglichen Fälschungen. Die Journalisten unter sich janken sich ja heute und morgen vertagen sie sich wieder. Winder hat dann einfach einen Artikel daraus gemacht und mich am Neujahrsmorgen noch angefangelt und mir dies mitgeteilt. Ich sagte dem Klebinder gleich: Mensch, sind Sie denn verrückt geworden? Ist das vielleicht eine Neuahersgratulation? (Weiterkeit.) Ich teilte darauf sofort meinem Rechtsanwält Dr. Rosenfeld mit, was Winder für einen „Quatsch“ gemacht hatte. Mir selbst war es sehr unangenehm, daß mein Name in der „Wahrheit“ genannt worden war. Ich erhielt bald darauf mehrere anonyme Karten, in welchen mir gesagt wurde, ich solle doch ein paar Inserate aufgeben, dann sei die Sache erledigt. Ich habe dann auch ein Inserat über die Schiedsmänner Pianinos aufgegeben. Ich ging dabei von der Ansicht aus, daß man natürlich als Inserent mehr Entgegenkommen findet. Ich hoffte, daß eine Verprechung erscheinen würde, natürlich nicht eine solche, wie die erste. Ich werde doch keinem Menschen Inserate geben, wenn ich wüßte, daß ich nachher angegriffen werde. — **Angellagerter W. B. Bruhn:** Sind Sie nicht auch der Meinung, daß in dem Artikel nicht Sie, sondern Frau Berg-Windemann angeklagt werden sollte? — **Fr. W.:** Jawohl. Ich wurde in dem Artikel nicht angegriffen, mir war es jedoch trotzdem unangenehm, daß mein Name genannt worden war.

Auf direkte Anträge des Staatsanwalts erklärt Zeuge Dingel, daß er sich durch Bruhn nicht für bedroht gefühlt hat, er habe es als selbstverständlich vorausgesetzt, daß Zeitungen, in denen man inseriert, keine Angriffe gegen den betreffenden Inserenten veröffentlichen, ehe sie ihn nicht um eine Erklärung ersucht haben. — Der Zeuge beklagt sich weiter darüber, daß seine Gegner aus Protest alles mögliche in Bewegung setzen, um ihn zu schädigen und seinen Verdienst zu untergraben. Sein Umsatz betrage 1/2 Millionen, d. h. mehr als der Umsatz der gegen ihn vorgehenden Konkurrenten zusammen genommen. Die Artikel in der „Wahrheit“ seien ihm „unangenehm“, wenn auch nicht gerade bedrohend gewesen; er habe geglaubt, durch die Inserate zu erreichen, daß die „Wahrheit“ ebenso, wie andere Zeitungen, in denen er viel inserierte, bei solchen Angriffen der Konkurrenz ihn erst befrage, was daran wahr sei. Der Gerichtshof hebt die über den Zeugen verhängte Ordnungsstrafe wieder auf.

Ludwig Klebinder unauffindbar.

Als sodann der Zeuge Klebinder vernommen werden soll, meldet er sich auf den Ruf nicht. Der Gerichtsdiener ruff wiederholt seinen Namen mit lauter Stimme aus, der Zeuge ist aber im Gerichtsgelände nicht aufzufinden.

Die zum Falle Wertheim vorgeladenen Zeugen sollen auch heute entlassen werden, weil die

Verlesung der Artikel

nach geraumer Zeit in Anspruch nehmen werde.

R. A. Dr. Schwind: Nach meiner Kenntnis der Akten möchte ich anfragen, ob denn die Verlesung all jener Artikel überhaupt nötig ist. Ich würde vorschlagen, doch zunächst einmal Herrn Wolf Wertheim zu hören und dann werde ich ergehen, daß seine Aussage die Behauptung der Anklage, daß er erpreßt werden sollte, nicht stützt. Wenn dieser Belastungszeuge erklärt, daß er sich nicht durch Drohungen zu Inseraten veranlaßt gesehen hat, so erübrigt sich doch wirklich die Verlesung dieser Artikel. — **Vorf.:** Der Zeuge hat dies aber in der Verurteilung mit dürren Worten ausge-sagt. Deshalb müssen wir uns durch Kenntnisnahme der Artikel selbst ein Urteil bilden.

Die Zeugen für den Fall Wertheim werden hierauf bis heute 10 Uhr entlassen.

Die Verlesung der Wertheim-Artikel beginnt sodann.

Nach der Verlesung einiger Artikel geben die Verteidiger an-

über die übrigen zu den allgemeinen Kritiken über das Warenhaus Wertheim gehörigen Artikel entgegenzunehmen und dann einige Artikel zu verlesen, die speziell Herrn Wolf Wertheim betreffen. — Der Angell. W. Bruhn hält diese Verlesung für durchaus notwendig, um die Ansicht der Anklage zu widerlegen, daß auf der dritten Spalte der „Wahrheit“ immer solche Angriffartikel mit erkennbarem Zweck veröffentlicht worden seien.

Die Verlesung soll heute fortgesetzt werden.

Der Vorsitzende beschließt gegen den Zeugen Ludwig Klebinder wird vom Gerichtshof aufrechterhalten.

Der Vorsitzende macht wiederholt darauf aufmerksam, daß nach dem Gange der Verhandlung eine Verurteilung des Prozesses vor frühestens Mittwoch nächster Woche nicht zu erwarten ist.

Nach 3 Uhr wird die Sitzung auf heute 9 1/2 Uhr vertagt.

Gerichts-Zeitung.

Dienstbotenelend und Junkerschmach.

Dieser Tage fand vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte ein Prozeß statt, dessen Verhandlung die völlige Schutzlosigkeit des Gefindes gegen die Preisgabe ihres Körpers an die Söhne ihrer Herrschaft klarlegte.

Das Dienstmädchen Anna K. klagte gegen den Sohn ihrer früheren Herrschaft Simon Böbel, Dirksenstr. 38, auf Zahlung von Alimenter. Das völlig unerfahrene Dienstmädchen war mit 16 Jahren von Schlesien nach Berlin gekommen und trat bei den Löbelschen Eheleuten in Dienst. Der Beklagte, ein Sohn der Dienstherrschaft, stellte dem unerfahrenen, kaum den Kindesjahre entwachsenden Mädchen nach, erbrach das Schloß der Tür zum Mädchenzimmer gewaltsam und nahm dem Kinde seine weibliche Ehre. Die Frau erhielt von dem Verhältnis Kenntnis. Sie schätzte das Mädchen nicht, schalt es vielbehr. Diese Scheltworte schärferten das junge Ding vollends ein. Sie war nun den Nachstellungen beider Kinder ihrer Dienstherrschaft gegenüber willenlos. Als sie im März sich Rutter fühlte, mußte sie die Stellung verlassen. In dem Termin beschwor der jüngere Sohn der früheren Herrschaft des Mädchens, Adolf Böbel, daß er in der Empfängniszeit ebenso wie sein Bruder mit dem Mädchen verkehrt habe. Eine Zeugin konnte dies aus eigener Wahrnehmung bestätigen. Der Vormund nahm darauf die lediglich auf die Tatsache der Schwängerung gestützte Klage zurück, da leider ja nach dem Geset der Einwand, daß innerhalb der Empfängniszeit mehrere mit der Mutter verkehrt haben, die auf die Behauptung gestützte Klage hin-fällig macht.

Das Mädchen ist nun dem Elend preisgegeben — dank dem „patriarchalischen Schutze“, den die Gesindeordnung ihr verheißt und der sie tatsächlich zur willenlosen Beute der beiden Söhne ihrer Dienstherrschaft gemacht hat. Ob eine Klage gegen die beiden mit-derjährigen Söhne der Dienstherrschaft Erfolg haben würde, die sich darauf stützt, daß diese jungen Herren die Unersahrenheit und Schutzlosigkeit des Kindes in der schamhäßlichen Weise ausgebeutet haben, dürfte dem Rechtsgefühl entsprechend zu bezweifeln sein. Eine andere Frage ist die, ob im Rechtssein und Rechtbekommen für ein Gefinde in Deutschland gleichbedeutend ist.

Die Dienstherrschaft hätte sicherlich die moralische Verpflichtung, zumal sie wohlhabend ist und einen gutgehenden Stand in der Zentralmarkthalle hat, dem Mädchen und dem Kinde des Mädchens Unterhalt in volstem Maße zu gewähren. Hierzu dürfte sie auch nach dem Geset verpflichtet sein, da sie verpflichtet ist, das Dienstmädchen vor den Nachstellungen der Hausangehörigen zu schützen. Aber freilich, leider gilt hier, was vor hundert Jahren der Minister Suarez im Hinblick auf die preussische Gesindeordnung erklärte: daß im Zweifel der Richter sich immer auf die Seite der Herrschaft stellen werde.

Leider steht der von uns geschilderte Fall keineswegs vereinzelt da, sondern ist geradezu typisch für die Wirkungen unserer Gesellschaftsordnung und der Gesindeordnung. Wie tief stehen die Junker und Junkerengenossen und die anderen Stützen der heutigen Gesellschaft, die beim Anblick des jammervollen Resultats ihres Wirkens pharisäisch aufrufen: Warum hat sich das Kind verführen lassen, warum ist das schulpflose Kind den Nachstellungen der Söhne der reichen Dienstherrschaft erlegen? Mag sie für sich selber sorgen!

Ohne Vernichtung der politischen Herrschaft der Junker und Junkerengenossen, die bei Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches die Schmach der Gesindeordnungen und den schamhäßlichen Einwand aufrecht erhielten, der Schwängerer braucht nicht zu zahlen, wenn noch ein anderer in der Empfängniszeit der Mutter beigewohnt hat, ist eine Aenderung auch dieser zum Himmel schreienden Zustände kaum möglich. Möge der geschilderte Fall dazu beitragen, die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Kampfes für eine andere Gesellschaftsordnung weiter zu verbreiten.

Der dolose Tadel.

Wegen fahrlässiger Körperverletzung hatte sich der Eigentümer August Widow aus Kaulsdorf vor dem Schöffengericht in Lichtenberg zu verantworten. Das Haus des W. wird von zwei alten Tadelknechten bewacht. Dem Polizeidiener Reprazowski, der im selben Hause wohnte, schenkte sie seine besondere Aufmerksamkeit. Widow kündigte dem Polizeidiener die Wohnung aus einem Grunde, mit dem die Tadel nichts zu schaffen hatten. Trotzdem sollen die Tadel nach der Kündigung in ihrem Verhalten dem Polizeidiener gegenüber wie umgewandelt gewesen sein. Einer derselben biß den P., als er in Zivilkleidung über den Hof ging, in die Hosen und in einen von den Hosen bedeckten Fleischtel. Diesen Vorfall meldete der Polizeidiener dem Amt. Auf dem Amt wurde in diesem Tatbestand ein Kriminalfall er-blickt. Der Tadel konnte nicht angeklagt werden, alldieweil das Strafgesetzbuch noch nicht so weit vorgeschritten ist, Hunde zur strafrechtlichen Verantwortung zu ziehen und der Nachweis eines Dolus gegen den Tadel noch viel mehr Schwierigkeiten als gegen einen Beamen bereitet hätte. Also wurde — gegen den Eigentümer des Hundes Anklage erhoben. Er soll sich strafbar gemacht haben, weil er den Tadel nicht an die Kette gelegt hatte, wiewohl er wußte oder wissen mußte, daß das Tier bißig sei. Im geistigen Terrain vor dem Lichtenberger Amtsgericht führte Widow gegen die eigenartige Anklage aus, er sei nicht strafbar; für Kaulsdorf bestehe kein Raufordzwang, weswegen der 12 Jahre alte Tadel gebissen habe, könne er nicht angeben. In seinem nachdenklichen Leben habe das brave Vieh sich stets freundlich und geistigt benommen und auch dem Polizeidiener gegenüber bis zu dem Tage der Tat mit völliger Nichtachtung beobachtet. Der Tadel wurde vor Gericht nicht vernommen, konnte deshalb auch über die Gründe der plötzlichen Anziehungskraft der Hosen auf ihn Auskunft nicht erteilen. Trotzdem beantragte der Staatsanwalt eine Geldstrafe von 15 M. Er vertritt die Ansicht, die Hunde hätten, da sie bißig wären, an der Kette liegen müssen. Das Gericht kam zur Frei-sprechung des Angeklagten. Begründend wurde ausgeführt: Der Angeklagte konnte nicht ahnen, daß die Viecher, die sonst dem Polizeidiener aus dem Wege gingen, nach der Kündigung einen Angriff auf ihn wagten würden.

Der Tadel hat nach dem Vorfall eifrig Rechtsstudien getrieben. Er ist zu dem Ergebnis gekommen: Die Sache war ja nur ein Zivilrechtsfall; es hätte ein Straffall daraus nicht gemacht werden sollen. Im unklaren ist er aber darüber geblieben, weshalb Polizeihunde, die auf Menschen geheßt werden, nicht auf die Anklagebank kommen, sondern meist die Gebissenen. Er wird noch lange studieren können, ohne im Geset Aufschluß zu finden: In Geset ist diese Bevorzugung von Polizeihunden nicht zu entdecken. Den Schlüssel zu dem Rätsel gibt der Satz: Recht geht vor Recht.

Verfammlungen.

Erster Wahlkreis.

Der Sozialdemokratische Wahlverein für den 1. Berliner Reichstagswahlkreis hielt am Dienstag in den Festsälen „Zentrum“, Niedervollstraße, eine Generalversammlung ab. Der 3. und 4. Punkt der Tagesordnung: Vortrag des Genossen Düwelle über: „Die politische Lage“, und Aufstellung des Kandidaten zur Reichstagswahl wurden zuerst erledigt. In einem fesselnden Vortrag schilderte der Genosse Düwelle die politischen Zustände in Deutschland und ihre wirtschaftlichen Ursachen sowie die Entwicklung der politischen Lage seit den Wahlen im Reichstag von 1907. Im Vergleich mit anderen Kulturländern erscheint Deutschland außerordentlich rückständig in politischer Hinsicht; es gleicht gewissermaßen einem erweiterten Gaisbüchel. Wenn das deutsche Volk noch nicht die Kraft gewonnen hat, mit diesen Zuständen aufzutäumen, so liegt das zu einem großen Teil an dem Konfessionalismus auf religiösem Gebiet. Heute noch sind Millionen Arbeiter aus Weltanschauung Gegner der Sozialdemokratie. Wer die gemischt konfessionellen Gegenden Deutschlands kennt, wer dort aufgewachsen ist, der weiß, welche Macht die Kirche hier noch über die Leute ausübt. — Aus eigener Erfahrung schildert der Redner, wie die protestantischen und katholischen Schulkinder gegen einander aufgebracht wurden, sobald sie sich förmlich tagtäglich Schlächten lieferten, wie sie so belehrt wurden, daß sie gelegentlich einmal die Türen einer Kirche geräumerten, die Fenster einwarfen, weil diese Kirche durch Andersgläubige entweiht worden sein sollte. — Infolge der religiösen Vorstellungen von der ewigen Seligkeit und der ewigen Verdammnis hat das Zentrum noch eine solche Macht, daß es ruhig die Interessen seiner Wählermassen verraten kann, ohne daß der Zentrumsturm ernstlich insanken gerät. In früheren Jahren kämpfte diese Partei in Westdeutschland, wo das Kapital sich in liberalen Händen befindet, noch gegen den „gottlosen“ Kapitalismus, während es allerdings im Osten des Reichs den katholischen Kapitalismus den Arbeitern gegenüber als die gottgewollte Ordnung pries. Aber heute hat die Zentrumsmagogie auch in Westdeutschland den Kampf gegen das Großkapital eingestellt, nachdem die Großindustriellen es auch aufgegeben haben, das Zentrum zu bekämpfen. Sie haben es als die sicherste Partei für den Hochschulgoll und zur Niederhaltung der Arbeiter in der Bedürfnislosigkeit und in blindem Gehorsam erkannt. Seit den Wahlen von 1907, wo es Bülow zwar nicht gelang, das Zentrum zu erschüttern, wohl aber der Sozialdemokratie eine Reihe von Mandaten abzunehmen, haben die Reichswahlen bewiesen, daß unsere Partei gewaltige Fortschritte macht. Daß die Sozialdemokratie bei den 18 Reichswahlen 9 Mandate gewann, und mehr noch, daß sie einen Stimmenzuwachs von 32 000 zu verzeichnen hatte, gibt den kapitalistischen Parteien Veranlassung, auf die Durchführung von Arbeiternebelungsgehehen zu sinnen. Zu dem Zweck möchte man das Spießbürgertum gegen die organisierte Arbeiterschaft aufheben und eine ähnliche Stimmung hervorzurufen wie 1878 oder wie zur Zeit der Septennatswahlen. Da kamen die Vorgänge in Koblenz den Herrschaften wie gerufen. Die Gegner sind an der Arbeit, die Arbeiterschaft niederschlagen, nicht aus irgendwelchen idealen Gründen, sondern infolge ihrer materiellen Interessen. Die Situation bildet eine glänzende Rechtfertigung der dialektischen und historisch-materialistischen Erklärung der Arbeiterbewegung. Aus der ganzen wirtschaftlichen Entwicklung heraus zeigt es sich, daß wir sehr schweren Konflikten entgegengehen. Ein verkehrter Optimist ist, wer jetzt noch glaubt, daß wir sonst wie auf geölten Schienen in den Zukunftsstaat hineinrutschen. Der Aufsprall der Klassengegensätze muß immer schärfer werden. Aber wir haben deswegen keinen Grund zu einer pessimistischen Auffassung der Lage, im Gegenteil: wir können konstatieren, daß die Sozialdemokratie immer mehr vorwärtsschreitet. Auch die Großindustriellen sind von dem erblinden Sieg der Sozialdemokratie überzeugt, aber sie wollen das Heft natürlich so lange in Händen behalten wie nur irgend möglich, und sie sind entschlossen, zu diesem Zweck auch die ähnersten Mittel anzuwenden. Wir stehen vor großen Ereignissen und Konflikten, und es fragt sich nun, ob das Proletariat reif ist für diese Kämpfe. Der nächste Reichstag wird, wenn er nicht ein vorzeitiges Ende erreicht, sich mit der Verlängerung der Handelsverträge zu befassen haben. Wenn es nun auch nicht zu erwarten ist, daß aus den nächsten Wahlen ein freihändlerischer Reichstag hervorgeht, so müssen wir doch dahin wirken, eine Mehrheit zu erreichen, die an dem Abbruch des Schulgollsystems arbeitet. Es wird notwendig sein, das Kleinbürgerturn aufzulösen, das noch jetzt in seiner politischen Unwissenheit die Preissteigerungen als eine Folge von Erhöhung der Arbeiterlöhne ansieht und kein Verständnis für die Wirkungen der internationalen kapitalistischen Verbindungen hat. Unbeschadet unserer Grundzüge können wir versuchen, diese Leute zu gewinnen. Neben der Betonung unseres Endziels können wir ruhig die Forderung erheben: „Zurück auf Capri“ gegenüber der Lösung der agrarischen und industriellen Schulgollner: „Dinauf zu Kanari!“

Unter allen Umständen aber werden wir die Fahne unseres Endziels hochhalten. Es kann bei uns von einer blinden Feindschaft gegen den Kapitalismus nicht die Rede sein. Der Kapitalismus hat eine Kulturmission zu erfüllen und er hat sie erfüllt. Er hat die geistigen und physischen Arbeitsmöglichkeiten gewaltig gesteigert und sie in den Dienst der Gütererzeugung gestellt. Er ist nun soweit gekommen, daß er in Widerspruch mit sich selbst geraten ist. Wenn früher Hungernot herrschte, so lag das daran, daß die Erzeugung oder Herbeischaffung der notwendigen Güter nicht möglich war. Aber heute herrscht der wahnsinnige Zustand, daß Produkte im Uebermaße hergestellt und aus fernsten Ländern herbeigeschafft werden können, und daß dennoch die Bevölkerung zeitweilig der bittersten Not ausgesetzt wird, weil der Kapitalismus seine Maschine stillstehen läßt. Mit allen den gewaltigen Produktivkräften, die der Kapitalismus geschaffen hat, können wir uns eine Gesellschaftsordnung vorstellen, welche die Menschheit auf eine ganz andere und viel höhere Kulturstufe hebt. Aber die Schorf-macher verstopfen und das Tor und werden die Maschinengewehre aufzuführen lassen, wenn wir uns davor stellen wollten. Der Kampf, der uns bevorsteht, wird viele und schwere Opfer kosten, aber wenn das Proletariat diese Opfer nicht bringen wollte, wäre es nicht wert, das hohe Ziel zu erreichen. In den schweren Konflikten der Zukunft muß jeder von uns es sich zur Pflicht machen, das Banner der Freiheit und des Sozialismus hochzuhalten in Kampf und Sieg. —

Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Zur Diskussion wurde das Wort nicht gewünscht. Zur

Aufstellung des Kandidaten zur Reichstagswahl

berichtete der Vorsitzende Genosse Taterow, wie sich die Genossen in den Jahlabenden sowie der Vorstand eingehend mit der Kandidatenfrage befaßt haben. Der Vorstand hat dann eine Unterkommission zur Prüfung der verschiedenen Vorschläge eingesetzt und ist schließlich zu dem Entschluß gekommen, den Genossen Düwelle als Kandidaten des „Vorwärts“, als Kandidaten zu empfehlen. Dieser Vorschlag wurde dann auch von der Kreisversammlung einstimmig gutgeheißen. — Wie der „Vorwärts“ schon mittelste, nominierte dann auch die Generalversammlung den Genossen Düwelle einstimmig zum Kandidaten des Kreises.

Hierauf gab Genosse Taterow seinen Bericht über den internationalen Kongreß in Kopenhagen. Der Redner schilderte in großen Zügen die Eindrücke, die er in der dänischen Hauptstadt empfangen hatte, die Arbeitsmethode des Kongresses sowie die Bedeutung der gefassten Beschlüsse. Der Redner, der auch im Jahre 1900 dem Kongreß in Paris beigewohnt hat, konnte fest-

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 3. November.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues königl. Opern-Theater.
Bohème.

Königl. Schauspielhaus. Der eingebildete Kranke.

Deutsches. Herr und Diener.
Kammerstücke. Die Komödie der Krone. Die Zeit der wilden Wälder. (Anfang 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.

Leitung, Lantini der Karr.
Berliner. Der scharfe Junker.
Trianon. Der heilige Hain.
Neues Schauspielhaus. Was dem der läßt.

Neues. Nean.
Komische Oper. Die Bohème.
Noblesse oblige.
Klein. Die verfluchten Frauenzimmer. Fester Klasse.
Thalia. Polnische Wirtschaft.
Schiller o. Kömmer Theater.)
Das Urbild des Tartuff.
Schiller. Charlottenburg. Sodoms Ende.
Friedrich-Wilhelmstädtisches.
Krieg im Frieden.
Wesken. Die schönste Frau.
Neues Operntheater. Der Graf von Luxemburg.
Lustspielhaus. Der Feldherrnhügel.
Luisen. Berlin geht zu Bett.
Volkstheater. Wilhelm Tell. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Modernes. Der Moloch.
Herrnsfeld. Eine verlorenen Nacht.
Der Derby-Sieger.
Rote. Das neue Gebot.
Hollies Caprice. Der Feldwebelhügel (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Metropol. Hurra - Wir leben noch!
Kafino. Der schneidige Rudolf.
Apost. Spezialitäten.
Vasage. Spezialitäten.
Reichshallen. Steiner Sänger.
Walhalla. Bravo! Da capo! (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Wintergarten. Spezialitäten.
Karl Haberland. Spezialitäten.
Gandouci. Ah, die Kerls!
Spezialitäten. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Urania. Tannenruhe 1849.
Heute abend 8 Uhr: Der Vierwaldstätter See und der Gottshard.
Im Hofsaal 8 Uhr: Dr. G. Gehlhoff: Mechanik.
8 Uhr: Dr. W. Berndt: Die Geschlechtsmerkmale des tierischen Organismus.
9. November: Beginn eines Zyklus über Heizung und Belüftung (Dr. Börnstein). Prospekt kostenlos.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62

Lessing-Theater.
8 Uhr: Lantini der Karr.
Freitag 7 1/2 Uhr: Die Widwente.
Sonabend 8 Uhr zum 25. Male: Wenn der junge Wein blüht.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Der scharfe Junker.
Morgen: Tsifun.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Gastspiel Ferdinand Bonn.
Kean.
Freitag bis Sonntag: Dieselbe Vorstellung.

Theater des Westens.
Anfang 8 Uhr:
Die schönste Frau.
Sonnt. 8 1/2 Uhr: Die geschiedene Frau.

Modernes Theater
(früher Hebbeltheater).
Heute und täglich 8 Uhr:
Die beste der Frauen.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Noblesse oblige.
Schwan in 3 Akten von Hennequin und Weber.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Der Feldherrnhügel.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Donnerstag, 3. Nov., abends 8 Uhr:
Krieg im Frieden.
Freitag: Krieg im Frieden.
Sonabend nachm. 8 1/2 Uhr: Arlemlüde Kasse. Abends 8 Uhr: Krieg im Frieden.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Berlin geht zu Bett.
Freitag: Der Hüttenbesitzer.
Sonabend nachm. 4 Uhr: Die Schwaneprinzessin. 8 Uhr: Nean.
Sonntag-nachm. 3 Uhr: Der Hüttenbesitzer. 8 Uhr: Preziosa.
Montag: Der Jährling im Kloster.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstraße 48/49.
Heute abend 8 Uhr:
Der Vierwaldstätter See und der Gottshard.
Hofsaal 8 Uhr:
Dr. G. Gehlhoff: Mechanik.
8 Uhr: Dr. W. Berndt: Die Geschlechtsmerkmale des tierischen Organismus.
9. November: Beginn eines Zyklus über Heizung und Belüftung (Dr. Börnstein). Prospekt kostenlos.

Berliner Volksoper
Belle-Alliancestr. 7/8.
4,9 Uhr:
Wilhelm Tell.

Metropol-Theater.
Hurra!
Wir leben noch!
Große Aufführungsszene in 7 Bildern v. J. Freund. Musik v. S. Holländer. In Szene gesetzt von Dr. R. Schulz. Anfang 8 Uhr. Hausen gestiftet.

Apollo Theater
8 Uhr:
Das vollständig neue Programm.
u. a.:
Gaston Colonel Bordeverry,
Der berühmteste Kunstschütze der Welt.
Walter Steiner? Juliette d'Arté?
10 Uhr:
Mizzi Wirth
in ihrer Operetten-Robuität
Frauenrätsel.

WINTERGARTEN
Neues Programm!
Lafory, Bremeval,
v. d. gr. Oper Paris. Etoile Paris.
Lillian Horlein, amerik. Oper.-Säng.
Edward La Vins, kom. Jongleur.
The Gala-girls, engl. Tanz-Ensembl.
Heldens Marionetten-Theater.
The Jordans, Luft-Act. Harry de Coë,
Equilibrist. Luigi Marabini, Eismod.
Kaufmanns Lady Cycle-Troupe.
Sibons Katzenressour-Act.
Les Marquards in ihrer Szene:
Im Walsertraum.
Reynolds and Donagan, Tänzerpaar
in roll. Rollschuh-Meisterschaft.
Biograph, neueste Aufnahmen.

Herrnsfeld Theater
Bon Stürmisches Leben über
8-11
Eine verlorene Nacht
Ein lustiger Trauerspiel in 2 Akten
von Anton und Donat Herrnsfeld.
Hierzu: Der Derby-Sieger.
Komödie von H. Reibhardt.
Anf. 8 Uhr. Vorort. 11-2 (Theaterstr.)

Passage-Theater.
Garlands
Neger-Operette
20 Solokräfte
Edm. Nadège
Jean Moreau
Glima-Sport-Konkurrenz
Glima-Ringen-Boxen
u. das große Attraktions-Prgr.

Passage-Panoptikum.
Prinz Atom,
der kleinste Mensch aller Zeiten
lebend!
Buddhas dunkles Geheimnis.
Der Mann mit dem eisernen Schlund!
Alles ohne Extra-Entree!
Eintr. 50 Pf., Kind. u. Soldaten 15 Pf.

Theater Sanssouci.
Hochbahnstation Köpenicker Tor.
Donnerstag, den 3. November
Ah die Kerls!!
Berliner Pöffe, Musik v. Linddshofer.
Vorher:
November-Weltstadt-Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theat).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Das Urbild des Tartuff.
Luftspiel in 5 Aufzügen v. R. Geylum.
Ende 10 1/2 Uhr.
Freitag, abends 8 Uhr:
Robert und Bertram.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Das Urbild des Tartuff.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Sodoms Ende.
Drama in 5 Akten v. D. Sudermann.
Ende 11 Uhr.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Dummkopf.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Sodoms Ende.

CLOU
Mauerstr. 82
Zimmerstr. 90-91

Berliner Konzerthaus
Täglich 8 Uhr abends Eintritt 1 Mark
Gastspiel v. Mittel- u. Mailänder Scala-Orchesters
66 Künstler. Dirig.: Egipto Tango 10 Solisten.
Nachmittags 4-7 Uhr:
Großes Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

Mozart-Saal, Nollendorfplatz
LICHTSPIELE
Beginn 6 Uhr

Rollschuhbahn
Kurfürstendamm 151
Sonabend, den 5. November, abends 8-12 Uhr:
Blumen-Fest und Konfetti-Schlacht.
Die Direktion stellt eine silberne Handtasche als Preis für die Rollschuhläuferin mit dem schönsten Hut aus.

U.T. Alexanderplatz. **U.T.** Unter den Linden 21. **U.T.** Hasenheide, Unions-Brauerei.

Wohin?
:: Ganz Berlin ::
strömt zu den
Stätten moderner
Lichtbild-Kunst!

Wedding, Reinickendorfer Str. 14.

Die beste Küche für Hochzeiten finden Sie in den
Sophien-Sälen u. Pracht-Sälen Alt-Berlin
C. 54, Sophienstr. 17/18 Blumenstr. 10
Tel. III. 2783. Inhaber: Paul Bantz. Tel. VII. 3005.
20 Säle und Vereins-Zimmer mit modernen Bühnen,
60-1500 Personen fassend, an Sonnabenden und Sonntagen
noch frei. 1484L*

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Donnerstag, den 3. November 1910: Roubität! Roubität!
Im Café Noblesse.
Spitzbudenkomödie in drei Aufzügen von G. Schuler.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Tanz.
Casino-Theater
Lottentinger Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Nur bis Freitag, den 25. November:
Der schneidige Rudolf.
Ab Sonnabend, den 26. November:
Das Original Berliner Volksstück
Julie Wippenchen.
Sonnt. 8 1/2 Uhr: Berühmte Töchter.

Folies Caprice.
Abends 8 Uhr:
Der Feldwebelhügel
Ein Akt in Schnurren
von Hengstler und Soda Soda.
Bunter Tell.
Hotel zur Jungfrau.
Louchesposse von Satyr.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstraße.
Das gänzlich neue November-
programm mit
Franz Sobanski.
Emmy Pyrotta, Georg Gray, Lotte
Lesage, Anna und Franz Vordier,
Egon Piton, Bühnenwandlungskünstler.
Ein süßes Mädel.
Gesangsposte in 1 Akt.

Theater „Groß-Berlin“.
Heute „Puhmanns Theater“
Sündige Liebe.
Der Roman einer Berl. Schneidlerin.
Freitag im Urschloß! Dieselbe
Vorstellung. Sonntag im Puh-
manns Theater: Abends dieselbe
Borst. Nachm.: Zerstört Holmes.
Abendpreise 30-100 Pf. Nachm.:
die Hälfte.

Freie Volksbühne
Sonabend, den 12. November, abends 8 1/2 Uhr,
im gr. Konzertsaal der Brauerei Hoppoldt, Hasenheide:

Herbstfest
mit Ball und Gesellschaftsabend.
Mitwirkende:
Bozena Bradsky, Brettl-Soubrette.
Motte Lutz, Konzert- und Operettensängerin.
Fritz Richard, Rezitator (Deutsches Theater).
Adolf Henckell, Komiker und Brettlsänger.
James Rothstein, Kapellmeister.
Festmarken a 60 Pf. (inkl. Programm und Tans)
in allen Zahlstellen erhältlich.

Donnerstag, den 3. November, abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus (großer Saal):

General-Versammlung.
1. Vortrag: Eduard Bernstein
Freiligrath und sein Verhältnis zur
Romantik und zur Revolution.
2. Geschäftsbericht und Kassenbericht des Vorstandes,
Revisionsbericht, Diskussion und Verschiedenes.
Nur Mitglieder haben gegen Vorzeigung ihrer Mit-
gliedskarte Zutritt.

Extravorstellung
im Lessing-Theater
Sonntag, 20. November:
Hart-
loben: Rosenmontag.

Nächste Serie im
Thalia-Theater:
Die schöne Helena.
Operette von Jacques Offen-
bach.

Nächste Serie im Neuen Schauspielhaus:
Hebbel:
Agnes Bernauer.
Der Vorstand. I. V. G. Winkler.

Zirkus A. Schumann.
Heute, Donnerstag, 3. November,
abends 7 1/2 Uhr:
Die mit großem Beifall auf-
genommene
Ausstattungs-Pantomime
Der große Coup
9 1/2 Uhr der 9 1/2 Uhr
Schmuggler
in 4 Akten.
Der Hederfall auf einen
Eisenbahnzug.
Vorher das große Programm.
Neu! Neu!
Mr. Alb. Pearson.
Mirza Golem, 12 Personen
sowie die übrigen Attraktionen.

Walhalla-Theater
Weinbergweg 19/20 (Rosenstr. Tor.)
Anfang 8 1/2 Uhr.
Bravo! - Da capo!
Eine Allerwelts-Revue
in 5 Bildern. Mit den neuen
November-Einsagen.
Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr:
Preziosa
in glänzender Ausstattung.
Ermäßigte Preise.

Karl Haverland-
Anfang Theater. Kommandanten-
platz, 8 Uhr. Straße 77/79.
Heute:
Neues Programm

Burgtheater-
Festsäle und Kinematograph
vorm. Grotzerjan, Inhab.: Rud. Herz,
Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 9353.
Lebende Photographien.
Eintritt 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.
Anf. 7 U., Sonnt. 4 U. Vorzugskarten,
nur wochentl. gültig, 25 Pf. auf allen
Plätzen. Stets wech. Programm.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
„Im Mausloch.“
Milit. Humor u. Meißel.
Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.

NiBles Fest-Säle
Dennewitzstraße 13.
Jeden Donnerstag und Sonntag:
Großer Ball.
15415*
C. NIBLE.

Neu eröffnet! Neu eröffnet!
Mila-Säle
Schönhauser Allee 130, Milastraße 3
Jeden Sonntag u. Donnerstag:
Großer Ball.
Anfang 8 Uhr.
Karl Elsner.

Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Heute finden im 1. und 5. Bezirk Stadtverordneten-Ergebniswahlen statt. Die Parteigenossen werden ersucht, sich von abends 6 Uhr ab für den 1. Bezirk bei Biering, Nehring-Strasse 4, für den 5. Bezirk im Volkshaus, Rosinenstrasse 8 zu den Schlepperdiensten zur Verfügung zu stellen.

Das Zentral-Wahlbureau befindet sich im Volkshaus (Stehbierhalle) Telephon Amt Charlottenburg 1896. Alle Genossen, Radfahrer, die sich an den Wahlarbeiten beteiligen wollen, werden gebeten, sich dort von morgens 8 Uhr ab zu melden. Die Verteilung sämtlicher Gruppen erwartet Der Vorstand.

Potsdam. Freitag, den 4. November, abends 8 Uhr, findet im Viktoriagarten, Alte Luisenstr. 88 eine große Volks-Protestversammlung gegen den Besuch des russischen Zaren statt. Tagesordnung: Warum protestieren wir gegen den Zarenbesuch? Referent: Landtagsabgeordneter Adolf Hoffmann-Berlin.

Falkenhagen-Seegefeld. Sonntag, 6. November überaus wichtige Flugblattverbreitung. Die Genossen melden sich früh 7 Uhr bei ihren Bezirksführern.

Spandau. Am Freitag, den 4. November, abends 8 1/2 Uhr findet im Lokale von Gottwald, Schönwalder Strasse 80 eine öffentliche Protestversammlung statt. Tagesordnung: Der Zarenbesuch in Potsdam und die Konterrevolution. Referent: Genossin Rosa Luxemburg.

Genossen und Genossinnen, sorgt für einen Massenbesuch dieser Versammlung, um einen wichtigen Protest gegen den Zarenbesuch zu ergeben!

Berliner Nachrichten.

Die Regierung und der Verkauf des Tempelhofer Feldes.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt an der Spitze ihrer Abendausgabe vom Mittwoch ein Rechtsgutachten darüber, ob die Genehmigung des Reichstages zum Verkauf des Tempelhofer Feldes notwendig sei. Das Gutachten umfasst nicht weniger als 3 1/2 Spalten. Von Interesse ist eigentlich nur der Schluss, und der lautet:

Der Zweck dieser Ausführungen soll lediglich sein, endgültig mit der Meinung aufzuräumen, der Reichstag sei in der Lage, den mit der Gemeinde Tempelhof geschlossenen Vertrag rückgängig zu machen und die Stadt Berlin an die Stelle von Tempelhof zu setzen. Der Reichstag kann die Gemeinde Tempelhof ihrer wohl erworbenen Rechte nicht entziehen. Selbstverständlich hat die Reichsverwaltung die politische Verantwortung für den Verkauf des Tempelhofer Feldes, so wie geschied, dem Reichstage gegenüber zu übernehmen. Für jetzt genügt aber der Nachweis, daß der rechtsgültige Zustand nicht wieder umgestoßen werden kann.

Wer dieser Rechtsgelehrte des Kriegsministers ist, wird leider nicht gesagt, und das ist bedauerlich; denn wirklich namhafte Rechtsgelehrte haben sich dahin ausgesprochen, daß der Vertrag über den Verkauf unbedingt von der Zustimmung des Reichstages abhängig ist.

Den Direktoren der Gemeindefschulen gehen nicht selten von Privatpersonen, Korporationen oder Vereinen Druckfächer zur Verteilung an die Gemeindefachkinder zu, durch welche die Kinder auf allerlei Veranstaltungen für ihre Vorbildung aufmerksam gemacht werden. Da durch die Verteilung solcher Druckfächer in der Schule der Aufsicht erweckt werden kann, als würden die angepreisenen Veranstaltungen von der Schule empfohlen und andererseits Leiter und Lehrer der Schule diesfalls nicht in der Lage sind, über die Zweckmäßigkeit dieser Einrichtungen sich ein Urteil zu bilden, hat die städtische Schuldeputation die Direktoren der Gemeindefschulen angewiesen, die Interessenten an die Schuldeputation zu verweisen und ohne deren Genehmigung die Verteilung solcher Anpreisungen nicht mehr vorzunehmen.

Um den Kinderhilfsstag

sol, so scheint es, in Berlin ein Kampf entbrennen, der auf das Wesen der modernen Wohltätigkeitsbestrebungen ein seltsames Licht zu werfen geeignet wäre. Wir berichten am Mittwoch über den Plan des Kinderhilfsstages, den in Berlin und seinen Vororten eine Gruppe von Wohltätigkeitsvereinen unter Führung der preussischen Landeszentrale für Säuglingschutz im Dezember d. J. veranstalten will. Zur Teilnahme sind nun keineswegs alle Vereine, die auf dem Gebiete der Kinderfürsorge tätig sind, herangezogen worden. Mehrere der Vereine, die vor fünf Jahren sich an dem ersten Kinderhilfsstag für Berlin beteiligten, fühlen sich dadurch zurückgesetzt, daß sie nicht auch diesmal sollen mitwirken dürfen. Unter Führung des Vorsitzenden vom Berliner Verein für Kinder-Volksschulen, des Herrn Abraham, der damals an der Spitze des Kinderhilfsstages-Unternehmens stand, haben die Gefährdeten sich an die Preussische Landeszentrale für Säuglingschutz gewandt und sich zur Mitwirkung auch bei dem diesjährigen Kinderhilfsstag angeboten. Sie sind bereit, an aller Arbeit teilzunehmen, erwarten aber, daß sie dann auch von dem Ertrag ihren Anteil abbekommen werden. Verdruß hat bei ihnen auch das erregt, daß ihre eigenen Bemühungen von damals jetzt als gänzlich erfolglos hingestellt werden. Und mit Verwunderung sehen sie, daß dieselbe Presse, die damals ihrem Kinderhilfsstag die Unterfütterung versagte, jetzt für die Wiederholung des Kinderhilfsstages sich so eifrig ins Zeug legt.

Zur Erörterung der Kinderhilfsstagsfrage hatte Herr Abraham Vertreter der diesmal nicht beteiligten Vereine zusammenberufen, denen er über die bisher unternommenen Schritte berichten wollte. Erschienen waren eine knappe Handvoll Herren und Damen, unter ihnen auch ein Offizier der Heilsarmee, die gleichfalls um Entsendung eines Vertreters ersucht worden war. Herr Abraham teilte mit, daß die Preussische Landeszentrale für Säuglingschutz bisher sich nicht veranlaßt gesehen hat, das an sie gerichtete Schreiben zu beantworten. Die Aussprache darüber, was nun zu tun sei, ließ erkennen, daß die beiseite geschobenen Vereine sich wohl kaum so ohne weiteres werden an die Wand drücken lassen. Zwar will man unter keinen Umständen den diesjährigen Kinderhilfsstag stören, auch wenn es dabei bleiben sollte, daß nicht alle Kinderfürsorgevereine zugezogen werden. Aber die Herren und Damen um Abraham sind entschlossen, ihre eigenen Rechte auf Veranstaltung von Kinderhilfsstagen nicht aufzugeben, sondern mit aller Kraft zu verteidigen. Es wurde angefragt auf das Wort vom unläuteren Wettbewerb, den man fast darin erblicken könne, daß jetzt die Preussische Landeszentrale für Säuglingschutz ihnen die Veranstaltung Kinderhilfsstages nachbrauche. Allen Ernstes wurde von einer Seite angeregt, diese Bezeichnung — geschicklich schäben zu lassen; doch fand diese wunderliche Idee nicht den Beifall der Versammlung. Zugestimmt wurde einer Erklärung, die darauf hinweist, daß bei Veranstaltung von Kinderhilfsstagen alle Vereine für Kinderfürsorge zusammengehen müssen. Die Hoffnung, eine Einigung zu erreichen, wurde noch nicht aufgegeben; viellecht werde die deutsche Zentrale für Jugendfürsorge vermittelnd eingreifen können. Das wichtigste Ergebnis der Konferenz war der Beschluß, eine besondere Organisation von Fürsorgevereinen — eine Art Zweckverband mit der Bezeichnung „Kinderhilfsstag“ — zu schaffen, deren Aufgabe es sein soll, Kinderhilfsstage in regelmäßiger Wiederkehr zu schaffen.

Wenn der russische Zar reist werden die weitgehendsten Absperrungsmassnahmen getroffen. Das hat sich in Hessen gezeigt und zeigt sich von neuem anlässlich des Besuchs, den der Zar mit seiner Frau in Potsdam machen will. In dem friedlichen Havelstädtchen wird für den Aufenthalt des russischen Alleinherrschers ein eigener Sicherheitsdienst eingerichtet. Eine Korrespondenz weiß ferner zu melden: „Die gewöhnliche Absperrung des um das neue Palais gelegenen Parkes wird bedeutend erweitert und soll sich in einem Umkreise von 500 bis 600 Meter um das Schloss herum erstrecken. Da die Zahl der Potsdamer Sicherheitsbeamten für diesen Zweck nicht ausreicht, entsendet die Berliner Schutzmannschaft eine Anzahl ihrer Beamten zu ihrer Unterstützung. Namentlich Berliner Kriminalschutzeute werden in Potsdam sehr reichlich vertreten sein und sich dort in allen möglichen Verkleidungen unter die Straßenpassanten und Parkbesucher mischen. Auch werden die militärischen Wachen bedeutend verstärkt und die Posten vermehrt. Bei den Spaziergängen des Zaren im Park Sanssouci wird die Absperrung je nach Bedarf sich auf den größten Teil des Parkes ausdehnen, damit der russische Herrscher und seine Gemahlin ungestört sind.“

Da heißt es immer, in Berlin lange die Zahl der Schutzleute nicht mehr zu und dabei werden viele Berliner Beamte nach auswärts geschickt, um den allmächtigen russischen Herrscher von der Außenwelt gänzlich zu isolieren. Und die Berliner Steuerzahler müssen für eine derartige Verwendung der Polizei noch bluten.

Die Neuter-Zeitschrift gelangt — wie uns die Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69, mitteilt — am Freitag früh zur Ausgabe.

Eine Wohltätigkeitszentrale will der Verband der Spezialgeschäfte ins Leben rufen. Der Grund hierzu ist, daß zahlreiche Veranstaltungen von Wohltätigkeitsfesten sich an Berliner Geschäfte wenden zwecks kostenloser Ueberlassung von Waren und sonstiger Spenden. Damit ist schon viel Unfug getrieben worden, dem jetzt vorgebeugt werden soll. Die Zentrale soll in Zukunft die eingehenden Gesuche genau prüfen.

Su dem Leichensund an der Lutherbrücke wird mitgeteilt, daß die genauere Untersuchung aller zurückgebliebenen Körperreste jetzt abgeschlossen ist. Nach ihrem Ergebnis erscheint es möglich, daß die Verstorbene schwanger gewesen ist und daß sie bei einem verbotenen Eingriff gestorben sein kann. Es werden verschiedene neue Spuren verfolgt.

Berliner Arbeiterverein für Obdachlose. Im Oktober nächstigen im Männerzahl 15 147 Personen, wovon 7280 badeten, im Frauenzahl 4044 Personen, wovon 1370 badeten. Arbeitsnachweis wird erbeten für Männer: Biesenstr. 55/59, für Frauen: Goldbergerstr. 90.

In einem Schwundelanfall tödlich verunglückt ist die 88 Jahre alte Frau Auguste des Schneidemeisters Krop aus der Kasanien-Allee 11. Während Krop und seine beiden Töchter gestern abend um 1/2 Uhr in der im vierten Stock gelegenen Wohnung noch arbeiteten, zog seine Frau, die seit zwei Jahren an Schwundelanfällen litt, die Betten ab und ging mit einem Bezug nach dem Fluorfenster, um ihn anzuschütteln. Hierbei lehnte sie sich zu weit hinaus, bekam wieder einen Schwundelanfall und stürzte auf den Hof hinab. Leute, die gegenüber wohnen, sahen das Unglück und sorgten gleich für Hilfe. Die Frau war aber an einem Genickbruch gleich gestorben.

Ein mutmaßlicher Kindesmord beschäftigt die Kriminalpolizei in Tempelhof. Dort haben Leute, wie ein unbekannter Mann in einem Hause der Ringbahnstraße ein Paket niedergelegt und dann wieder wegging. Es öffneten es und fanden darin die angefohlte Leiche eines neugeborenen Mädchens, die einen Strich um den Hals hatte. Vermutlich hat man versucht, das anscheinend erdroffene Kind in einem Ofen zu verbrennen. Die Leiche wurde zur Obduktion nach der Friedhofshalle in Tempelhof gebracht.

Ein Fünfzigmarkschein ist am Sonntag, den 30. Oktober, zwischen 12 und 1 Uhr mittags auf dem Wege von der Friedrichselder Straße durch die Fruchtstraße bis zu dem am Schlessischen Bahnhof gelegenen Postamt verloren worden. Ein sechsjähriger Junge war für ein Geschäft mit 52,82 M. zur Post geschickt worden, hatte das Restgeld im Betrage von 2,82 M. in die Tasche gesteckt und den Fünfzigmarkschein in das Postfach gelegt. Als er auf dem Postamt eintraf, war der Fünfzigmarkschein verschwunden. Der Junge hat das Geld offenbar unterwegs verloren. Der ehrliche Finder wird gebeten, den Betrag einzusenden an Frau Jennert, Friedrichselder Straße 19.

Mehrere Revolvererschüsse feuerte gestern ein junger Mensch in der Nähe des Ringbahnhofs Frankfurter Allee auf zwei Mauerer ab, ohne sie jedoch zu verwunden. Dann kam es zu einem Handgemenge. Schließlich wurde der Revolvererschüsse festgenommen, der sich als ein aus der Fürsorgeanstalt Zehlendorf entsprungenen Fürsorgezögling Paul Müller entpuppte.

Ungeheuliche Lohnabzüge

hat die Verwaltung der Zentral-Telegraphen-Station des Polizeipräsidiums seit Jahr und Tag den dort beschäftigten Telegraphenarbeitern gemacht. Nach dem Krankentagegesetz muß der Arbeitgeber 1/2, der Arbeiter 1/2 der Krankentagebeiträge zahlen. Den genannten Arbeitern sind aber seit Jahren die vollen Beiträge vom Lohn in Abzug gebracht worden. Diese ungeheulichen Abzüge sind, wie uns mitgeteilt wird, noch bis vor drei Wochen erfolgt. Von da ab scheint man auf dem Alexanderplatz dahintergekommen zu sein, daß man gegen das Gesetz verstoßen hat und ist das zu unrecht abgezogene Drittel bis zum 1. Juli zurückgezahlt worden. Warum, muß man fragen, nur jetzt bis 1. Juli? Die Arbeiter haben doch Anspruch darauf, den gesamten, ihnen unrechtmäßig einbehaltenen Betrag zurückzufordern.

Interessant ist übrigens, daß man an der Stelle, die berufen ist, über die Ausführung der Gesetze zu wachen, die gesetzlichen Bestimmungen jahrelang nicht beachtet.

Die öffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, Adalbertstraße 41, hat soden das 11. Betriebsjahr vollendet. Das Institut, das ganz aus privaten Mitteln unterhalten wird und seit einiger Zeit in einem eigenen schmucken Gartenhause mitten im gewerblichen Südosten untergebracht ist, hatte sich auch im verflossenen Jahre lebhaften Zuspruchs zu erfreuen. Die vorhandenen Literaturschätze, die der Benutzung ohne erschwerende Formalitäten zugänglich sind, umfassen zurzeit gegen 8000 Bände schönwissenschaftliche und 12 000 Bände belehrende Schriften. Eine neue Ausgabe des Bücherverzeichnisses befindet sich im Druck und wird in den nächsten Monaten zur Ausgabe gelangen.

Nicht weniger als 385 Personen fanden sich durchschnittlich täglich ein, die entweder ein gutes Buch nach Hause entliehen oder an Ort und Stelle in den behaglichen Leserräumen geistige Nahrung suchten. Die Verwaltung ist stets bemüht, den Lesern bei der Auswahl passenden Lesestoffes ratend zur Seite zu stehen; durch eine täglich wechselnde Ausstellung belehrender Schriften aus allen Wissensgebieten führt sie den Besuchern die Reichhaltigkeit der Bibliothek vor Augen und sucht Anregungen zu nuzbringender Lektüre zu geben. Die prompte Abfertigung beim Bücherwechsel,

die vermöge der praktischen Einrichtungen und des eigenartigen, durch den Indikator ermöglichten Ausleihsystems sich selbst bei stärkstem Andrang ohne nennenswerten Zeitverlust vollzieht, fällt jedem Besucher angenehm auf und wirkt zu alten Freunden ständig neu.

In der Ausleih-Bibliothek wurden im 11. Betriebsjahr im ganzen 70 168 Bände nach Hause verliehen, von denen 17 Bände in Verlust gerieten. Von dieser Gesamtziffer entfallen 46 649 Bände auf schöne und 23 519 Bände auf belehrende Literatur. An letzterer Zahl sind die einzelnen Wissenszweige in folgender Weise beteiligt: Geschichte und Lebensbeschreibungen 4551, Geographie 3079, Naturwissenschaften 4398, Rechts-, und Staatswissenschaften, Volkswirtschaft 3253, Gemeindefunde, Technik 2033, Philosophie, Religion, Pädagogik, Sport 2029, Kunst, Musik, Literaturgeschichte usw. 2477 Bände. Die verlangten wissenschaftlichen Bücher machten im Berichtsjahr 33 1/2 Proz. aller Entlehnungen aus. Insgesamt sind im 11. Jahre 84 413 Bände in und außer dem Hause entlehnt worden; in den elf Betriebsjahren zusammen 794 654 Bände.

Der Leserkreis der Ausleihbibliothek dehnt sich durch alle Stadtteile bis in die Vororte hinein aus. Die verschiedenen Bezirke sind wie folgt verteilt: gewerbliche Arbeiter 53 Proz., Handlungsgeschäften und weibliche Handelsangestellte 22 Proz., selbstständige Kaufleute und Handwerker 2 Proz., Lehrer und Juristen 2 Proz., Staats- und Privatbeamte 5 Proz., Lehrer und Lehrerinnen 3 Proz., Studenten 1 Proz., Seminaristen und Schüler 4 Proz. und Pensionen ohne Beruf 8 Proz.

Die Lesehalle wurde im 11. Berichtsjahre von 63 020 Personen, und zwar 61 068 Männern und 1955 Frauen, in den elf Jahren zusammen von 684 924 Personen besucht. Die Zahl der hier ausliegenden periodischen Schriften hat wiederum eine Vermehrung erfahren und beträgt jetzt 653 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung. Die im Arbeitszimmer der Lesehalle aufgestellte, 1840 Bände zählende Nachschlageliteratur wurde von den Besuchern in umfassender Weise zu Rate gezogen.

Die Gesamtzahl der Besucher, die im 11. Betriebsjahr Bibliothek und Lesehalle benutzten, belief sich auf 133 188 Personen. Seit der Eröffnung vor elf Jahren haben insgesamt 1 333 398 Personen das Institut aufgesucht.

Das Institut ist werktäglich von 9 1/2—10 1/2 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr geöffnet.

Der Sängerbund „Sib-Or“ (Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes) veranstaltet am kommenden Sonntag, den 6. November 1910, abends präzis 8 Uhr, in Louis Reubers Festsaal, Kopenstr. 29, sein diesjähriges Herbstfest unter Mitwirkung des Sinfonieorchesters Maximilian Fischer, Herrn Kavalak (Variation) und des Berliner Ull-Trio. Billets im Vorderlauf 40 Pf., an der Kasse 50 Pf. Der Verein, der auf Parteifestlichkeiten militiert, hofft auch auf parteigenössische Unterstützung.

Vorort-Nachrichten.

Achtung, Stadtverordnetenwahlen!

Heute Donnerstag, finden in Charlottenburg, Nixdorf und Wilmersdorf die Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung statt. Wir hoffen, daß die Wähler der genannten Orte durch ihre Abstimmung beweisen, daß sie es satt haben, die städtischen Angelegenheiten durch bürgerliche Interessentengruppen verwalten zu lassen. Es muß die Lösung aller freiheitlich gesinnten Wähler sein: hinaus mit den reaktionären bürgerlichen Vertretern aus der dritten Wählerabteilung! Hinein mit den Kandidaten der Sozialdemokratie!

Von den Genossen der drei Orte erwarten wir, daß sie sich vollzählig und rechtzeitig an den notwendigen Wahlarbeiten beteiligen. Die für die Wahlen in Frage kommenden Informationen sind in der Dienstagnummer des „Vorwärts“ enthalten.

Achtung, Stadtverordnetenwahlen!

Die Stadtverordnetenwahlen für die 8. Abteilung finden heute von 10 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends statt. Zur Wahl steht der 1., 3., 7., 8., 10., 11., 14., 19., 22. und 24. Bezirk. Der Bürgerverein Nixdorf hat nun doch noch in letzter Stunde Kandidaten für die 8. Abteilung ernannt. Das kann ein recht interessanter Kampf werden. Es ist dringend notwendig, daß unsere Genossen diese Wahlen als Protestwahlen betrachten und unsere Kandidaten mit möglichst großer Stimmenzahl aus der Wahl hervorgehen.

Die gestrigen vier Kommunalwählerversammlungen, welche sich eines guten Besuchs erfreuten, erneuerten die Parole: Nieder mit den Wahlrechtsräubern, es lebe der Kampf!

Die zweite Wählerabteilung wählt am Freitag, den 4. November, in der Zeit von 12 Uhr mittags bis 7 Uhr abends. Das Wahllokal für die zweite Abteilung befindet sich in der Dienstagnummer des „Vorwärts“. Die gemeinsam von den Sozialdemokraten und Demokraten aufgestellten Kandidaten sind die folgenden:

Nordbezirk: Ergänzungswahlen: Erich Quäd, Ingenieur, Kaiser-Friedrich-Str. 198, August Dominico, Eigentümer, Steinmetzstr. 97.

Erstwahl: Leonhard Löwenthal, Kaufmann, Münchener Straße 16.

Wahllokal: Friedrich Reubauer, Kaiser-Friedrich-Strasse 230/31.

Schlepplokal: Gemmeder, Kaiser-Friedrichstr. 232/33.

Dixbezirk: Ergänzungswahlen: Hermann Röhmann, Klempnermeister, Alsterstr. 23, August Dominico, Eigentümer, Steinmetzstr. 97.

Wahllokal: Deutsches Wirtshaus, Bergstr. 136/137.

Schlepplokal: Völke, Bergstr. 24.

Südbezirk: Ergänzungswahlen: Max Röh, Buchdrucker, Laubestr. 9, Gustav Jepsch, Druckerbesitzer, Hermannstr. 178.

Erstwahl: Wilhelm Schuch, Maurermeister, Alsterstr. 8; Karl Röh, Spekteur, Selkower Straße 15/16.

Wahllokal: Turnhalle der Oberrealschule, Emser Straße 133/137.

Schlepplokal: Bauer, Kirchhoffstr. 18.

Westbezirk: Ergänzungswahlen: Wolf Schulze, Zimmermeister, Weisestr. 23; Paul Fischer, Gartengartenstr. 16.

Wahllokal: Ausschank der Vereinsbrauerei, Hermannstraße 214/219.

Schlepplokal: Hoppe, Hermannstr. 49.

Das Zentralwahlbureau befindet sich bei Hoppe, Hermannstr. 49/49.

Charlottenburg.

Es muß gepart werden! So lautet die Parole, mit der der Vorstand des nationalliberalen Ortsverbandes und die Zentrale der gesamten Charlottenburger Grundbesitzervereine in den Wahlkampf ziehen. Gewiß sind auch wir der Meinung, daß Sparsamkeit eine gute Eigenschaft ist, aber nichts wäre verkehrter, als am unrechten Orte zu sparen, wie es nach Ansicht der genannten Vereine geschehen soll.

Das von ihnen verbreitete Flugblatt trägt die stolze Ueberschrift „Aufklärung über Charlottenburger Finanzpolitik“. In Wirklichkeit aber dient es nicht der Aufklärung, sondern der

Verflechtung. So wird die Finanzpolitik Charlottenburgs als unkonventionell bezeichnet und die Stadt als überschuldet hingestellt. Zu diesem Behufe werden den 141 Millionen Anleihebeschlüssen mit der Bewilligung eines Regiments noch weitere 42 1/2 Millionen hinzugefügt, deren Aufnahme noch gar nicht bewilligt ist. In Wirklichkeit hat Charlottenburg nicht einmal die 141 Millionen, sondern nur 124 Millionen Anleihe aufgenommen, und dieser Summe stehen die verbundene Anlagen gegenüber, für die sie verwendet sind. Allein auf das Gas- und Elektrizitätswerk entfallen 46, auf die Kanalisation und die Leberstrassen 14 1/2, auf den Grundbesitzerfonds 14 und auf das Wasserkraftsunternehmen 6, zusammen also 80 1/2 Millionen allein für gewinnbringende Zwecke. Dazu kommen die Volksschulen, Badeanstalten usw., die, wenn sie auch keinen klingenden Gewinn abwerfen, doch tausendfache Zinsen in Form der Bildung und der Hebung der Gesundheit der Bevölkerung tragen. Die Schulden auf den Kopf der Charlottenburger Bevölkerung werden nach Flüssigmachung der letzten Anleihe auf 600 Mk. angegeben, während in Rixdorf nur 175, in Berlin nur 177, in Wilmersdorf nur 201 und in Schöneberg nur 250 Mk. Schulden auf den Kopf entfallen. Arme Charlottenburger, die ihre Stadt bisher für die zweitreichste in Preußen hielten und nun plötzlich darüber belehrt werden, daß sie vor dem Bankrott stehen! Nun, glücklicherweise stimmt die Rechnung nicht, sie ist nur ein Hirngespinnst gewisser Elemente, eine recht durchsichtige Wahnrede, und bis zum Hereinbrechen der Katastrophe, die das Flugblatt an die Wand malt, dürfte es noch einige Zeit dauern.

Kennzeichnend für den antijüdischen Geist, der die Führer dieser neuen Gruppe befeuert, ist es, daß sie vor allem eine Verminderung der Armenlasten fordern. Allein auf dem Gebiet der Armenverwaltung soll ihrer Meinung nach eine Million gespart werden. Dann werden die Armen, für die nach Ansicht des Magistrats 41 Mk. monatlich zum Leben völlig ausreichen, wohl dem Hungerode überliefert werden. Weiter zieht das Flugblatt gegen das neuerichtete Wohnungsamt und gegen die Uebernahme der Müllabfuhr in städtische Regie zu Felde. Das Flugblatt ist ganz offensichtlich tendenziös angelegt, um an die niedrigsten Instanzen der Hausbesitzer zu appellieren. Weicht es doch am Schluß, vor nicht ein fortwährendes Anziehen der Steuerlasten, Dinausscheidung des Einkommensteuergesetzes und der Grundsteuer wolle, der müsse dafür sorgen, daß in das heutige System Breche gelegt und die Stadtverwaltung zu einem wirtschaftlichen Finanzgebaren geführt werde.

An sich hätten wir diesem Nachwort keine Beachtung geschenkt, wenn nicht die „Liberale“ sich seiner bedienten, um zu zeigen, wie tüchtige Kerle sie sind. Nach außen mag es ja einen sehr netten Eindruck machen, wenn die Liberalen gegen die „Pamphlet“ zu Felde ziehen und davon reden, daß es lediglich zum Einsatz derer dient, die nicht alle werden. Aber in Wirklichkeit gibt es unter den Mitgliedern der liberalen Fraktion und der Fraktion der Vereinigten Werten eine ganze Reihe von Männern, die sich in der Stadtverordnetenversammlung wiederholt in ähnlichem Sinne geäußert haben wie die Verfasser des Flugblattes.

So appellieren denn nicht nur die Verfasser der Flugblätter, sondern auch die Liberalen an die, die nicht alle werden. In der ersten und zweiten Abteilung verfuhr diese Sorte von Wählern zweifellos über die Mehrheit, aber den Wählern der dritten Abteilung soll man nicht vorwerfen können, daß sie zu denen gehören, die nicht alle werden; sie werden in ihrer großen Mehrheit den bürgerlichen Kandidaten eine gebührende Absfuhr erteilen und für die Kandidaten der Sozialdemokratie stimmen. Tut jeder Klassenbewußte Arbeiter seine Pflicht, dann muß und der Sieg wie im Vorjahre so auch diesmal zufallen.

Der Bildungsausschuß weist noch einmal die Genossen und Genossinnen auf den Freitag, den 5. November, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstraße 3, beginnenden Vortragszyklus des Genossen Eduard Bernstein über „Das deutsche Reich und seine Parteien“ hin. Willeits für sechs Vorträge zum Gesamtpreis von 50 Mk. sind in der Parteipostition, Sefenheimerstraße 1, bei Will, Kirchstraße 30, und bei Weisheit, Rosinenstraße 3 (Stiefhühler), zu haben.

Rixdorf.

Die demokratische Vereinigung hatte zu Dienstagabend eine Kommunalwählerversammlung nach der Vereinsbrauerei einberufen, in der Oberst a. D. Gädke über das Thema „Die Front nach rechts“ referieren sollte. Am Nachmittag desselben Tages hatte Herr Walz als Kandidat der vereinigten reaktionären Wählervereine ein Zirkular an alle Wähler der ersten und zweiten Klasse verschickt, außerdem waren die Beamten des Magistrats und die deutsch-nationalen Handlungsgehilfen Großberlins aufgefordert worden, Punkt 7 Uhr in der Vereinsbrauerei in der demokratischen Versammlung zu erscheinen. Man hatte die eble Absicht, die gegen die Wahlrechtsräuber verbündeten Demokraten und Sozialdemokraten in die Fucht zu schlagen. Nur ein kleiner Fehler hatte sich in die Rechnung der Sprengungslustigen Herren geschlichen. Man hatte die sozialdemokratische Organisation nicht in Betracht gezogen. Als die Betreuer der nationalen Reaktionen waren auch pünktlich erschienen. Da sah man Stadträte, Assessoren, Buchhalter, Bureauvorsteher, Assistenten usw. Daneben die deutsch-nationalen Handlungsgehilfen, an der Spitze die Herren Walz und Wiese. Natürlich durften in dieser erlauchten Gesellschaft auch die Grundbesitzervereine mit ihren Führern Weh und Rahmig nicht fehlen. Um 10 Uhr mußte der Saal abgesperrt werden. Draußen hatten noch circa 1000 Genossen auf Einlaß. Dem Ersuchen des Vorsitzenden, durch Herausschaffen der Tische den draußen stehenden soviel wie möglich Platz zu machen, wurde von den nationalen Sprengkorps nicht entsprochen. Der Leiter der Versammlung sah sich daher genötigt, die Versammlung nach einer Glasgasse, die mehr Platz bot, zu verlegen. Dort referierte Herr Oberst a. D. Gädke vor einem großen Teil bürgerlicher Zuhörer.

Im Saale selbst, der bis auf den letzten Platz gefüllt war, glaubten nun Herr Walz und sein Anhang dominieren zu können. Auf acht nationale Weise behaupteten die Herren Wiese und Walz, daß ihnen der Wirt das Hausrecht übertragen habe. Jedoch konnte das sofort als Lüge festgenagelt werden. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte, die von dem üblichen antisemitischen Kabau begleitet wurde — speziell Herr Walz tat sich durch seine Beschimpfungen von Sozialdemokraten als grüne Jungens, welche erst ihre Schularbeiten fertig machen sollten, rauschenden und andere Schmeicheleien rühmend hervor — erhielt zu einem Referat über die bevorstehenden Wahlen der Genosse Stadtverordneter Boeske das Wort. Der Redner ging mit den Wahlrechtsräubern scharf ins Gericht und zeichnete treffend das Eigenvermögen der reaktionären Mehrheitsparteien im Rathaus. In der Diskussion nahm zunächst Genosse Udo das Wort, der den antisemitischen Kämpfen Walz gebührend kennzeichnete. Inzwischen hatte Herr Gädke sein Referat in der anderen Versammlung beendet und nahm nun hier das Wort, um unter stürmischem Beifall der Versammlung mit dem Sprengungslustigen Herrn Walz abzurechnen. Nun kam auch Herr Walz als Redner an die Reihe. Er leitete seine förmlichen Schläger, meist abgedraufte alte Ladenaüter, herunter. In dasselbe Horn blies der nächste Redner, der deutsch-nationale Wiese. Die beiden antisemitischen Redner wurden durch die Genossen Conrad und Wulky treffend abgeföhrt. Genosse Conrad wies u. a. noch darauf hin, daß der bekannte Herr Rahmig zwei Jahre gebraucht habe, um über die Rassenführung der Wack- und Schlieffgesellschaft Rechnung abzulegen. Da Herr Walz mittlerweile wohl einfaß, daß ihm in der Versammlung keine Vorbeeren blühen würden, zog er es vor, mit seinem Anhang zu verschwinden.

Sache der Wähler der zweiten Abteilung wird es am Freitag, den 4. November, sein, mit den Wahlrechtsräubern abzurechnen und den antisemitischen Nadauhelden durch Wahl der sozialdemokratischen und demokratischen Kandidaten die einzig richtige Antwort zu geben.

Der Vorstand des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens ersucht in einem Zirkular die jüdischen Wähler Rixdorf, daß niemand von ihnen einem Kandidaten seine Stimme gebe, der dem antisemitischen Herrn Walz und seinem Anhang nahe steht.

Wilmersdorf-Galensee.

Zu den Stadtverordnetenwahlen hielten Sozialdemokratie und Demokratie Dienstagabend im Gesellschaftshause eine gemeinsame Agitationsversammlung ab, die so stark besucht war, daß der geräumige Saal nicht entfernt alle Teilnehmer fassen konnte. Von unserer Partei sprach Ed. Bernstein, von der Demokratischen Vereinigung Dr. Preitschke über die kommunalpolitischen Sünden der heutigen Stadtverordnetenmehrheit. Ihre Aufforderung, dem gemeingefährlichen Treiben der Reaktionen ein Ziel zu setzen, fand jubelnde Zustimmung; desgleichen wählten der demokratische Stadtverordnetenkandidat Flojo und der sozialdemokratische Kandidat Oskar Niesel die von den Rücktrittskleinen in der Montagsversammlung geübte Kampfmethode wirkungsvoll zu geißeln. Namentlich fand Nielsens Hinweis darauf, daß die Gegner in letzter Stunde wahrscheinlich das politische Schreckgespenst von Noabii gegen uns ins Feld führen werden, nach Gebühr Beifall. Mit einem Appell an die Versammelten, bei der Wahltagung am heutigen Donnerstag ihre ganze Kraft einzusetzen, schloß der gleichfalls als Kandidat aufgestellte Vorsitzende Wilhelm Schröder die Versammlung.

Die Verlesung des Wahlergebnisses findet heute abend von 8 1/2 Uhr ab im Gesellschaftshause, Wilhelmstraße 112, statt.

Selbsttötung eines Defraudanten. Der frühere Bureauassistent des hiesigen Magistrats, Franz Bellach, hat sich gestern der Berliner Kriminalpolizei selbst gestellt. Von den verurteilten Geldern hatte er nichts mehr bei sich. Bellosch war bei der Wilmersdorfer Stadthauptkasse angestellt und hatte die Invaldengeelder zu verwalten. In dieser Eigenschaft unterschlug er die Summe von 15 000 Mark und entfloß. Wie sich jetzt herausstellt, hat sich Bellach nach Paris gewandt, wo er die defraudierten Gelder auf den Rennbahnen zum größten Teil verlor. Als das Geld zur Reize ging, kehrte er nach Berlin zurück und stellte sich gestern der Berliner Kriminalpolizei. Der Defraudant ist gestern dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden.

Nichtenberg.

Ein Antrag auf Herstellung einer Verbindung zwischen Rießer Weg und Wartenbergstraße sowie die Herstellung eines gepflasterten Fußsteiges in der Mauritiusdammstraße steht unter anderem auf der Tagesordnung der heute nachmittags 6 Uhr im Rathaus stattfindenden Stadtverordnetenversammlung. Desgleichen finden verschiedene Neu- und Ergänzungswahlen für einzelne Kommissionen statt, unter anderem auch die Wahl der Mitglieder für die am 14. November stattfindende Erziehungswahl im 18. Bezirk der dritten Abteilung.

Voghen-Rummelsburg.

In einer von circa 500 Personen, darunter über 400 Frauen und Mädchen, besuchten öffentlichen Versammlung in Café Bellevue, sprach die Genossin Wulff über Junkerpolitik, Kaiserreden und die Meinung der Frauen. Die Referentin führte in überzeugender Weise den Anwesenden vor Augen, wie durch die in Preußen-Deutschland herrschende Junkertyppe, die Vertreibung aller notwendigen Lebensmittel erfolgt sei und hierunter die Frau als die Leiterin der Wirtschaft am meisten zu leiden habe. Gleichzeitig löbten sich die Frauen und Mädchen der arbeitenden Klasse auch mit den Ausführungen des deutschen Kaisers nicht einverstanden erklären, da die Auffassung derselben, wonach die Frau in der Politik und in Versammlungen nicht zu tun habe, ihr Längsteilsfeld vielmehr die Familie und die Erziehung der Kinder sei, durch die Tatsachen längst überwunden sei. Der der Referentin spendete Beifall bewies, daß die Versammelten sich mit den Ausführungen der Rednerin völlig einverstanden erklärten.

In der Diskussion wies Wulff unter großer Erregung der Anwesenden auf das bereits mitgeteilte Vorgehen der Polizeibehörde gegenüber dem Jugendauschuß hin. Redner übte eine scharfe Kritik an dem Vorgehen der Polizei, welche nun schon soweit gehe, daß sie in private Räume eindringt und dort die Handlungen der Gäste des Mieters überwache. Mit einem Appell an die anwesenden Frauen, nun erst recht ihre Kinder von 14—18 Jahren dem Jugendheim zuzuführen, schloß derselbe unter dem Beifall der Anwesenden.

Eine größere Anzahl Aufnahmen in den Wahlverein unter den Frauen sowie der Verlauf der Versammlung dürfte dafür bürgen, daß ein größeres Interesse bei vielen Frauen für die politischen Fragen geweckt worden ist.

Friedrichsfelde.

Die Intoleranz der christlichen Kirche zeigte sich so recht bei der Vererdigung eines noch nicht drei Jahre alten Kindes am letzten Sonntag auf dem der Kirchengemeinde gehörigen Friedhof von Friedrichsfelde. In letzter Zeit verließen viele Leidtragende auf die Mitwirkung des Geistlichen und tragen der Stimmung der Trauergemeinde Rechnung, indem sie von Sängern der Trauerfeier entsprechende Lieder zum Vortrag bringen lassen. Nun bedürfen aber alle Amtshandlungen auf dem Friedhof der Genehmigung des Ortsgeistlichen als Vorsitzenden des Kirchenrates. Der erste Geistliche, Herr Superintendent Kägel, hat wahrscheinlich ein Bedürfnis, die Unzulässigkeit der christlichen Religion in Fällen, wo auf die Mitwirkung des Geistlichen verzichtet wird, drastisch vor Augen zu führen. Bei der Vererdigung des Kindes mußten die Sänger außerhalb des Kirchhofes ihre Gesänge zum Vortrage bringen. Wäre der Vertreter der christlichen Kirche am Orte unerlaubt unter den Leidtragenden gewesen, hätte er sich vielleicht entsetzt über das Agitationsmittel, das er durch sein Verbot den Gegnern der Staatskirche geliefert hat. Sehr charakteristisch ist es übrigens, daß für ungetaufte Kinder von Diffidenten für Grabstellen höhere Gebühren genommen werden, als in sonstigen Fällen.

In einer öffentlichen Frauenversammlung, die heute abend im Hotel von Wandorf stattfand, wird der Gemeindevorsteher Genosse Piniel über diese Angelegenheit eingehend berichtet und es werden entsprechende Maßnahmen zur Abwehr der echt christlichen Anschläge beraten werden.

Ober-Schönebeide.

In einer imposanten von ungefähr 400 Personen besuchten Versammlung in Mörners Blumengarten referierte Genossin Wulff über Junkerpolitik, Kaiserreden und die Meinung der Frauen. Dem mit Beifall aufgenommenen Referat folgte eine Diskussion, an der sich Frau Hybil sowie Genosse Lielegang im Sinne des Referats beteiligten. Zum Schluß machte Genosse Schwarzburger auf die am 28., 29. und 30. Oktober stattfindende „Vorwärts“-Agitation aufmerksam, desgleichen teilte er mit, daß am 6. November in Mörners Blumengarten das Wahlvereinsvergügen stattfindet.

Friedrichshagen.

Der Arbeiter-Turnverein Vorwärts hat seine Jugend-Abteilung mit dem gestrigen Tage wieder eröffnet. Da das Reichsgericht entschieden hat, daß die behördlichen Maßnahmen gegen die Arbeiter-Turnvereine ungesetzlich sind, werden die Eltern und Erzieher der schulentlassenen Jugend gebeten, die jungen Leute zu regelmäßigem Turnbesuch anzuhalten. Zunächst turnt die Jugend-Abteilung Dienstags und Freitags von 8 1/2 bis 10 Uhr abends im Gewerkschaftshause. Da jedoch ein Teil der Lehrlinge an diesen Abenden die Fortbildungsschule besucht, werden die Turnstunden bei genügender Beteiligung auf einen geeigneteren Abend verlegt werden.

Mühlentee.

Den Bericht über den Parteitag erstattete am Sonntag in einer Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Wulff-Ober-

Schönebeide. Die Versammlung erklärte sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden. Unter Verschiedenes fand eine lebhafteste Debatte über die Pflichten der Mitglieder in betreff der Agitationsarbeiten statt, die dahin ausklang, sich in Zukunft reger an den Parteiarbeiten zu beteiligen.

Bernau.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde der Stadt Berlin die Durchquerung der Klosterfelder, Badorfer und Pittweg-Landstraße mit einem Schienenkreis genehmigt. Eine lange Diskussion tief der Antrag des Dr. Wiener, betreffend die Besetzung der Krankenhausärztele mit einem keine Agt gemeinpraxis ausübenden Arzt, hervor. In seiner Begründung forderte er einen Chirurgen für das Krankenhaus als Chefarzt. Er fühlte sich zu dem Antrage veranlaßt, weil einer seiner Wärtner 14 Tage lang im hiesigen Krankenhaus gelegen hätte, bis auf sein fortgeschrittenes Drängen ein Spezialist von Berlin gerufen wurde, der den an einer Blinddarmerkrankung leidenden Patienten operierte und ihm 1 Liter Eiter entnahm. Der Antrag wurde abgelehnt, weil Bernau mit dem jetzigen Chefarzt noch verbunden ist. Dagegen wurde ein Antrag des Genossen Krüger, der verlangte, den Magistrat eine unbegrenzte Summe für einen sobald als möglich zu engagierenden Assistenzarzt zur Verfügung zu stellen, mit 16 gegen 8 Stimmen angenommen. Der Antrag erwies sich als notwendig, weil auf die Inzerte des Magistrats, der für 1500 bis 1800 Mk. einen Assistenzarzt suchte, sich kein Arzt meldete. Unter Verschiedenem wurde dem Antrage des Genossen Salzmann stattgegeben, wonach den Fortarbeitern der Lohn wöchentlich ausbezahlt ist.

Trebbin (Kreis Leltau).

Die hiesigen Genossen hatten sich an den Magistrat gewandt, um für eine Volksversammlung unter freiem Himmel, die am letzten Sonntag stattfand, den am Mülderpuhl gelegenen Platz zu erhalten. Das wurde vom Magistrat abgelehnt. Die Versammlung wurde daher auf einem dem Genossen Ritter gehörenden Stück Gartenland abgehalten. Etwa 200 Personen folgten mit größter Ruhe und Aufmerksamkeit dem Vortrage des Genossen Proger-Rixdorf. Der Herr Bürgermeister überzeugte sich durch persönliche Inaugenscheinnahme hofentlich davon, daß die Stadt keinen Schaden genommen hätte, wenn der zuerst in Aussicht genommene Platz zur Verfügung gestellt worden wäre.

Am Sonnabend, den 5. November, feiert der Arbeitergesangverein im „Söldenhaus“ sein zehnjähriges Stiftungsfest. Der Verein stellt sich der Partei bei allen Veranstaltungen bereitwillig zur Verfügung und verdient daher, daß sich die Genossen an dem Feste rege beteiligen.

Klein-Westen.

Ueber „Volksbesetzung und Kaiserreden“ referierte Genosse Berike am Sonntag in einer von 150 Personen besuchten Volksversammlung im Schmiedischen Lokale. In der Diskussion ermahnte Genosse Käcker die Versammelten, sich den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen, damit unser Kampf bei der nächsten Reichstagswahl ein möglichst erfolgreicher sei. Genosse Kamersowh ermahnte noch, für die Ausbreitung der Parteipresse zu sorgen und nicht nur immer den Vertrauenspersonen die Agitationsarbeiten zu überlassen. Unter den Klängen der Arbeitermarzialeise fand die wohlgelungene Versammlung ihr Ende.

Spandau.

Die Wahl der beiden freisinnigen Stadtverordneten Dr. Kantorowicz und Schreiber bei der Stichwahl der 2. Abteilung am 21. November 1909, die von der Stadtverordnetenversammlung am 31. Dezember 1909 für gültig erklärt waren, wurde im Klagewege von dem unterlegenen konservativen Gegenkandidaten Betriebsingenieur Schirmer angefochten. Dr. Kantorowicz und Oberpostsekretär Schreiber wurden in der Stichwahl mit 402 gegen 417 Stimmen gegen den Reaktionsdirektor Dr. Reuse und Betriebsingenieur Schirmer, die 390 bzw. 392 Stimmen erhielten, gewählt. Der Bezirksauschuß zu Potsdam hat in seiner Sitzung am 1. November 1910 die Wahlen der beiden Stadtverordneten Kantorowicz und Schreiber für ungültig erklärt.

Potsdam-Spandau-Ostbahelland.

Der Vorstand des sozialdemokratischen Kreis-Wahlvereins fordert aus Anlaß des Jarenbesuchs in Potsdam die Arbeiterschaft des Kreises auf, am Sonnabend, den 5. November — dem Tage der Ankunft — allenthalben Massenfundgebungen gegen den blutigen Despoten Rußlands zu veranstalten. Durch Massenprotest soll die gesamte freireichlich gestimmte Bevölkerung des Kreises zum Ausdruck bringen, daß sie die Anwesenheit dieses Menschen, der alle freireichlichen Regungen in seinem Reiche im Blute zu ersüden sucht, und zu dessen Empfang noch Steuergroschen verwendet werden, aufs schärfste verurteilt.

Jugendveranstaltungen.

Weihensee. Heute, Donnerstag, 3. November, findet im „Prälaken“, Leichterstr. 122, die erste November-Versammlung statt. Wir bitten die Kollegen und Kolleginnen, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen, auch die erwachsene Arbeiterschaft wird um ihre Unterstützung gebeten.

Gerichts-Zeitung.

Theaterdirektor Sidel hat gegen das auf Konzeptionsentziehung lautende Urteil des Bezirksauschusses das Rechtsmittel an das Oberverwaltungsgericht eingelegt. Bleibt das Ergebnis der Beweisaufnahme erster Instanz auch nur annähernd das gleiche, so dürfte das Rechtsmittel schwerlich Erfolg haben.

Dr. Preitschke wider Pfemser.

In der bekannten Beleidigungsklage der beiden obengenannten Schriftsteller hat der Kläger gegen das freisprechende Urteil Berufung eingelegt. Im Interesse beider Teile läge es, die Presse von dem Termin in der Berufungsinstant rechtzeitig in Kenntnis zu setzen, damit irreführende Nachrichten über den Gang der Verhandlung, wie sie von beiden Seiten behauptet wurden, entgegengetreten werden kann.

Aus aller Welt.

Unwetter in West-Europa.

Ueber weite Gebiete des westlichen Europa sind am Dienstag schwere Stürme dahingebrochen, die in den davon betroffenen Gegenden großen Schaden anrichteten. Aus Oberndorf in Württemberg kommt die Meldung, daß ein heftiger Sturm, der gegen Abend seinen Höhepunkt erreichte, auf der Hochebene großen Schaden anrichtete. Telephonstangen wurden umgeworfen, viele Bäume entwurzelt, zahlreiche Dächer beschädigt und Schornsteine umgestürzt. Noch schwerer schied der Sturm im Kanal und an der belgischen Küste gewütet zu haben. Aus Brüssel wird darüber gemeldet: In Ostende und in den übrigen Nordhäfen ist durch den Sturm großer Schaden angerichtet worden. Mehrere Schiffsbarren wurden beschädigt; auch zahlreiche Telephon- und Telegraphenleitungen sind zerstückelt. Viele Eisenbahnlinien erlitten bedeutende Verspätungen. In Brüssel selbst richtete der Sturm vielfach Unheil an. Eine ganze Anzahl Schornsteine sind eingestürzt. Auf dem Voulvard Ansbach wurde eine mehrere 100 Kilogramm schwere Anschlag-

fäule umgerissen. Zahlreiche Bäume wurden entwurzelt und viele Keste abgebrochen.

Mehrere Fischerboote suchten infolge des herrschenden Sturmes Zuflucht im Ostender Hafen. Dies gab Anlaß zu ersten Zwischenfällen und skandalösen Vorgängen. Von der einheimischen Bevölkerung wurden die fremden Fischer angegriffen, ihre Fische wieder ins Wasser geworfen und ihre Barken ausgeplündert. Das Auftreten der Ostender Fischerbevölkerung veranlaßte den französischen Konsul zu einer Klage.

Kom, 2. November. Heute nachmittag ist, wahrscheinlich infolge des heftigen Sturmes, der im Bau befindliche jordanische Pavillon, der für die Ausstellung 1911 bestimmt ist, eingestürzt. Zehn Arbeiter wurden verschüttet, konnten jedoch unversehrt oder mit nur leichten Verletzungen geborgen werden; nur ein Arbeiter scheint schwerere Verletzungen davongetragen haben.

Springfluten in Annam.

Die aus Saigon eingetroffene Post meldet, daß Wirbelstürme und Springfluten in verschiedenen Teilen Annams und Tonkins große Verheerungen angerichtet haben. Die Stadt Donghoi in Annam ist fast vollständig zerstört.

Schiffskatastrophe auf hoher See.

Der Kapitän des gestern in Aberdeen (England) eingetroffenen deutschen Fischereidampfers „Präsident Herwig“ meldet, daß er vorgestern auf der Höhe von Fair Isle mit dem Fischereidampfer „Augsburg“ zusammengestoßen sei. Die „Augsburg“ sei untergegangen. Sechs Mann ihrer Besatzung seien ertrunken. Die Ueberlebenden, dreizehn an der Zahl, sind in Aberdeen gelandet und werden in die Heimat zurückbefördert werden.

Am Dienstagabend stießen auf der Wolga die Dampfer „Graf“ und „Jaroslawa“ zusammen, wobei ein Reisender getötet und acht schwer verletzt wurden. Zwei Personen werden vermisst, sie sind wahrscheinlich ertrunken. Beide Dampfer sind schwer beschädigt.

Ein bestechlicher Richter.

Der Prozeß gegen den Millionär Rosenheimer in New York mußte infolge einer wichtigen Entdeckung unterbrochen werden: Einer der Richter hat sich nämlich bestechen lassen. Er hat eine Summe von 2500 Dollar angenommen und dafür versprochen, für die Freisprechung des Angeklagten bemüht zu sein. Von der genannten

Summe sind ihm bereits 1000 Dollar gezahlt worden. Von dieser Lastsache wurde dem Gericht durch den Advokaten des Angeklagten selbst Mitteilung gemacht. Derselbe Richter hatte schon einmal in einem Nordprozeß durch eine ähnliche Affäre die Verurteilung eines Angeklagten verhindert.

Kleine Notizen.

Bei einer Revolvergeheirei in Königsbrunn wurde ein Grubenarbeiter Smol so unglücklich am Halse getroffen, daß die Schlagader zerriß und der Arbeiter in kurzer Zeit verblutet war. Der Täter, der in Rotwehr gehandelt haben will, wurde verhaftet.

Von der Lokomotive erfasst. In Schoppinitz in Schlesien wurde der Hilfschaffner Zoppe von einer rangierenden Lokomotive erfasst und getötet.

Gefährlicher Mörder. Zu dem gestern von uns gemeldeten Morde an einem 18jährigen Mädchen in Schönau i. Schl. wird noch gemeldet, daß der verhaftete Mörder ein Geständnis abgelegt hat. Es ist der obdachlose 50 Jahre alte Pferdewacht Kretschmar. Die Leiche des unglücklichen Mädchens hat einen schrecklichen Anblick. Das Kopfhaar war stellenweise herausgerissen, das Gesicht bis zur Unkenntlichkeit entstellte, die rechte Halsseite war durchschnitten und der Oberkörper völlig entblößt und völlig mit Blut bedeckt.

Unter den Schülern der Realschule in Gasse im Rheinland ist der Typhus ausgebrochen. Man vermutet, daß die von dem Schuldienerschen Schülern gelieferte Milch infiziert war. Mehrere Mitglieder der Familie des Schuldieners sowie drei Schüler sind erkrankt, etwa 20 stehen unter ärztlicher Kontrolle.

Von Sechunden angegriffen. Die Dompteuse Jutta, die in einem Budapest Varietés auftreten sollte, wurde bei einer Probe mit ihrer Sechundengruppe von einem Tiere angegriffen und schwer verletzt.

Erdstöße in Frankreich. Am Dienstagnachmittag wurden in den südfrensischen Orten Alleins und Salon mehrere Erdstöße wahrgenommen. Der Bevölkerung bemächtigte sich eine Panik, irgend welcher Schaden wurde jedoch nicht angerichtet.

Eine ungeheure Feuerbrunst zerstörte am Dienstag das Baumwollendepot einer Handelsgesellschaft in Alexandria. Deutsches Kapital ist an der Gesellschaft hervorragend beteiligt. Bei dem Brande wurden 8000 Ballen Baumwolle im Werte von vier Millionen Mark vernichtet.

Wöchentliche Marktberichte der holländischen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag.
Zusatz genügend, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Zusatz reichlich, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise fast unverändert. Geflügel: Zusatz genügend, Geschäft etwas lebhafter, Preise beschleunigt. Fisch: Zusatz etwas reichlicher, Geschäft schleppend, Preise gedrückt bei absoluter Kaufmangel. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Säfte: Zusatz genügend, Geschäft etwas lebhafter, Preise wenig verändert.

Verband der Metzgergehilfen Deutschlands. Zweigverein Berlin und Vororte. Donnerstag, den 3. d. Mts., abends 9 1/2 Uhr, Kolonnenstraße 11/12: Versammlung. Vortrag des Genossen Zeiske.

Briefkasten der Redaktion.

— P. 10. Derartige Sachen erhalten Sie in Mastenverleihschäften. Diese finden Sie im Adressbuch, 2. Band, Teil IV, Seite 272 verzeichnet.
— 57 d. J. Rein. — G. J. 28. Verfassen Sie einen Krat.
— P. 3. 14. Wenden Sie sich an die Kauf- und Fürsorgestelle für Lungentranke, Richardstr. 118, Quergebäude I (Erdgeschoss) Dienstag und Freitag zwischen 2 und 4 Uhr. — W. M. 21. 1. Sie sind zur Unterstützung des prokubirigen Sohnes nur dann verpflichtet, wenn dies ohne Gefährdung Ihres eigenen und des standesgemäßen Unterhalts Ihrer Familie möglich ist. Bei dem angegebenen Einkommen halten wir Sie nicht für verpflichtet. Ihr Sohn soll sich an den Stadtschulrat wenden.
2. Rein. P. 7. 22. 1. Ja. 2. und 3. Gegen den Vater leider nicht.

Witterungsüberblick vom 2. November 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer- Stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C	Stationen	Barometer- Stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C
Stettin	736	SW	4	bedeckt	6	Wuppertal	736	—	—	—	—
Darmstadt	735	SW	4	wolfig	5	Wetzlar	733	—	—	2 bedeckt	—5
Berlin	738	SW	2	bedeckt	5	Seibitz	732	—	—	8 halb bb.	0
Frankfurt	741	SW	3	Regen	5	Merzen	737	—	—	5 bedeckt	0
München	746	W	4	bedeckt	4	Wien	746	—	—	3 Regen	5
Wien	744	SW	3	bedeckt	9						

Wetterprognose für Donnerstag, den 3. November 1910.
Ziemlich kühl, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit Regen oder Graupelchauern und teilschen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand	am 1.11.	am 31.10.	Wasserstand	am 1.11.	am 31.10.
Remel, Mühl	102	-2	Saals, Großhly	75	-1
Regel, Insterburg	92	-3	Saals, Spandau	70	-1
Reichel, Thorn	28	-2	Saals, Rathenow	99	-1
Oder, Ratibor	124	0	Spre, Spremberg	84	0
„ „ „ „ „ „ „ „	131	-3	„ „ „ „ „ „ „ „	147	+2
„ „ „ „ „ „ „ „	145	-1	„ „ „ „ „ „ „ „	103	-6
„ „ „ „ „ „ „ „	6	0	„ „ „ „ „ „ „ „	35	0
„ „ „ „ „ „ „ „	-17	-1	„ „ „ „ „ „ „ „	329	-11
„ „ „ „ „ „ „ „	-16	0	„ „ „ „ „ „ „ „	141	-5
„ „ „ „ „ „ „ „	-11	-4	„ „ „ „ „ „ „ „	124	-2
„ „ „ „ „ „ „ „	-128	0	„ „ „ „ „ „ „ „	40	-7
„ „ „ „ „ „ „ „	116	+1	„ „ „ „ „ „ „ „	115	0
„ „ „ „ „ „ „ „	-106	-2	„ „ „ „ „ „ „ „	41	-6

+) + bedeutet Zusch., - Abz. *) Unterbeet.

Endlich haben Sie einen Strumpf,

der das langersehnte Ideal eines wirklich unzerbrechlichen Glühkörpers ist! Der hoch- und schlagfeste Bruno-Glühstrumpf für stehendes und für hängendes (Invert) Licht zeichnet sich besonders durch außergewöhnliche Zähigkeit, schmiegsame Elastizität, brillierendes Licht und durch eine fast unverwundliche Lebensfähigkeit aus! Verwenden Sie deshalb ausschließlich Bruno-Glühstrümpfe, denn diese sind äußerst preiswert und überall erhältlich! Auf Wunsch teilt Ihnen die Bruno-Gesellschaft m. b. H., Berlin, Liebenwalderstr. 10 bereitwillig die nächstgelegenen Verkaufsstellen mit!

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Donnerstag bis Sonnabend — soweit Vorrat:

Obst und Gemüse

Kochbirnen Pfund	8 Pt	Weisskohl	} Kopf 5, 8, 12 Pt.
Kochäpfel Pfund	8 Pt.	Rotkohl	
Tafeläpfel Pfund	10 Pt.	Wirsingkohl	} Kopf 12, 20, 25 Pt.
Thür. Tafeläpfel Pfund	12, 15 Pt	Blumenkohl	
Orangen Dutzend	75, 95 Pt.	Sellerie Knolle	5, 8, 10 Pt.
Zitronen Dutzend	18, 25 Pt.	Teltower Rübchen .	Pfund 10 Pt.
Bananen Pfund	18 Pt.	Spinat Pfund	6 Pt.
Ananas Pfund	60, 70 Pt.		

Wurstwaren

Rot- und Zwiebelwurst .	50 Pt.	Schinkenspeck	1.05
Sülzwurst	75 Pt.	Teewurst (Rügenw. Art)	1.15
Mettwurst (Westf. Art)	90 Pt.	Oldenb. Cerv. u. Salami	1.20
Rotleberwurst	95 Pt.	Schinkenwurst	1.25
Jagdwurst	95 Pt.	Kalbsleber-Trüffelwurst	1.20
Feine Leberwurst	95 Pt.	Mausschinken	1.20
Pasteten-Leberwurst . .	1.00	Spickbrust	1.45
Mettwurst Braunschweiger Art	80 Pt.	Polnische Brühwurst .	90 Pt.

Frisches Fleisch

Neu aufgenommen: **Leipziger Str.** und heute Eröffnung der Abteilung **unseres Hauses Alexanderplatz**

Hammelfleisch

Dünnung	} Pfd. 55 Pt.
Ragout	
Haxen	
Talg Pfd.	50 Pt.
Kotelette Stück	15 Pt.
Rücken und Keule Pfd	75, 85 Pt.
Dicke Rippe Pfd	65 Pt.

Schweinefleisch

Schinken im Ganzen	} Pfd. 70 Pt.
Bauch	
Blatt	
Rückenfett Pfd.	65 Pt.
Kamm Pfd.	80 Pt.
Kotelette Pfd.	90 Pt.
Karbonade mit Schwade .	Pfund 75 Pt.

Rindfleisch

Filet Pfd.	1 ⁰⁰
Filet ausgeschilt Pfd.	1 ³⁰ bis 1 ⁵⁰
Roastbeef Pfd.	1 ⁰⁰
Roastbeef ausgesch. Pfd.	1 ³⁰ bis 1 ⁵⁰
Fehrippe Pfd.	75 Pt.
Querrippe Pfd.	65 Pt.
Schmorfleisch Pfd.	90 Pt.

Schaukelbraten

Schierbraten	} Pfd. 1⁰⁰
Filet Oberschale	
Schaukelbraten	
Kalbfleisch	
Kalbskeule Pfund	1 ¹⁰ bis 1 ²⁰
Kalbsrücken Pfund	1 ¹⁰ bis 1 ²⁰
Kalbsbrust Pfund	1 ⁰⁰ bis 1 ¹⁰

Kassler Pfd. **75** bis **85** Pt.

Bratwurst Pfund **75** Pt.

Pökelkamm Pfd. **75** Pt.

Pökel-Rinderbrust Pfd. **90** Pt. **1⁰⁰**

Orts-Krankenkasse
der
Bureauangestellten
zu Berlin.

Die Wahlen der Delegierten

für die Jahre 1911/1912 finden an den nachstehend bezeichneten Orten und Tagen statt:

a) für Arbeitgeber
im Kassenlokal, Stralauer Str. 56,
von 1 Treppe, am
Montag, d. 14. November 1910,
abends von 7 $\frac{1}{2}$ —8 Uhr.

b) für Arbeitnehmer
im Arbeiter-Vereinshaus, Kaiser-
Wilhelm-Str. 18m, am
Freitag, den 11. November 1910,
abends.

Es sind zu wählen:
von 7—7 $\frac{1}{2}$ Uhr durch die Kassen-
mitglieder aus der Abteilung der
Berufungsanstalten 231 Ver-
treter;

von 7 $\frac{1}{2}$ —8 Uhr durch die Kassen-
mitglieder aus der Abteilung der
Krankenkassen 84 Vertreter;

von 8—8 $\frac{1}{2}$ Uhr durch die Kassen-
mitglieder aus der Abteilung der
Berufsgenossenschaften 30 Vertreter;

von 8 $\frac{1}{2}$ —9 Uhr durch die Kassen-
mitglieder aus der Abteilung der
Krankheiten, Nerven und Gerichts-
sachverständigen 199 Vertreter.

Mitgliedskarte legitimiert.
Wahlberechtigt und wählbar sind
Kassenmitglieder bzw. Arbeitgeber,
welche großjährig und im Besitze der
bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Berlin, den 1. November 1910.
Der Vorstand. 279/3
G. Bauer, Vorsitzender.

„Frauenleiden“
und deren Verhütung.

Reicht einem Anhang:
Die
Verhütung der Schwangerschaft

Von Dr. J. Zadek.
Mit 8 Illustrationen.

Preis 50 Pf. Volksausgabe 20 Pf.

Expedition des „Vorwärts“
Lindenstr. 69, Laden.

Engros-Geschäft

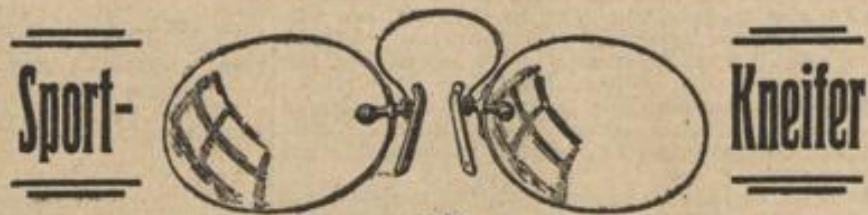
beringt durch Vertreter Wäsche, Gar-
dinen, Stosen, Portieren, Teppiche
und Decken. Ohne Anzahlung bei
Heinen Monatsraten. Keine Kaution.
Offert C. A. 80 an „Vorwärts“
Expedition, Salzweber Str. 8.

Optiker Ruhnke

Kostenlose ärztliche Augenuntersuchung:

Oranien-Str. 44 von 11—1, Am Alexanderplatz von 3—7,
Brunnen-Str. 12 von 1 $\frac{1}{2}$ —3, Link-Str. 1 von 11—1 u. 6 $\frac{1}{2}$ —7.

Ich garantiere für passende Gläser. Die Tüchtigkeit meines geschulten Personals
schließt Fehler so gut wie sicher aus. Wenn Sie aber einen Augenarzt wünschen,
so bitte ich um Ihren Besuch während der Stunden, in denen die Herren Augenärzte
in meinen Geschäften anwesend sind.



mit
Optal-Gläsern

Prima Hartnickel . . M. 2.50 | Gold-Double M. 4.50
Spezial Gold-Double M. 6.50 | Massiv Gold M. 12.—

Meine Garantie:

Jeder von mir bezogene Artikel, der den Anforderungen des Käufers nicht voll ent-
spricht, wird anstandslos umgetauscht oder der volle Betrag wird auf Verlangen zurück-
erstattet, wenn es nicht möglich sein sollte, Sie in meinen Geschäften zufrieden zu stellen.

11 Spezial-Geschäfte:

Oranien-Str. 44 Friedrich-Str. 190 Wall-Str. 9
Link-Str. 1 Am Alexander-Platz Turm-Str. 47
Chaussee-Str. 72 Karl-Str. 8 Brunnen-Str. 12
Charlottenburg: Tauentzien-Str. 19 Wilmsdorfer Str. 48

Verlangen Sie bitte die kostenlose Zusendung meiner lehrreichen Schriften
und die Hauptpreisliste.

An diesem
Schild
sind die Läden
erkennbar,



in denen
SINGER
Nähmaschinen
verkauft werden.

Mustergültig in Konstruktion und Ausführung,
gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.



Überall zu haben in Dosen à 10 und 20 Pfg.

Fabrik: Lebzaynski & Co. Berlin NO.

Seit längerer Zeit führen die drei Pilsener Brauereien in Böhmen einen Rechtsstreit mit uns auf Löschung unserer Firma. Weil wir unsere Brauerei **Pilsener Brauhaus G. m. b. H. in Berlin** nennen und ein helles Tafelbier in ganz vorzüglicher Qualität brauen, befürchten dieselben, daß wir respektive unser helles Tafelbier mit den ihrigen **doppelt so teuren** aus Böhmen importierten Bieren **verwechselt werden könnte**.

Das Kammergericht als letzte Instanz hat dem Antrage der Pilsener Brauereien auf Löschung der Firma stattgegeben, so daß wir gezwungen sind, unserer Brauerei einen anderen Namen zu geben.

Zu diesem Zwecke veranstalten wir ein

Preis=Ausschreiben

für unsere Kundschaft. — Zur Verteilung gelangen

Mark 1000 in bar
und 200 Kasten à 30 Flaschen unseres Bieres.

Als erster Preis 500 M.
Als zweiter Preis 300 M. | für den besten Namen.
Als dritter Preis 100 M.

Für eine gute Schutzmarke extra 100 M.

Die 200 Kasten Flaschenbier werden als Trostpreise unter die übrigen Einsender verteilt.

Bedingungen für den Wettbewerb:

Die Einsendung des Namens respektive der Schutzmarke muß bis zum 12. November 1910 in geschlossenem Couvert geschehen. Als Legitimation, daß die Bewerber zu unseren Kunden zählen, müssen dem Brief drei unserer Flaschenbier-Etiketts mit dem Aufdruck „Wettbewerb“ beigegeben werden. Unsere Flaschen werden ab 2. November mit diesen Etiketten versehen.

Als Preisrichter fungiert der Aufsichtsrat der Brauerei.

Das Resultat der Preisverteilung wird am 15. November durch diese Zeitung bekannt gegeben.

Pilsener Brauhaus G. m. b. H. in Berlin SO. 16,
Rungestr. 18a. Tel. IV 8840/41.

Aus Industrie und Handel.

Lukrative Landwirtschaft.

Dah bei sachgemäher Bewirtschaftung unter den heutigen Verhältnissen selbst verlotterte Betriebe schnell zu hoch lukrativen Unternehmungen gestaltet werden können, das finden wir in dem Amtsblatt für den Kreis Forbach (Nr. 247 vom 26. Oktober) bestätigt.

fern besonders die Apfelbäume einen fetten reichen Ertrag. Wenn es nun trotz dieser reichen Ernteergebnisse möglich war, die Preise für Äpfel und Birnen teils auf dem Stande des Vorjahres zu halten, teils aber sogar noch höhere Preise als im vergangenen Jahre zu erzielen, so ist dies zum Teil dadurch zu erklären, daß die Einfuhr ausländischer Obstes überaus stark nachgelassen hat.

Table with columns for location (e.g., Landsberg a. W., Götting), year (1909, 1910), and price ranges for Äpfel and Birnen.

Wir haben möglichst die verschiedensten Gegenden herausgegriffen, aber durchweg zeigt die Preistendenz nach oben. Allerdings ist das Angebot ausländischen Obstes auch in einer Weise zurückgegangen wie noch in keinem Jahre zuvor.

Die Sanierung der galizischen Petroleumindustrie durch ein Staatskartell, dieser mit soviel Energie angepaßte Plan der Wiener Regierung, ist nun aufgegeben worden.

Aus der Frauenbewegung.

Junker, Reichstagswahlen und die Meinung der Frauen. Dieses Thema wurde am Dienstag in sechs überfüllten Volksversammlungen im bierischen Berliner Reichstagswahlkreis behandelt.

Die reichsdeutsche Finanzpolitik mit ihrer unheimlichen Säufung der indirekten Steuern und dem ganzen Protektionssystem, wodurch den Großgrundbesitzern, den Junkern die Taschen gefüllt werden, fand eine scharfe Kritik, die durch einwandfreie durchschlagende Zahlen unterstützt wurde.

Veranstaltungen - Veranstaltungen.

Zentralverband der Hausangestellten. Donnerstag, 3. November, 9 Uhr, Mitgliederversammlung in den „Industrie-Festhallen“.

Obsternte und Obstzufuhr.

So schlecht die Kirchen- und Pflaumenerte im laufenden Jahre war, so gut ist die Apfel- und Birnenerte. Von einzelnen Obstmärkten wird berichtet, daß ein dezantig großes Angebot überhaupt noch niemals zu beobachten war, und zwar lie-

Gegründet 1867



Stiller



Eingetragene Warenzeichen für die Firma Schuhwarenhaus Carl Stiller Gegründet 1867

Tägliche Anfragen

veranlassen mich zur Vermeidung einer Irreführung u. Täuschung des Publikums wiederholt darauf hinzuweisen, dass die seit Jahrzehnten vorteilhaft bekannten echten Stiller-Schuhwaren, welche nebenstehende Schutzmarken tragen, nur „einzig und allein“ in folgenden Geschäften zu haben sind:

Zentrale und Versand: Jerusalemer Str. 38-39

- Potsdamer Strasse 2 König-Strasse 25-26
Tautenzienstrasse 19a Schöneberg, Hauptstr. 146
Friedrich - Strasse 75 Rixdorf, Bergstrasse 25-26

Januar 1911: Rosenthaler Strasse 5

Der reich illustrierte Hauptkatalog wird auf Wunsch gratis zugesandt

Große öffentl. Volks-Versammlung für Männer und Frauen

am Freitag, den 4. November, abends 8 1/2 Uhr, im Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Str. 42.
Tages-Ordnung:
Vortrag über: „Der Kampf um die wirtschaftliche Befreiung“. Referent: Reichstagsabgeordneter Paul Göhre.
Zahlreiches Erscheinen der Männer und Frauen erwartet.
107/9 Der Einberufer.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsschle Berlin, Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charitstraße 2. Hof III. Amt 3, 1987.

Heute Donnerstag, den 3. November, abends 7 Uhr,

Versammlung aller in der Schraubenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tagesordnung:
1. Unsere Stellungnahme zwecks Verbesserung der gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Schraubenbranche.
2. Diskussion.
3. Rollen und Kolleginnen! In dieser Versammlung sollen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse besprochen werden; außerdem soll über die Einleitung einer Lohnbewegung Bescheid gefasst werden. Da es nun notwendig ist, daß jeder Einzelne Bescheid weiß, wie er sich in Zukunft zu verhalten hat, darf niemand von Ihnen fehlen. Jeder Kollege und jede Kollegin muß in dieser Versammlung anwesend sein.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Bautischler.

Heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr:
Vertrauensmänner-Versammlungen
Bezirk 1: Märkischen Hof, Admiralstr. 18a.
" 2: Zich, Barshauer Str. 61.
" 3: Reddig, Koppenshäger Str. 49.
" 4: Sachse, Lindower Str. 26.

Einsetzer.

Heute Donnerstag:
Bezirks-Versammlungen.

Drechsler.

Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Königstadt-Kasino, Holzmarktstraße, Ecke Alexanderstraße:
Vertrauensmänner-Versammlung.
Tagesordnung: Beratung des Ortstarifes.

Dr. Schünemann
Spezialarzt für Haut- und Hautleiden, Frauenkrankheiten, 6612
jetzt Oranienstr. 139, gegenüber Kommandantenstraße.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Hautleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12-4

Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 6. November, abends 7 Uhr, im Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72:

Vortrag des Genossen Dr. Conrady über: Die erste Periode der deutschen Arbeiterbewegung 1836-1852.

Nachdem: Vortrag. Geselliges Beisammensein m. Tanz.
Eintritt 20 Pf. Garderobe frei. Der Vorstand.

Achtung! Anarchisten! Sozialisten! Achtung!

Freitag, den 4. November, abends 8 1/2 Uhr, in Cranz Festsälen, Kösliner Straße 8:
Große öffentliche Volksversammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag: „Das provokatorische Vorgehen der Polizei am Wedding“. Referenten: Adolf Plehner und Paul Behre. 2. Freie Aussprache.
Zahlreiches Besuch erwartet. 16115
Der Einberufer des Les- und Diskussionsklub Norden.
F. A.: Paul Briemwich, Sparrstr. 28.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher zc.

Waldhofstr. 28, part. Filiale Berlin. Tel.: Amt IV, 4767.
Sektion der Lackierer.

Mitglieder-Versammlung mit Frauen

im Gewerkschaftshaus, Engelsufer 15.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag der Genossin Frau Dr. Weyl über: „Verborgene Frauen in der Geschichte.“ 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
Wir erwarten von den Kolleginnen und Kollegen nebst deren Frauen zahlreiche Beteiligung.
Die Sektionsleitung.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (setzgedruckt) 2 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg., das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
Für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche (sehr schöne) Gelegenheitskauf. Fabriklager Mauerkopf, Große Frankfurterstraße 9, Hureingang, Vormärtsletern 6 Prozent Extrarabatt. Sonntags geöffnet.
Teppichdecken billigst! Große Frankfurterstraße 9, Hureingang.
Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 9, Hureingang. 2491R
Glossen zu Preis Kupons und Sigismund Lacroix, Die wahre Gestalt des Christen, von August Debel. Preis 75 Pf., billige Ausgabe 30 Pf. Expedition Lindenstraße 69, Laden.
Gastroten. Tafeldeck ohne Anzahlung, mindestens 1,00 (bis Hundert Kaufmann). Nielsen-Louis Wöllner (selbst), Betriebsleitung Vohlgangstraße zweiunddreißig (Bahnverbindung: Barshauerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Rigdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247.
Vormärtsletern erhalten für Prozent Extrarabatt, selbst bei nachstehenden Gelegenheitskäufen.
Teppiche, farblich, haltbar, preiswert.
Teppichdecken, eine Partie, preiswert.
Plüschportieren 8,55 Mark.
Plüschschirme mit Stillschirm 6,85.
Teppich-Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz; Rosenholzerstraße 54. 16302R
Drehrollen, Kriger u. Hölzer, Bahnamnstraße 29. 16502R
Bilder kaufen Sie direkt! Bei Bogdan, Weinmeisterstraße 2.
Teppiche! (sehr schöne) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brunn, Hofscheider Markt 4, Bahnhof Börse. (Keller des „Vormärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!
Germannplatz 6. Überbilligte Wanderverkäufe. Niemannsplatz. Winterpaletts. Sommerpaletts. Bodenheizung. Webdrucken. Herrenkragen. Extrabillige Belgisches. Aussteuerkissen. Stounerbilliger Bettensverkauf. Brautbetten. Vermietungsbeit. Spottbilliger Wäscheverkauf. Gardinenverkauf. Teppichverkauf. Plüschdecken. Teppichdecken. Goldschmied. Teichmännchen. Kettenschnur. Ringeschnur. Schmuckfäden. Wandbühnen. Nähmaschinen. Gipsbüsten. Beliebteste Verkaufsanzeige. Überbilligter Warenverkauf im Plüschhaus Germania, Oranienplatz 6. Auch Sonntags geöffnet.
Herbertetten, Stand 11,00, große 16,00. Wäsche, Gardinen, Teppiche spottbillig. Wandleibhaus, Rüstenerplatz 7. 16239R
Winterpaletts, Belgisches, Anzüge, Uhren, Schmuckfäden, Portieren, Teppichdecken spottbillig. Wandleibhaus, Rüstenerplatz 7. 16239R
Teppiche, Niemannsplatz, werden einzeln spottbillig abgegeben im Engrosverkauf. Hofscheiderstraße 38, I.
Teppichhaus Turmstraße Dreiundsechzig! Abteilung Wäsche! Neu! Bezahlen! Teppichdecken! Portieren! Preiswunder! Preiswunder! Preiswunder! Preiswunder!
Teppiche. Vormärtsletern erhalten 20 Prozent. Große Partien Teppiche mit feinen Webereien, circa 200x300 11,75, 250x350 16,50, 300x400 20,00. Gardinen, Portieren, Sofadecken, Felle, Kärcherstoffe spottbillig. Teppichhaus 2. Hofstr. nur Goldbamerstraße 106 B (teilw. Laden). Preisversteigerung gratis. Hausnummer beachten. 1647R

Gardinen, Fadenteile, 1 bis 3 Fenster, 1,25, 1,45, 1,85, 2,35, 2,85, 3,75, 4,65 ufm.
Durch Staub beschädigte Gardinen und Stores, schwere Qualitäten mit 10 Proz. extra Rabatt. E. Weisenberg's Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbel-fabrik. 16618R
Teppichdecken, Bettgröße, Stück 1,85, 2,25, 2,85, 3,65 ufm.
Erdbeerkissen, jeft 3,45, 3,85, 4,75, 5,85, 6,75, 7,50 ufm.
Erdbeerkissen, Bettgröße, jeft 2,85, 3,65, 4,50, 5,75, 6,90, 7,60 bis 45 Mark. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbel-fabrik. 16618R
Zuckerportieren, komplette Garnitur 8,25, 8,75, 4,65, 5,85, 7,00.
Plüschportieren 6,45, 6,95, 7,85, 9,45, 11,15, 13,15, 15,15, 18,15, 20,15. E. Weisenberg's Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125.
Zuckerdecken, reichgefilzt, mit feinen Füllern. 0,90, 1,25, 1,75, 2,45, 3,25, 4,50, 5,75, 6,90 ufm.
Teppichdecken, Schmelzfeld 3,50, 4,35, 5,25, 6,50, 7,85, 9,25 ufm.
Plüschdecken mit feinen Webereien. 4,35, 5,45, 6,25, 7,50, 8,25, 9,75, 12,15, 15,15. Große Frankfurterstraße 125.
Erdbeerkissen 4,85, 5,85, 6,75, 7,50, 8,75 ufm.
Schlafdecken, Sport- und Normaldecken. 1,65, 2,45, 2,85, 3,25, 3,75, 4,85, 6,35 ufm. Große Frankfurterstraße 125.
Erdbeerkissen 3,85, 4,65, 5,75, 6,85, 7,65 Mark.
Salon- und Wohnzimmerteppiche mit feinen Füllern. 4,65, 5,75, 7,85, 9,50, 11,25, 13,50, 15 bis 150 Mark. Teppichhaus Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbel-fabrik.
Möbelstoffe in Wolle und Plüsch zu Sofaabzügen spottbillig.
Käufer und Verkäufer-Fabrikpreise, meist unter Preis. E. Weisenberg's Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbel-fabrik, zweites Haus von der Koppenshägerstraße.
Billige Holzwaren. Hochlegante Herrenkleidung aus feinsten Stoffen 7-15 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21.
Vorjährige elegante Herrenanzüge und Valetots aus feinsten Stoffen 20-40 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 12858R
Vernünftige Kleidung für Arbeiter gut, billig. Roter Laden, Charlottenburg, Kaiser Friedrichstraße 45B. 16288R
Anzüge, Valetots, Kappen, Westen, Gelegenheitskleidung. Roter Laden, Charlottenburg, Kaiser Friedrichstraße 45B. 16298R
Vitrinen, Nähmaschinen ohne Anzahlung, gebrauchte spottbillig! Engelsuferstraße 69, Barshauerstraße 67.
Oranien-Paletts, Oranienplatz 23a, nahe dem Heinrichplatz. Großer Vorrat Winterpaletts, Anzüge, Betten, Kissen, Bezüge, Gardinen, Vorhänge, Plüschdecken, Teppiche, Uhren, Ketten, Preiswunder! Preiswunder! Preiswunder! Preiswunder!
Inkarnate aus dem Kämpel der Kultur. Sattlerbuch von Fritz Schwennert. Verlag der „Arbeiter“, Berlin. Preis elegant gebunden 1,- Mark. Zu haben Buchhandlung „Vormärts“. 10995R

Salonkrone, dreiflüchtig, 12 bis 30,00. Speisezimmer 10-40,00. Wohnzimmer, Verlampeln, Wandlampe zu halben Preisen. Verkauf direkt im Fabrikgebäude Kaiserstraße 11/12. Sonntags geöffnet. 1524B
Herrenhüte in allen Preislagen. Ernst Wanda, Hutmacher, Brückenstraße 6a, Kiefernstr. der Konsumgenossenschaft. 15708R
Teppiche. Die Restbestände einer Teppichfabrik kommen zum schleunigen Verkauf. Preise bedeutend herabgesetzt. Plüschdecken, ganz schwere Qualität: Stubengröße, früher 18,50 jeft 12,00; Wohnzimmergröße, früher 32,75 jeft 24,50; Salongröße, früher 43,50 jeft 33,00. Teppichhaus Georg Lange, Schauffstraße 73/74. 1318R
Portieren, Plüsch und Filz. Restbestände 1-4 Fenster bedeutend unter Preis.
Erdbeerkissen, ein großer Vorrat mit Volant, volle Breite und Länge 4,75.
Teppichdecken, eigene Anfertigung, richtige Größe. 3,75, 4,50, 5,50, 7,50. Teppichhaus Georg Lange, Schauffstraße 73/74. 1318R
Hutwaschmaschinen, Jober, Stymanen, Wadmanen. Spezialfabrik Wienerstraße 12. Lefern 5 Proz.
Gelegenheitskäufe. Rehemodele, Kosten Damenmäntel, Valetots, teils auf Seite 10 Mark, elegante Kostüme, 15 bis 27 Mark, elegante Valetots, Kostüme, Blusen spottbillig. (Erhalten Labennette.) Julius Reumann, Seefelderstraße 106, 2 Treppen. 13088R
Kaufverträge. Wir empfehlen den Freunden des Radports: Mittelbacher Karte für Rad- und Motorfahrer von Berlin und weiterer Umgebung, auf Leinen gezogen Preis 1,75 M. (zusammenlegbar). - Karte für Rad- und Motorfahrer von Brandenburg, auf Leinen gezogen und zusammenlegbar 2,50 M. Expedition des „Vormärts“, Lindenstraße 69, Laden.
Konorienbahn. Darzerzucht, verkauft Namtschell, Bornborferstr. 45, I.
Nähmaschine. Kauf Konopia, Weinmeisterstraße 4. 264/19

Möbelschleifer. Gernad, Tischlermeister, gegründet 1901, Stallschreiberstraße 57 (Wohlfahrt), liefert komplette Wohnungs- und Einrichtungsarbeiten zu niedrigsten Preisen. Unabgetroffene Leistungsabfertigung. Enorme Auswahl. Zahlungsbeleglieferung. Vormärtsletern 3 Prozent. Rein Laden, Verkauf Fabrikgebäude.
Wandel-Boedel, Wozplatz 58. In meinem seit 31 Jahren bestehenden Möbelgeschäft stehen in fünf Etagen komplette Wohnungs- und Einrichtungsarbeiten zu niedrigsten Preisen zum Verkauf. Als Spezialität liefere: Schlafzimmern, englisch 197,-, Wohnzimmer, modern 297,-, Speisezimmer 355,-, Derrenzimmer 200,-, 1 Zimmer und Küche 205,-, 354,-, modern 479,-, 2 Zimmer und Küche 568,-, 667,-, englische Bettstelle mit Matratze 49,-, Kleiderständer 30,-, Truemein, geschliffen 34,-, Schallolofa 36,-, Plüscholofa 55,-, Umbau 10,-, Teppiche. Niemannsplatz. Beschäftigung erbeten. Transport und Lagerung kostenfrei. Eventuell Zahlungsbeleglieferung. Bedient 8-8, Sonntags 8-2. Rein Laden. Verkauf nur im Fabrikgebäude. Musterbuch F. gratis und franko. 16408R
Niederwertig! Preiswert, echt nubbaum Holz, linden eiche. 102,-, Möbelstühle 22, Tischstuhl, Stahlherstraße 25, an der Hochbahn.
Möbel-Gelegenheitskäufe in allergrößter Auswahl; einfache sowie bessere Wohnungs- und Einrichtungsarbeiten bedeutend billiger wie regulär. Ergänzungsmöbel. Wäpette, Schreibstisch 45, Sofa 45, Garnituren 65, Truemein 37, Schränke, Vertikos 27, Kronen, Teppiche, Bilder, Küchenmöbel, Kleiderständer, Lederstühle, Umbau, Lederhüte ufm. spottbillig. Venners Wäpette, Lothringergasse 55, Rosenfelder-Tor. Die Möbel sind in vier Etagen ausgestellt. 16188R
Kinderbettstelle billig. Andreassstraße 53. 15388R
Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleiner Anzahlung geht schon Einzahlung. An jedem Stück billiger Preis. Ueberaus billig dabei ausgestellt. Bei Frankfurterstraßen und Arbeiterkolonie anerkannt größte Möbelfabrik. Möbelgeschäft W. Goldstaub, Hofenerstraße 38, Ecke Oranienauerstraße. Rein Abzahlungs-geschäft! 2901R
Nahbaumbettstelle mit Matratze, neu, zu verkaufen beim Portier, Wozplatz 21. 416
Schlafzimmern, Kleiderständer, neue Kleiderständer, gebrauchte Wohnzimmer, Salonstühle, spottbillig. Rittersstraße 88, III. 1641B

Musik.

Pianino, hohes, goldgraviert 130,- (Teilszahlung), Turmstraße 81.
Pianinos, gebrauchte von 100,00 Mark (Teilszahlung). Scherer, Schauffstraße 105. 13408R
Nahbaumpianino, wenig benutzt, ist sehr billig veräußert. Potsdamerstraße 27b, hochpartier.
3000 Schallplatten, großer Gelegenheitskauf, Stück 5,00 bis 30,00. Ragnow, Weinmeisterstraße 14, Rosenholzerstraße 48, Andreassstraße 28, Rottbuhlerdamm 8. 15798R
35 000 Schallplatten habe ich auf Lager. Günstigste Gelegenheit für Wiederverkäufer, fast alle Marken vertreten. Stück 0,30, 0,45, 0,75, 1,00. Dooen-Platten 1,75, Bonophon-Platten, grünes Etikett, Stück 3,- nur 2,-. Dooen-Platten, 27 Zentimeter groß, Stück 5,- nur 2,50. Ragnow, Weinmeisterstraße 14, Rosenholzerstraße 48, Andreassstraße 28, Rottbuhlerdamm 8. 16238R
Talent-Mulpa! Alle Schönwümler treffen sich am Sonntag, den 6. November auf Riegelwerper zum Schachfest und Wurstessen. Woz, Kommissar auch?
Kunststofferei von Frau Kolosch, Schlangente, Rüststraße 3 III.
Patentanwalt Wessel, Gütchenerstraße 94a.
Englischen Unterricht für Anfänger und Vorgeschriftene (Einzelstunden und im Zirkel) erteilt G. Swienn, Charlottenburg, Stutgartener Platz 9, Gartenhaus III.
Chaussee-Ausbildung, gründlich, verlässliche Systeme. Eisenbahnwelt, Potsdam, Prospekt frei. Tages-, Abendkurse. Autotechnikum Prasil, Charlottenburg, Frühlingsstraße 27.
Technikum, Berlin, Neanderstraße 8 (Schinkel-Alademie), Inhaber Rirur Berner, Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau, Ingenieurkunde, Technischer, Baumeister, Monteurkunde, Innungsmeister, Volkshilfe, Architektur, Tageskurse, Abendkurse.
Pianino, alte Goldschmied, Bruchgold, Silber, Gebilde, Kehrholz, Goldschmied (sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Rückstände) kauf Goldschmied Grob, Köpenickerstraße 29, Telefon IV, 6963. 13159R
Wandowsky-Sänger, Wozplatz 31. 4108R
Berliner, Gelbbraune Dogge, Marke 10 200, gegen Bezahlung abgegeben. Reimyer, Gagebergerstr. 3.

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.
Nebenverdienst für jedermann. Auskunft kostenlos. Woll, Bivida, Nordstraße 30. 14158R
Tüchtige Elektromonteur auf Wechselstrom-, Licht- und Kraftanlagen gesucht. Genette, Alt-Bellow bei Potsdam.
Schlosser, Mechaniker verlangt Goldhaus, Galenlee, Karlsruherstr. 5. 16558R
Geübte Arbeiter auf Holzleiten verlangt Krüger u. Schüler, Wagnersstraße 14. 1669B
Schlosser, Mechaniker zur Ausarbeitung neuer Ideen betreffend Türöffner, Schloßer und noch anderer Sachen gesucht. Adressen unter „Postlagerkarte 45“, Rosenholzerstraße, erbeten. 1663B
Goldbleiben. Tüchtige Grundrißer und Feder verlangt Melchior u. Co., Rosenholzerstraße 145. 16675R
Tüchtige Bronzemacher auf ganz Glas verlangt Augustin, Brunnensstraße 84. 16561K
Wohlfahrt und Handwerker, sofort gesucht, Pantow, Gütchenerstraße 41, I. r.
Verwundeten im Alter von 14 bis 16 Jahren aus achtbarer Familie gegen monatliche Vergütung sofort gesucht. Wohnungen nur in Begleitung der Eltern oder des Vormundes 1-2 Uhr mittags oder 7-8 Uhr abends. - U. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2. 16588R
Arbeiterinnen zum Sortieren von Papierabfällen, Anfangslohn 10,00 Mark, steigend bis 15 Mark, verlangt Schimel, Röhrenstraße 11.

Verschiedenes.

Wohnungen.
Eckrestaurant, große Räume, sofort zu vermieten. Lichtenberg, Röhrenborstraße 11. 417R
Wohnungen.
Prachtwohnungen Soldinerstr. 32.
Schlafstellen.
Schlafstelle, Seefelderstraße 6, Hof rechts, Josefstr. 127/16
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Kassenbote.

Für die unterzeichnete Kasse wird zum baldigen Eintritt ein Kassenbote, gleichzeitig als Krankenkontrollleur gesucht. Offerten mit Lebenslauf und Gehaltsansprüchen sind zu richten an Gemeinsame Ortskrankenkasse für Groß-Lichterfelde, Charlottenstraße 18. 279/9
Händler.
Die Bienen und Mäler bezeugen, zum Vertrieb eines sehr rentablen Artikels gesucht. Aufschreiben unter „G. U. 7347“ an Rudolf Mosso, Berlin, Schiffbauerdamm 1. 127/14
Achtung! Holzarbeiter.
Wegen Streit und Lohn-differenzen sind geordert:
Zichterei Wonneberger, Rantenerstr. 81.
Plano-Druck Koch & Engel, Urbanstr. 93.
Für Einleger: Van Marquardt, Tempelhofer, Friedrich-Wilhelmstr. 38.
Sämtliche Tischlerarbeiten in Holz und Lack in Vorrat.
Das Berliner Arbeitswilligenvermittlungsbureau d. geidn. „Handwerker-Verbandes“.
Die Ortsverwaltung Berlin des Deutsch. Holzarbeiterverbandes.
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.